



# Wortprotokoll

Der 166. Sitzung vom 20. Jänner 1987

# Resoconto integrale

della seduta n. 166 del 20 gennaio 1987

IX. Legislatur  
IX. Legislatura  
1983 - 1988

**CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO  
SÜDTIROLER LANDTAG**

**S E D U T A    166.    S I T Z U N G  
20.1.1987**

**INDICE**

**INHALTSANGABE**

Interrogazioni e interpellanze . . . . pag. 3

Anfragen und Interpellationen . . . . Seite 3

Nomina di due membri supplenti per il comitato provinciale dei consultori familiari (articolo 9 della legge provinciale 17 agosto 1979, n. 10). . . . . pag. 64

Ernennung von zwei Ersatzmitgliedern für den Landesbeirat für Familienberatungsstellen (Art. 9 des Landesgesetzes vom 17. August 1979, Nr. 10). . . . . Seite 64

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.10 UHR  
(Appello nominale - Namensaufruf)

**PRESIDENTE:** La seduta é aperta.  
Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

**FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP):** (Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)

**PRESIDENTE:** Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale é approvato.

Comunicazioni della Presidenza:

E' stato presentato il disegno di legge n. 117/87: "Concorso finanziario per interventi diretti a migliorare la viabilità statale nel territorio della provincia".

Il Governo ha approvato 4 disegni di legge: n. 112/86: "Modifiche alla legge provinciale 26 febbraio 1981, n. 6, ordinamento delle piste da sci"; n. 113/86: "Modifiche ed integrazioni alle leggi provinciali 5 gennaio 1984, n. 1 e 25, maggio 1982, n. 20, ed estensione del periodo di validità del piano sanitario provinciale 1983-85"; n. 68/85/ter: "Modifiche all'ordinamento urbanistico provinciale"; n. 74/86/bis: "Norme per l'Amministrazione del patrimonio della Provincia autonoma di Bolzano".

Il Governo ha respinto il disegno di legge n. 107/86: "Servizio di vigilanza degli ascensori e montacarichi in servizio privato".

Sono assenti giustificati i consiglieri Benedikter, Bolognini, Magnago, Mayr, Messner, Montali e Sfondrini.

Passiamo alla trattazione del punto all'ordine del giorno: "Interrogazioni e interpellanze - Anfragen und Interpellationen".

Ho scritto agli assessori di essere presenti oggi per rispondere alle interrogazioni. Sospendo la seduta per 30 minuti per protesta, perché ho scritto ai 14 assessori e adesso non ne é presente neppure uno.

La seduta é sospesa.

ORE 10.20 UHR

-----

ORE 10.50 UHR

**PRESIDENTE:** Riprendiamo la seduta.

**Interrogazione n. 483/86 del 27.10.1986, presentata dai consiglieri Achmüller, Franzelin, Frasnelli e Kaserer:**

Associazioni di imprenditori, ma anche organizzazioni sindacali lamentano diverse lacune nella legge provinciale sul controllo del collocamento (vedasi l'articolo sulla stampa).

Come valuta l'assessore competente siffatte lamentele? Intende egli modificare la suddetta legge e, caso positivo, in quali punti?

-----  
Unternehmerverbände aber auch Gewerkschaften beklagen sich über verschiedene Mängel des Landesgesetzes über die Arbeitsvermittlungskontrolle (siehe Zeitungsartikel).

Wie beurteilt der zuständige Landesrat diese Klagen bzw. gedenkt er das Gesetz abzuändern und wenn ja, in welchen Punkten.

La parola al consigliere Achmüller.

**ACHMÜLLER (SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Ich habe eigentlich nichts zu sagen, sondern würde nur auf die Antwort des zuständigen Landesrates warten.

**SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP):** Werte Kolleginnen und Kollegen! Das in Italien geltende System der Arbeitsvermittlung beruht auf dem Gedanken der gerechten Verteilung knapper Arbeitsplätze auf eine weit größere Zahl von Arbeitssuchenden. Der tragende Gedanke verschiedener ausländischer Arbeitsvermittlungssysteme, wonach weniger die gerechte Verteilung knapper Arbeitsplätze gewährleistet als vielmehr der Arbeitssuchende auf den richtigen Arbeitsplatz bzw. der Arbeitgeber auf die richtigen Arbeitskräfte hingewiesen werden soll, ist dagegen im italienischen Modell nur unzureichend verwirklicht. Dies ist aus rechtspolitischer Sicht nicht unbedenklich. Insbesondere wäre gerade in Gebieten mit einer relativ geringen Arbeitslosigkeit, wie dies in Südtirol der Fall ist, der zuletzt genannte Zweck in den Vordergrund zu rücken. Dem italienischen Gesetzgeber ist die angedeutete Rechtsproblematik, die unter anderem auch mit der immer stärker werdenden Forderung nach Flexibilisierung der Arbeit und nach Abbau beschäftigungshemmender Schutzvorschriften zusammenhängt, nicht verborgen geblieben. Er hat allerdings nur punktuell und unsystematisch reagiert, indem der Grundsatz der numerischen Vermittlung abgeschwächt wurde. Von Bedeutung ist insbesondere der Art. 6 des Gesetzes Nr. 863 vom 19.12.1984, wonach die Arbeitgeber 50% der Arbeitskräfte, die numerisch anzufordern wären, namentlich einstellen können. Darüber hinaus ist in demselben Gesetz vorgesehen, daß Arbeitskräfte, die mit einem Ausbildungs- und Arbeitsvertrag eingestellt werden, namentlich angefordert werden können. Es ist wahr-

scheinlich so, daß die angedeutete Tendenz in Richtung Liberalisierung des Arbeitsvermittlungssystems anhalten wird. Dies ist unter anderem dadurch begründet, daß die größeren europäischen Nachbarstaaten ihren Arbeitgebern insoweit volle Einstellungs- und Wahlfreiheit gewähren und die entsprechenden Arbeitsvermittlungssysteme daher lediglich eine Vermittlungsrolle im engeren und eigentlichen Sinne des Wortes spielen.

Aus diesen Darlegungen wird deutlich, daß das Vermittlungswesen nicht in den Zuständigkeitsbereich des Landes fällt und somit nur von staatlichen Gesetzesbestimmungen geregelt und abgeändert werden kann. In der Tat sind nicht so sehr die Bestimmungen über die Arbeitsvermittlungskontrolle Anlaß zur Kritik, sondern die staatlichen Vorschriften über die Stellenvermittlung.

Auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlungskontrolle hat das Land aufgrund von Art. 9, Punkt 5, des Autonomiestatutes sekundäre Gesetzgebungsbefugnis. In Ausübung dieser Zuständigkeit hat das Land die Funktionen, die mit den Gesetzen Nr. 264 vom 29. April 1949 und Nr. 300 vom 24. Mai 1970 an Kommissionen übertragen worden sind, wahrgenommen. Die Aufgaben dieser Kommissionen sind mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 22. März 1974, Nr. 280, an das Land delegiert worden. Es ist klar, daß das Land nur diese Aufgaben übernehmen konnte, ohne dabei Änderungen vorzunehmen, die über die Wahrung des Vorrangsrechtes der Südtiroler Arbeitnehmer bei der Arbeitsvermittlung hinausgehen, weil Änderungen im Widerspruch zum D.P.R. 280/1974 stehen würden. Mit der Übernahme der Funktionen wurden allerdings die Bestimmungen des staatlichen Arbeitsvermittlungsgesetzes wieder in Erinnerung gerufen, die bis zu diesem Zeitpunkt aufgrund der jahrzehntelangen Verwaltungspraxis äußerst großzügig angewandt wurden.

Mit dem Gesetz über die Arbeitsvermittlungskontrolle, das auf Grund der Kompetenzen laut Art. 9, Punkt 5, des Autonomiestatuts und der entsprechenden Durchführungsverordnung Nr. 280/1974 erlassen worden ist, werden zwei wesentliche Ziele verfolgt: das eine betrifft den verwaltungstechnischen Aspekt der Arbeitsvermittlung in allen Fällen der namentlichen Anforderung von Arbeitskräften und das andere gewährleistet das Vorrangsrecht der Südtiroler Arbeitnehmer in allen Fällen geregelter Arbeitsvermittlung. Somit überträgt das Landesgesetz über die Arbeitsvermittlungskontrolle den Kommissionen, die mit der Durchführung des Gesetzes betraut sind, zwei grundsätzliche Aufgaben: Verwaltungstätigkeit und Kontrolltätigkeit. Was die Verwaltungstätigkeit betrifft, so ist dies kein Novum auf gesamtstaatlicher Ebene, sondern wie bereits erwähnt, die Ausübung der Obliegenheiten, die mit dem Staatsgesetz Nr. 264/1949 an Kommissionen übertragen wurden. Diese Kommissionen bestehen auch in anderen Regionen Italiens, wobei jedoch, im Gegensatz zu Südtirol, der jeweilige Leiter der Arbeitsvermittlungsstelle der Kommission vorsteht. In der Praxis werden folglich die Aufgaben, die von der Kommission wahrgenommen werden müßten, vom Arbeitsvermittler durchgeführt. In Südtirol hingegen steht den Kommissionen der Bürgermeister der Gemeinde vor, in der die

Kommission ihren Sitz hat. Der Arbeitsvermittler ist nur Mitglied der Kommission und dies auch nur dann, wenn es um Vermittlungstätigkeit geht. Bei Kontrolltätigkeiten ist der Arbeitsvermittler in der Kommission nicht vertreten, da auch dessen Verwaltungsakte der Kontrolle unterworfen sind.

Was die Klagen über verschiedene Mängel des Landesgesetzes über die Arbeitsvermittlungskontrolle betrifft sind sie zum Teil berechtigt und zum Teil auch nicht. Allerdings treffen die Klagen vorwiegend die Bestimmungen, die der Arbeitsvermittlungskontrolle zugrunde liegen und die Arbeitsvermittlung als solche regeln. Diese staatlichen Bestimmungen sind in der Tat schwerfällig und reformbedürftig, haben aber nach wie vor volle Gültigkeit und müssen somit beachtet werden. So ist z.B. die Vermittlung durch die Kommission von Personal, das namentlich angefordert werden kann, vielfach der Kritik der Arbeitgeberseite ausgesetzt, weil die Ausstellung der Unbedenklichkeitserklärung nicht direkt und sofort vom Arbeitsvermittler vorgenommen werden kann, wie dies bis vor Inkrafttreten des Landesgesetzes der Fall war, sondern durch die Kommission erfolgen muß. Dies mag eine berechtigte Kritik sein, die jedoch nicht an das Landesgesetz über die Arbeitsvermittlungskontrolle, sondern an das staatliche Gesetz über die Arbeitsvermittlung zu richten ist. Aus diesem Grund dürfte eine eventuelle Abänderung des Landesgesetzes in dem Sinne, wie sie auch auf der Tagung über die Arbeitsvermittlungskontrolle im Schloß Maretsch am 10. Oktober gefordert wurde, und zwar, daß für namentliche Anforderungen die Arbeitsämter zuständig sein sollen, keine Aussicht auf Erfolg haben, weil damit staatliche Gesetzesbestimmungen abgeändert würden.

In diesem Zusammenhang kann jedoch darauf hingewiesen werden, daß für Einstellungen, die nachweislich dringend erforderlich sind, nach wie vor von seiten des Arbeitsamtes sofort die Genehmigung erteilt werden kann und somit keine Verzögerungen auftreten. Die ordentlichen namentlichen Einstellungen müssen aber von der Arbeitsvermittlungskommission genehmigt werden. Dabei ist zu bemerken, daß die meisten Einstellungen ohnehin aufgrund einer unternehmerischen Planung erfolgen, die eben die erforderliche Zeit zur Genehmigung mit berücksichtigen muß.

Ein weiterer Vorbehalt gegen das Gesetz über die Arbeitsvermittlungskontrolle betrifft das Vorrangsrecht. Demnach dürfen Arbeiten an provinzfremde Arbeiter nur dann vergeben werden, wenn nachweislich keine Südtiroler Arbeitnehmer für diese Arbeiten verfügbar sind bzw. diese das Arbeitsangebot abgelehnt haben. Hier wird vielfach eingewendet, daß die Verfahren zur Feststellung all dieser Tatbestände zu aufwendig und zeitraubend seien. Dazu kann gesagt werden, daß die Wahrung des Vorrangsrechtes der in Südtirol ansässigen Arbeitnehmer ein öffentliches Interesse darstellt, das geschützt werden muß und das eine genaue Überprüfung der Einstellungen rechtfertigt. Außerdem konnten sämtliche Aufgaben in Zusammenhang mit der Anwendung des Gesetzes über die Arbeitsvermittlungskontrolle computerisiert werden, so daß die Klagen über eine schleppende Abwicklung nicht gerechtfertigt erscheinen.

Vielmehr geht es den Unternehmen um die Beschränkung der freien Wahl der Mitarbeiter, auch bei den namentlichen Anforderungen und direkten Einstellungen. Es ist deshalb das Ziel der Landesverwaltung, den Arbeitgebervertretern klar zu machen, daß bestimmte alte Gewohnheiten nicht länger aufrechterhalten bleiben und fortgeführt werden können und daß ein bestimmtes Umdenken notwendig sein wird, das im Sinne der Verwirklichung des Autonomiestatutes von allen an der Arbeitsmarktverwaltung Beteiligten berechtigt gefordert werden kann. In diesem Sinne verlangt das Autonomiestatut von den Arbeitgebern eine gewisse Selbstbeschränkung bei der Wahl ihrer Mitarbeiter, die dahingehend zu erfolgen hat, daß zuerst Südtiroler Arbeitnehmer beschäftigt werden müssen, bevor an die Anstellung von Provinzfremden gedacht wird. Dieser Grundsatz stellt einen Pfeiler der Südtirolautonomie dar, mit dem das ethnische Gleichgewicht in Südtirol gewahrt und die deutsche und ladinische Volksgruppe in ihrer Substanz erhalten wird. Es handelt sich somit um die konkrete Verwirklichung des von der Verfassung garantierten Minderheitenschutzes. Eine Änderung des Landesgesetzes bei der Kontrolle über die Wahrung des Vorrangsrechtes würde einem Verzicht auf einen grundrechtlich sowie völkerrechtlich gewährleisteten besonderen Schutz der deutschen und ladinischen Volksgruppe in Südtirol gleichkommen. Außerdem kommen mit dem Vorrangsrecht auch die in Südtirol lebenden Arbeitnehmer der italienischen Sprachgruppe in den Genuß des Schutzes vor der Konkurrenz der übrigen Arbeitsplatzanwärter aus anderen Provinzen.

Ein weiterer Anlaß zur Kritik durch die Arbeitgebervertretungen ist das System der Vermittlung aufgrund von Rangordnungen. Dieses System ist zweifelsohne überholt, nicht zuletzt deshalb, weil die Punkteberechnung in der Rangordnung aufgrund von Kriterien erfolgt, die nur der Bedürftigkeit Rechnung tragen, nicht aber der beruflichen Qualifikation. Mit der Vermittlung nach Rangordnungen werden dem Arbeitgeber die Arbeitskräfte zugewiesen und somit die freie Wahl der Mitarbeiter absolut unterbunden. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu bemerken, daß durch verschiedene staatliche Bestimmungen in der Zwischenzeit so viele Ausnahmen für die numerische Vermittlung geschaffen wurden, daß bei Ausschöpfung aller dem Arbeitgeber zur Verfügung stehenden gesetzlichen Möglichkeiten 85-90% der Einstellungen namentlich erfolgen könnten. Der reale Prozentsatz der numerischen Einstellungen beläuft sich jedoch nur auf knapp 50%, was darauf schließen läßt, daß die Unternehmer von den ihnen gebotenen Möglichkeiten nur unzureichend Gebrauch machen. Dies ist häufig auch auf die mangelnde Kenntnis der Möglichkeiten bzw. auf die ungenauen Informationen über die Einstellungsarten zurückzuführen.

Jedenfalls beruht auch die Vermittlung nach Rangordnung auf staatlichen Gesetzesbestimmungen, von denen in Südtirol nicht abgewichen werden kann. Es ist jedoch das Bestreben des Landes, die Kriterien, aufgrund derer die Rangordnungen erstellt werden müssen, den lokalen Erfordernissen und Gegebenheiten anzupassen. Dies soll mit einer Änderung des Landesgesetzes über die Arbeitsvermittlungskontrolle erfolgen.

Ein weiterer Schwerpunkt bei den geplanten Änderungen des Landesgesetzes betrifft die Schulung der Kommissionsmitglieder, die bis jetzt ohne gesetzliche Grundlage erfolgte. Dadurch soll gewährleistet werden, daß die in den Kommissionen vertretenen Sozialpartner optimal auf ihre Aufgaben innerhalb der Kommission vorbereitet werden und somit der Arbeitsmarkt effizienter verwaltet werden kann.

Ich kann nur darauf hinweisen, daß auch auf staatlicher Ebene die Arbeitsmarktverwaltung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt wird und daß wir angesichts dieser Entwicklungen natürlich auch die entsprechenden Konsequenzen für unsere Landesgesetzgebung ziehen werden, aber am Grundsatz des Vorrangs der Südtiroler Arbeitnehmer bei der Vermittlung und bei der Anstellung wird nicht gerüttelt werden.

**ACHMÜLLER (SVP):** Ich möchte dem Landesrat sehr herzlich für die ausführliche Beantwortung der Anfrage danken. Es beruhigt mich, daß er die Auffassung vertritt, daß das Landesgesetz, welches den Vorrang für die ansässige Arbeiterschaft vorsieht, auf alle Fälle erhalten bleibt, wengleich die eine und andere Änderung des Gesetzes in Aussicht gestellt wird, um das ganze System vielleicht etwas besser zu gestalten. In Zusammenhang mit unserer Regelung werden immer große Vorwürfe gebracht, vor allem seitens der Unternehmerschaft und der Wirtschaft, daß das Land durch seine Maßnahmen die Arbeitsvermittlung erschweren würde. Wir haben vom zuständigen Landesrat gehört, daß es bei Ausschöpfung aller Möglichkeiten möglich wäre, 80-85% der Angestellten über namentliche Anforderungen anzustellen und wenn das so ist, dann müßte man hinsichtlich einer besseren Schulung und Information alles mögliche tun, sowohl der Unternehmer als auch aller in diesem Bereich Arbeitsvermittlungstätigen. Das ist auch in Aussicht gestellt worden und ich glaube, daß dadurch wesentlich dazu beigetragen werden könnte, das ganze System und die derzeitigen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Zum anderen hat aus meiner Sicht unser System der Arbeitsvermittlung dazu beigetragen, daß sich jetzt mehr Leute, die tatsächlich arbeitslos sind, eintragen und daß die derzeitigen Daten, die wir von den Arbeitsämtern bekommen, sich dem effektiven Stand der Arbeitslosigkeit allmählich zu nähern beginnen, so daß wir sagen können, jetzt stimmt in etwa der Stand, so wie er auch aus den Zahlen herauskommt, denn früher war es so, daß man immer von einer Dunkelziffer sprechen mußte. Das muß als positiv beurteilt werden, weil wir auf diese Weise in die Lage versetzt werden, das ganze Phänomen Arbeitslosigkeit besser zu erfassen und vielleicht auch besser zu bekämpfen und somit wird uns das ganze Problem in seiner Tragweite mehr bewußt werden. Wir werden uns, auch wenn wir höhere Zahlen an Arbeitslosigkeit haben, verpflichtet fühlen, in diesem Bereich mehr zu tun. Man war in vergangenen Jahren allzu leicht geneigt, immer zu sagen, vergleichsweise zu den umliegenden Ländern ist es bei uns nicht so schlimm. Aber, durch die letzten Zahlen vom November mit 12.000 Arbeitslosen, und wahrscheinlich werden wir im Dezember auf 14.000 hin-



aufgehen, sind wir nicht mehr weit von den Zahlen entfernt wie etwa im Trentino und wir sind schon über die Zahlen hinaus wie etwa in Österreich oder vergleichsweise in Nordtirol. Somit bringt uns auch auf diese Weise die Arbeitsvermittlungskontrolle der Realität, wie sie im Sektor der Beschäftigungslage vorhanden ist, näher und ich hoffe, daß die Landesregierung daraus auch die nötigen Konsequenzen zieht.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas aufwerfen, und zwar habe ich bereits in der Diskussion zur Generaldebatte gesagt, daß ein Gesetz über die Mobilität der Arbeitskräfte vorliegt, ausgearbeitet von Landesrat Saurer. Ich bin informiert worden, daß in der Landesregierung große Vorbehalte sind, dem Gesetz zuzustimmen. Deswegen möchte ich noch einmal ersuchen, wenn die Arbeitslosigkeit diese Ausmaße erreicht hat, wie die Zahlen zeigen, dann darf man hier nicht weiter zögern.

**PRESIDENTE:** Consigliere Langer, Lei ha ricevuto risposta scritta per l'interpellanza n. 306. La diamo per superata?

**LANGER (AS):** Ho avuto in questo momento la risposta scritta, siccome però penso che l'argomento sia anche di interesse pubblico, se Lei é d'accordo e se il Presidente della Giunta o il suo vicepresidente possono rispondere, preferirei svolgere l'interpellanza.

**PRESIDENTE:** Va bene.

**Interpellanza n. 306/85 del 6.11.1985, presentata dai consiglieri Langer e Tribus:**

I sottoscritti consiglieri per l'altro Sudtirolo presentano la seguente interpellanza al sig. Presidente della Giunta provinciale Silvius Magnago.

Da notizie stampa si è appreso che il sottosegretario di Stato del Ministero per gli affari esteri, competente per interventi straordinari contro la fame nel terzo mondo, alla fine del mese di ottobre si è incontrato con rappresentanti delle Regioni italiane per discutere sul contributo da parte delle Regioni per gli "interventi contro lo sterminio per fame" e su altri progetti da realizzarsi in cooperazione. Il sottosegretario di Stato Francesco Forte si sarebbe richiamato espressamente alla necessità della collaborazione da parte delle Regioni e di altri enti locali anche nell'attuazione della legge statale n. 73/1985 (intervento straordinario della Repubblica Italiana contro la fame nel mondo), collaborazione che riveste importanza determinante per l'effettivo conseguimento degli obiettivi prefissati.

Al riguardo i sottoscritti chiedono al Presidente della Giunta provinciale di conoscere:

- 1) era presente al suddetto convegno la Provincia di Bolzano e quali sono i suggerimenti da essa fatti al Governo risp. quali sono i suggerimenti accolti dal Governo o da altri partecipanti al convegno?

- 2) In quale modo intende la Provincia di Bolzano impegnarsi nella "lotta contro la fame nel mondo" e nella cooperazione con il terzo mondo? A quale assessore o a quali assessori è stata affidata la materia? Quali sono i progetti finora affrontati o presi in considerazione? Quale dispendio finanziario e di personale è previsto sia per utilizzare per l'obiettivo in questione parte delle risorse disponibili nella nostra provincia, sia per dare un appoggio fattivo ai numerosi volontari operanti anche in Alto Adige e alle diverse iniziative prese in materia?

Die Abgeordneten fürs Andere Südtirol richten hiermit folgende Interpellation an den Herrn Landeshauptmann Silvius Magnago.

Zeitungsberichten ist zu entnehmen, daß der Staatssekretär des Außenministeriums, der für außerordentliche Maßnahmen gegen Hunger in der Dritten Welt zuständig ist, sich Ende Oktober mit den Vertretern der Regionen Italiens zu einer Besprechung getroffen habe, um über die Mitwirkung der Regionen bei der "Hungerhilfe" und sonstigen kooperativen Projekten zu diskutieren. Staatssekretär Francesco Forte habe dabei ausdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß auch bei der Durchführung des Staatsgesetzes Nr. 73/1985 (Italiens Sondereinsatz gegen Hunger in der Welt) die Mitarbeit der Regionen und sonstiger örtlicher Körperschaften entscheidend für die tatsächliche Erreichung der gesteckten Ziele sei.

Nun fragen wir den Landeshauptmann von Südtirol:

1. War das Land Südtirol bei der genannten Konferenz vertreten, und welche Anregungen wurden dabei an die Regierung weitergeleitet, bzw. von der Regierung oder anderen Teilnehmern übernommen?
2. In welcher Weise gedenkt das Land Südtirol, sich in der "Hungerhilfe" und in der Kooperation mit der Dritten Welt zu engagieren? Welchen Landesrat bzw. welche Landesräte hat der Landeshauptmann mit dieser Materie betraut? Welche Vorhaben wurden bisher angegangen oder ins Auge gefaßt? Welcher finanzielle und personelle Aufwand ist vorgesehen, um sowohl einen Teil der verfügbaren Ressourcen unseres Landes in diesem Sinn zu verwenden, als auch den zahlreichen Freiwilligen und Initiativen, die es auch in Südtirol in diesem Bereich gibt, tatkräftige Unterstützung zukommen zu lassen?

La parola al consigliere Langer.

**LANGER (AS):** Es geht bei dieser Anfrage im wesentlichen darum, was kann und will das Land Südtirol tun, im Rahmen der Hungerhilfe und der internationalen Kooperation zwischen entwickelten und minder entwickelten Ländern, mit anderen Worten, in der Nord-Süd-Kooperation. Nun hat mir der Herr Landeshauptmann letzte Woche in seiner Replik zur Haushaltsdebatte vereinfachend und damit auch verzerrend geantwortet: "Da kommen Sie und sagen, die Reichen werden immer reicher und die Armen werden immer ärmer". Das stimmt nicht! Wenn der Herr Landeshauptmann hingehört hätte und wenn er sich vielleicht die Zeit nehmen sollte, das Tonband abzuhören

oder den Text zu lesen, sobald er abgenommen wird, wird er merken, daß ich vom internationalen Maßstab gesprochen habe. Vielleicht haben Sie es nicht hören wollen, ich habe die Frage so gestellt, Herr Landeshauptmann: "Angesichts einer Situation, wo in der Welt die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden und wo die Bevölkerungsexplosion und eine Reihe von weiteren Dingen - auf die ich hingewiesen habe - voranschreiten, hat es da überhaupt einen Sinn, daß wir uns mit unseren Südtiroler Kleinigkeiten befassen?" Das war die Problemstellung, von der ich ausgegangen bin. Heute kommen wir zu einer Anfrage bzw. Interpellation, die nun schon skandalös lange zurückliegt - sie ist beim Landtag am 6. November 1985 eingelaufen, nicht 1986 -, aber es würde uns doch freuen, wenn wir endlich eine positive Beantwortung vom Landeshauptmann oder Landeshauptmannstellvertreter bekommen würden.

Es geht darum, was kann und will Südtirol im Rahmen der Nord-Süd-Kooperation tun? Ich möchte daran erinnern, daß es in Südtirol ein erstaunlich und für viele überraschend dichtes Netz an freiwilliger Kooperation gibt, es gibt also Menschen, die ein oder mehrere Jahre internationale Kooperation in Entwicklungsländern geleistet haben oder leisten, und dies auf weltlicher und auch auf kirchlicher Ebene, es gibt mehrere Dritte-Welt-Zentren in Südtirol, die an diesem Anliegen arbeiten, es gibt in den letzten Jahren schon eine Reihe von positiven Erfahrungen auch im Einsatz von Kriegsdienstverweigerern und es ist von vorneherein klar, daß eine solche Kooperation zwischen dem Staat Italien und den Empfängern einer solcher Kooperation nur dann möglich ist und nur dann funktionieren kann, wenn das stark dezentral vor sich geht. Wir haben nicht den Eindruck, daß es funktionieren kann, wenn die 1900 Milliarden, die das italienische Parlament für Hungerhilfe bereitstellt, sozusagen in Geld- oder Lebensmittelform auf Flugzeuge verpackt werden und dann irgendwo per Fallschirm abgeworfen werden. Funktionieren kann es nur, wenn dezentrale Projekte geplant und dann verwirklicht werden und wenn auf diese Weise, unter anderem auch nicht nur von Staat zu Staat, sondern auch von kleineren Gemeinschaften zu kleineren Gemeinschaften die Kooperation funktioniert, und zwar sowohl im öffentlichen Bereich - Gemeinden, Regionen - als auch im privaten Bereich oder im Bereich der freiwilligen Helferschaft.

Da in unserem Land eine hohe Sensibilität dafür vorhanden ist, möchten wir mit dieser Interpellation das Land auffordern, endlich seinen Beitrag zu leisten, was die Glaubwürdigkeit und die Vertretbarkeit unserer Haushaltspolitik sicher um einiges steigern wird. Sie wissen, Herr Landeshauptmann, daß die UNO seit Jahren folgenden Standard als wünschenswert angegeben hat, und zwar, daß 1% des Bruttosozialprodukts der entwickelten Länder für die internationale Kooperation bereitgestellt werden sollte, aber davon ist man noch weit entfernt. Italien ist derzeit meines Wissens auf ungefähr 0,7% und gilt als vorbildlich, ist also eines der ganz wenigen Länder, zusammen mit einigen skandinavischen Ländern, das auf einem so hohen Standard ist und dabei sind wir immer noch erst

auf zwei Dritteln des UNO-Standards. Wenn wir in Südtirol nicht 1% des Bruttosozialproduktes, sondern nur 1% des Landeshaushaltes, was wesentlich weniger ist, für solche Zwecke ab sofort bestimmen könnten, wäre das unserer Meinung nach schon ein bescheidener Schritt in die richtige Richtung. Es interessiert uns deswegen sehr zu hören, was die Landesregierung nach einer so langen Bedenkzeit zu dieser Anfrage inzwischen ausgekopft hat. Danke!

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung und geförderten Wohnbau - SVP):** Die lange Bedenkzeit war notwendig, nachdem ein Staatsgesetz unterwegs ist, das die Sache regeln soll und dieses Staatsgesetz sollte innerhalb Februar verabschiedet werden, weil das frühere Gesetz inzwischen verfällt und ich habe mich beim zuständigen Unterstaatssekretär Raffaelli erkundigt, was nun herauskommen soll. Ich habe die Antwort schriftlich aufgesetzt und verlese sie:

"An der erwähnten Begegnung mit dem damaligen Unterstaatssekretär Forte hat im Auftrag der Konferenz der Präsidenten der damalige Präsident der Konferenz Bernini des Veneto teilgenommen, der am 29. November 1985 über die Konferenz berichtet hat, siehe Beilage 1. Die Konferenz hat am 24. April 1986 eine vom Präsidenten Turci der Emilia Romagna vorgeschlagene Resolution genehmigt, siehe Beilage 2. Ich habe an den Zusammenkünften der Konferenzen der Präsidenten teilgenommen und für die Resolution gestimmt; die darin enthaltenen Forderungen sind teilweise im letzten Text des Reformgesetzes berücksichtigt worden. Unterstaatssekretär Raffaelli hat mir erklärt, dieser Text müsse innerhalb Februar endgültig vom Parlament genehmigt werden. Der Entwurf enthält 37 Artikel, wovon die Artikel 2, 4 und 6 unmittelbar die Regionen betreffen, siehe Beilage 3. Sollte der Entwurf so verabschiedet werden, können die Regionen und autonomen Provinzen an der Entwicklungshilfe mitwirken, jedoch nicht gegenüber der dritten Welt selbständig auftreten, und das war ein Punkt, an dem das italienische Außenministerium kein Zugeständnis gemacht hat. Die Regionen und autonomen Provinzen können also nur im Rahmen von Vereinbarungen mit dem Außenministerium mitwirken, gemäß den vom eigenen interministeriellen Komitee festgesetzten allgemeinen Richtlinien, und das ist eine Verkomplizierung. Ausdrücklich zugelassen sind in diesem Rahmen der Einsatz von spezialisiertem Personal, die Berufsausbildung von Bürgern der Dritten Welt und die Ausbildung eigenen Personals für die Entwicklungshilfe, die Unterstützung von Projekten und Einsätzen nichtstaatlicher Organisationen, und zwar auch durch Entsendung von Freiwilligen und eigenem Personal in die Dritte Welt. Dementsprechend kann durch Landesgesetz die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit im Land gefördert werden. Die Ausarbeitung und Durchführung von Initiativen könnte vom Land unmittelbar oder über anerkannte Entwicklungshilfeorganisationen abgewickelt werden und diese Entwicklungshilfeorganisationen müssen vom Außenministerium anerkannt werden. Der Landesausschuß ist grundsätzlich bereit, nach Inkrafttreten dieses Gesetzes die damit eröffneten

Aktionsmöglichkeiten zu nutzen, nicht zuletzt damit sich besonders die Jugend Südtirols der für die Zukunft Europas besorgniserregenden Entwicklung in der Dritten Welt bewußt wird." Alles andere ist aus den Beilagen ersichtlich.

**LANGER (AS):** Ich nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die Landesregierung wissen läßt, daß sie bei diesen Konferenzen der Regionen teilgenommen hat und dafür gestimmt hat, also für die Miteinbeziehung der Regionen in die internationale Nord-Süd-Kooperation. Ich nehme ebenfalls mit Befriedigung zur Kenntnis, daß der Landeshauptmannstellvertreter Benedikter diesbezüglich mit dem Staatssekretär Raffaelli Kontakte in Gang gesetzt hat und offensichtlich ein gewisses Interesse der Landesregierung daran besteht, in dieser Hinsicht tätig zu werden. Ich nehme ferner zur Kenntnis, daß möglicherweise ein Landesgesetz zur Regelung und Förderung der Nord-Süd-Kooperation bzw. der Teilnahme Südtirols daran notwendig sein wird, um in diesem Bereich organisch fördernd tätig werden zu können und Initiativen setzen zu können. Ich habe unter anderem aus Ihrer Antwort herausgehört, und das scheint mir ein wichtiger Punkt zu sein, den wir in Zukunft fördern werden, daß auch Landespersonal für eine solche Kooperation entsandt werden kann - natürlich auf freiwilliger Basis, es wird sicher niemand verpflichtet werden, irgendwo in andere Kontinente zu gehen -, so wie es im staatlichen Gesetzentwurf ist. Und wenn dieser Gesetzentwurf hoffentlich in absehbarer Zukunft im Parlament durchgeht und somit in Kraft tritt, dann hoffen wir, daß sich auch unser Land in Zukunft der humanen und unserer Meinung nach auch politischen Verpflichtung nicht mehr entzieht, aus der Höhe unseres Wohlstandes heraus eine Kooperation anzustreben, die auch heute nur mehr von wenigen unkritisch einfach als Entwicklungshilfe bezeichnet wird, nämlich den anderen zu helfen, und nicht einen Prozeß zu beginnen, den wir heute schon anzweifeln und kritisieren, sondern eher eine Bilateralität einzuleiten zwischen industrialisierten und nichtindustrialisierten Ländern und Regionen der Welt, um einen sinnvollen Beitrag zu geben, z.B. wie Sie selbst gesagt haben, in der Berufsbildung, Berufsentwicklung oder, was man in Zukunft auch nicht unterschätzen sollte, beispielsweise Studien- und Ausbildungsplätze in Südtirol für bestimmte Ausbildungsgänge zur Verfügung zu stellen. Es gibt heute bereits eine verschwindend geringe Anzahl von ausländischen Oberschülern, die in Südtirol studieren, bis hin zur Kunstschule in Gröden. Bis jetzt, glaube ich, bewegt sich das Ganze im Rahmen von insgesamt nicht mehr als zwei Dutzend im ganzen Lande, aber das wäre z.B. auch ein Sektor, wo das Land tätig werden könnte und einen sinnvollen Beitrag leisten könnte, also nicht nur durch Entsendung von Menschen oder finanzielle Unterstützung von Projekten, sondern umgekehrt auch durch Partnerschaft von Leuten, die etwas lernen oder einen Teil ihrer Ausbildung machen. Ebenso müßte durch ein solches Landesgesetz in Zukunft die Kooperation etwa zwischen Gemeinden oder Gemeindenverbänden und entsprechenden Stellen in der sogenannten Dritten Welt organisiert werden.

Wir hoffen, daß in Zukunft das Land, zumindest auf der Ebene der Konferenz der Regionen, auch einen Beitrag dafür leisten kann, daß die derzeit geltenden Einschränkungen des Außenministeriums, das Angst hat, daß da sozusagen eine Neben-Außenpolitik betrieben werden könnte, daß diese Positionen auch überwunden werden können, daß man aus diesem engstirnigen Festhalten am Souveränitätsgedanken vielleicht auch loskommt und daß unser Land dazu auf der Ebene der Konferenz der Regionen einen Beitrag leistet bzw. entsprechende Bestrebungen auch anderer Regionen mitträgt und mitunterstützt. Danke!

**PRESIDENTE:** Interrogazione n. 370/86 del 20.2.1986, presentata dal consigliere signora Klotz:

Memore del fatto, che diverso tempo addietro la Giunta provinciale aveva promesso che avrebbe provveduto acchè i dipendenti in possesso dell'attestato di bilinguismo portino ben visibili dei distintivi, la sottoscritta desidera conoscere:

- Che cosa ha fatto nel frattempo la Giunta provinciale in merito a questa questione?
- Entro quando si pensa verrà concretizzata l'iniziativa da essa preannunciata?

-----

Noch in Erinnerung, daß die Landesregierung vor geraumer Zeit in Aussicht gestellt hat, Beamte, welche im Besitze der Zweisprachigkeitsbescheinigung sind, zum Tragen gut sichtbarer Plaketten anzuhalten, möchte die Unterfertigte erfahren:

- Was hat die Landesregierung in der Zwischenzeit in dieser Angelegenheit unternommen?
- Wann kann mit der Durchführung des angekündigten Vorhabens gerechnet werden?

La parola al consigliere signora Klotz.

**KLOTZ (WDH):** Ich bedauere es, daß nach einem Jahr fast, seit der Einbringung dieser Anfrage, der Sachverhalt noch von Aktualität ist, denn ich hatte erwartet, als ich erlebte, daß die Beantwortung der Anfrage hinausgezögert wurde, es würde sich von selber erledigen, und die Anfrage würde gegenstandslos werden. Das hatte ich gehofft. Nun muß ich sagen - die Sache befaßt uns seit Beginn dieser Legislaturperiode - seit 1983-84 erlebte ich es immer wieder, daß einmal der, einmal der andere danach fragte, wie weit es mit den Vorarbeiten zum Tragen dieser Plaketten sei. Es tut mir leid, daß immer noch die Notwendigkeit besteht, darauf hinzuwirken, daß jene Beamte, die die Zweisprachigkeitsprüfung bestanden haben, auch tatsächlich die andere Sprache im Umgang mit dem Publikum verwenden. Ich kann einfach nicht glauben, daß so viele Beamte bei Post und Eisenbahn z.B., aber natürlich auch anderswo, die Zweisprachigkeitsprü-

fung nicht bestanden haben sollten, wie man glauben könnte, wenn man mit ihnen zu tun hat. Vielleicht bin ich ein ausgesprochener Pechvogel, daß es vielleicht immer wieder nur mir passiert, daß ich ganz einfach dort, wo ich eine deutsche Auskunft haben möchte, diese Antwort nicht in meiner Muttersprache bekomme. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß es eine Tatsache ist, daß offenbar gerade an Publikumsschaltern Beamte sitzen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Ich kann aber nicht glauben, daß es sich dabei wirklich um so viele handelt, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Es ist daher bedauerlich, daß die Notwendigkeit immer noch gegeben ist, diese zweisprachigen Beamten, die zumindest die Zweisprachigkeitsprüfung bestanden haben, durch Plaketten zu kennzeichnen, damit die Bürger deutscher Muttersprache endlich zu ihrem Recht kommen, das sie seit 40 Jahren, laut Vereinbarungen, haben. Ich gebe dabei schon zu, daß man auch auf Beamte trifft, die deutsch antworten, wenn man auf deutsch eine Auskunft verlangt, aber das sollte der Normalfall und nicht die Ausnahme sein; ich erlebe es leider Gottes immer noch als einen Ausnahmefall, wenn man mir tatsächlich in deutscher Sprache antwortet.

Nun aber zu den Fragen, was die Landesregierung in der Zwischenzeit in dieser Angelegenheit - Tragen der Plaketten jener, die die Zweisprachigkeitsprüfung bestanden haben - unternommen hat und wann man mit der Durchführung des angekündigten Vorhabens rechnen kann. Ich habe zwar vor Weihnachten, ich glaube es war sogar schon im Oktober, in der Tageszeitung "Dolomiten", in der Rubrik "Stimme des ASGB" folgendes gelesen, und zwar, daß die diesbezüglichen Vorarbeiten angeblich noch stocken und daß der Regierungskommissar auf Anfragen habe verlauten lassen, man wisse noch nicht, welche Firma man mit den Arbeiten beauftragen solle, also mit der Ausarbeitung der Plaketten, Entwurf, Fertigstellung usw. Ich möchte nun den Herrn Landeshauptmannstellvertreter fragen, ob das immer noch den Tatsachen entspricht, ob der Regierungskommissar sozusagen die Wahrheit gesprochen hat oder ob das nur ein Vorwand ist; und ob man nun endlich, nachdem es in dieser Legislaturperiode des öfteren Maßnahmen gegeben hat, diese Sache voranzutreiben, konkret damit rechnen kann, daß diese Beamten, die die Zweisprachigkeitsprüfung bestanden haben, die entsprechenden Plaketten bald einmal tragen werden.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung und geförderten Wohnbau - SVP):** Sie haben einleitend gesagt, Sie bedauern es, daß nach so langer Zeit nichts weitergeht oder höchstwahrscheinlich nichts weitergegangen ist. Sie haben recht. Ich wollte abwarten, bis man irgendwie auch eine Vollzugsmeldung geben kann, aber das ist nicht der Fall, allerdings wurde beschlossen, welche Firma es sein soll. Es gibt ein Rundschreiben des Regierungskommissärs vom 28. Februar 1985 an alle staatlichen Ämter, die unter den Proporz fallen, wo er letzten Endes sagt, daß sich die einzelnen Verwaltungen diese Plakette, dieses Abzeichen beschaffen müssen, und zwar jede Verwaltung für sich, nicht der Regierungskommissär für alle.

Die staatliche Stelle, welche für die Beschaffung dieser Plaketten für die Staatsämter zuständig ist, hat verlauten lassen, daß für dieses Abzeichen jede einzelne Verwaltung - es gibt 20 Verwaltungen, die unter den Proporz fallen in Südtirol - mit den ihr zugewiesenen Mitteln für Verwaltungsausgaben dafür sorgen soll, mit den sogenannten kleinen Verwaltungsausgaben. Es wäre zweckmäßig, daß man einen Wettbewerb ausschreibt, wo sich Unternehmen bewerben können und dann das Unternehmen, das die besten Bedingungen anbietet, diesen Auftrag erhält. Dieses Unternehmen war die Papierhandlung Stefani und damit hört der Fortschritt eigentlich schon auf. Übrigens haben Achmüller und ich als Abordnung des Landtages beim Regierungskommissär im Einvernehmenskomitee das immer wieder aufgeworfen - und es scheint im Protokoll auf, 11. August 1980, 16. März 1981, 7. Dezember 1981, 16. Januar 1982, 7. März 1983, 8. August 1983, 7. Mai 1984, 23. März 1985 - und seitdem hat fast seit einem Jahr kein Einvernehmenskomitee mehr stattgefunden und im letzten Einvernehmenskomitee im November haben wir das Thema wieder aufgeworfen, wie es weitergehen würde. Das kann doch nicht so schleppend weitergehen, wenn schon die Papierhandlung Stefani den Auftrag erhalten hat, die Plakette, so wie im Einvernehmenskomitee vereinbart, in der entsprechenden Zahl für die verschiedenen Verwaltungen herzustellen. Ich habe heute angefragt und habe die Auskunft erhalten, man weiß nicht was die einzelnen Verwaltungen inzwischen getan haben und man wird nachfragen. Das war die letzte Auskunft von heute vormittag.

Ich muß dann noch sagen - das betrifft die Staatsverwaltung -, die Vorschrift der Durchführungsbestimmungen des Dekretes Nr. 752 vom Jahr 1976 sagt, daß in allen öffentlichen Verwaltungen, nicht nur in den Staatsverwaltungen, wo die Zweisprachigkeitspflicht gilt, diejenigen, die die Zweisprachigkeitsprüfung bestanden haben, diese Plakette tragen müssen. Und das gilt auch für die Landesverwaltung. Wir werden dafür sorgen, daß auch in der Landesverwaltung diejenigen, die tatsächlich einen Zweisprachigkeitsnachweis haben, diese Plakette tragen und daß diese Pflicht erst dann aufhört, wenn alle im Besitz der Zweisprachigkeit sind, denn dann braucht es diesen Nachweis, dieses Abzeichen nicht mehr, weil man davon ausgehen kann, daß jeder zweisprachig sein muß. Aber wir sind noch lange nicht so weit! Beim Staat sind rund 7.600 Angestellte unter dem Proporz und der Zweisprachigkeitsverpflichtung, darunter allerdings sind rund 2.500 Stellen nicht besetzt, von den anderen Stellen sind 2.800 sogenannte Alte in der auslaufenden Stammrolle, von diesen 2.800 sind 500 Deutsche und die anderen Italiener und von denen sind einige, aber wirklich wenige zweisprachig, alle anderen sind es nicht; also mindestens 2.000 würden keine Plakette tragen und hätten damit auch nicht die Pflicht, deutsch zu antworten bzw. den Deutschsprachigen deutsch zu behandeln.

Zur Frage, womit wird garantiert, daß die Beamten die Plakette auch wirklich tragen werden? Wenn sie tatsächlich verteilt wird, müssen sie sie tragen, denn sonst wäre es in erster Linie eine Verletzung der Amts-



pflicht und müßte als solche gehandelt werden. Soweit meine Antwort, die leider den Tatsachen entspricht.

**KLOTZ (WDH):** Ich danke dem Herrn Landesrat Benedikter für seine klare und schonungslose Offenlegung der Tatsachen. Was soll man dazu sagen? Man muß wiederum Mutmaßungen anstellen, daß es sich um ein neuerliches absichtliches Verwirrspiel handelt, denn wenn die Gestaltung dieser Plakette längst vereinbart ist, dann ist es nur noch eine technische Angelegenheit, diese Plaketten herzustellen. Man möchte glauben, daß das mit den heutigen technischen Möglichkeiten eigentlich nicht mehr das Problem sein dürfte. Was liegt also nahe? Die Vermutung, daß es ganz einfach am politischen Willen, nicht Ihrem Willen, Herr Landesrat, sondern dem Willen, den wir alle kennen - im Einvernehmenskomitee werden Sie schon Ihre eigenen Erfahrungen machen.

Was die 2.000 sozusagen alten Angestellten betrifft, von denen man weiß, daß sie der Zweisprachigkeitspflicht ohnehin nicht unterliegen, so muß ich nur meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß diese Beamten, die ganz offensichtlich lange vor dem Jahr 1976 ihre Beamtenstelle angetreten haben, in dieser Zeit immer noch nicht die Chance genützt haben, das bißchen Deutsch zu lernen, das sie im Amt brauchen, um wenigstens ihren guten Willen kundzutun; denn viele Landsleute sind schon froh, wenn sie sehen, daß hinter dem Schalter ein Beamter sitzt, der sich wenigstens bemüht. Dann kommt man dem ja ohnehin schon entgegen, weil man sich sagt, ein Wunder ist geschehen, der versteht mich und der bemüht sich. Im übrigen natürlich weiß ich, daß soundso viele einsprachige Beamte weiterhin in den Stellen sitzen werden, aber man möchte annehmen, daß man gerade an die Publikumschalter, also dort, wo das Publikum tagtäglich Auskunft verlangt, solche Beamte hinsetzt, die die Zweisprachigkeitsprüfung gemacht haben und der zweiten Sprache mächtig sind und daß man die anderen mit anderen Arbeiten beschäftigt. Das ist der Anstoß der ganzen Sache, daß man offensichtlich nicht gewillt ist, einen effizienten Publikumsdienst einzurichten, und deswegen braucht man die Plaketten. Ich bin bestimmt keine Liebhaberin von Plaketten und Abzeichen. Wenn es so wäre, daß diejenigen, die dazu verpflichtet sind, die zweite Sprache zu sprechen, von sich aus ihrer Pflicht nachkämen, dann käme kein Mensch von uns auf die Idee zu verlangen, daß Plaketten getragen werden. Das wäre wirklich eine überflüssige Zier, aber leider Gottes ist es immer noch notwendig, daß wir darauf drängen und das ist die Tragik an der ganzen Sache.

Ich möchte abschließend den Herrn Landesrat ersuchen, in dieser Sache, wie wir sagen, weiter zu "stirggen", also nicht zu ruhen, den Regierungskommissar und die Zuständigen und die Verantwortlichen immer wieder darauf hinzuweisen, daß sie ihrer Pflicht nicht nachkommen, daß das eine Verpflichtung ihres Amtsauftrages sei und daß man uns Südtiroler nicht noch länger als dumm verkaufen und mit solchen Spielen hinhalten soll, nämlich mit der Ausrede, man wisse nicht, ob die Verwaltungen einverstanden sind und wie und ob sie die Abzeichen abnehmen. Das ist ein billiger Trick!

**PRESIDENTE:** Interrogazione n. 395/86 del 28.4.1986, presentata dai consiglieri Langer e Tribus:

I sottoscritti consiglieri per l'altro Sudtirolo presentano la seguente interrogazione al signor Presidente della Giunta provinciale Silvius Magnago.

Pochi giorni fa l'Amministrazione delle Poste italiane ha stampato - anche nel quadro del 150° anniversario di Merano, città termale - un francobollo sul quale è raffigurato il "Kurhaus" di Merano. Questo francobollo, che con il valore nominale di 550 lire corrisponde all'affrancatura necessaria per una lettera normale per l'Italia, sicuramente avrà una grande diffusione e pertanto un notevole effetto pubblicitario per la città di Merano.

L'osservatore però è costretto a rilevare che sul francobollo è stampata solo la dizione "Merano". A quanto pare l'Amministrazione delle Poste non è riuscita a decidersi a far stampare la denominazione bilingue della città termale, fatto, questo, che - vista la grande diffusione del francobollo - rappresenta un notevole danno politico-morale: se la città di Merano fosse stata nominata in entrambe le lingue, il francobollo avrebbe costituito anche un riconoscimento indiretto, ma efficace della particolare situazione storica, politica e culturale della nostra provincia; con la dizione monolingue invece, questa particolarità viene addirittura repressa e viene a prendere il sopravvento l'"uniformazione nazionale".

Poichè la stampa di questo francobollo era programmata e comunicata da tempo, avrebbe dovuto essere possibile intervenire in tempo utile presso le competenti autorità dello Stato per conseguire una denominazione bilingue della città di Merano, una denominazione quindi maggiormente corrispondente alla realtà e più favorevole alla cultura della convivenza; agendo in questo modo, lo Stato avrebbe dato un esempio bello e non certo pretenzioso di rispetto per la lingua e cultura della maggioranza dei cittadini sudtirolesi.

Ci rivolgiamo pertanto al Presidente della Giunta provinciale per conoscere come egli valuti i fatti più sopra descritti e se egli è intervenuto affinché al nome tradizionale "Meran" venga resa giustizia.

-----  
Die unterzeichneten Abgeordneten fürs Andere Südtirol richten hiermit folgende Anfrage an den Herrn Landeshauptmann Silvius Magnago.

Vor wenigen Tagen hat die italienische Postverwaltung, auch im Zusammenhang mit dem "150-Jahre-Kurstadt"-Jubiläum Merans, eine Briefmarke herausgebracht, auf der das Meraner Kurhaus abgebildet ist. Diese Briefmarke, die mit 550 Lire den Nennwert eines normal frankierten Inlandsbriefes aufweist, wird sicher eine erhebliche Verbreitung haben und stellt insofern wohl auch eine beachtliche Werbung für die Kurstadt Meran dar.

Allerdings muß dem Beobachter auffallen, daß als Ortsbezeichnung nur der Name "Merano" aufscheint. Bis zur zweisprachigen Benennung der Kurstadt konnte sich die Postverwaltung offensichtlich nicht aufraffen, was natürlich - angesichts der großen Verbreitung der Briefmarke - einen erheblichen moralisch-politischen Schaden darstellt: wenn die Stadt Meran in beiden Sprachen

genannt worden wäre, hätte die Briefmarke auch eine indirekte, aber wirksame Anerkennung der besonderen historischen, politischen und kulturellen Lage unseres Landes vermittelt; so hingegen wird diese Besonderheit geradezu verdrängt und die "nationale Gleichschaltung" gewinnt die Oberhand.

Da die Herausgabe dieser Briefmarke ja seit längerem geplant und angekündigt war, müßte es doch möglich gewesen sein, rechtzeitig bei den zuständigen staatlichen Stellen zu intervenieren, um eine wirklichkeitsbezogenere und der Kultur des Zusammenlebens förderlichere zweisprachige Bezeichnung der Stadt Meran zu erwirken, wodurch der Staat übrigens ein schönes und nicht gerade anspruchsvolles Beispiel für Respekt vor der angestammten Sprache und Kultur der Mehrheit der Bürger Südtirols gegeben hätte.

Wir fragen nun den Landeshauptmann, wie er diesen Vorfall einschätzt und ob er etwas unternommen hat, um dem angestammten Namen "Meran" in dieser Angelegenheit zu seinem Recht zu verhelfen.

La parola al consigliere Langer.

**LANGER (AS):** Herr Präsident! Von den großen Problemen zu den eher kleineren, aber sie sollen doch nicht ganz übersehen werden. Es geht dabei um die Heimatstadt oder Herkunftsstadt des Herrn Landeshauptmanns, und zwar Meran. Im letzten Jahr ist im Rahmen einer Sondermarkenserie, die die Postverwaltung mit verschiedenen Fremdenverkehrsorten herausgegeben hat, unter anderem auch eine Briefmarke betreffend Meran herausgegeben worden, wo das Kurhaus abgebildet ist und darüber die einsprachige italienische Aufschrift "Merano" steht. Da die Herausgabe einer solchen Briefmarke, so hat man zumindest in den Zeitungen gelesen, schon seit längerem geplant war und es anscheinend auch Kontakte mit der Gemeindeverwaltung von Meran und ich weiß nicht mit wem sonst gegeben hat, schie- ne es uns nicht zu viel verlangt, wenn man dem Staat die Anregung gegeben hätte oder die Forderung erhoben hätte, die Ortsbezeichnung auf der Briefmarke zweisprachig vorzunehmen, aus den Gründen, die in der Anfrage geschildert sind, um damit auch in ganz Italien auf den Charakter Merans und Südtirols in diesem Sinne hinzuweisen, also nicht nur als Fremdenver- kehrsort, sondern auch als eine wichtige Stadt in Südtirol oder sogar alte Landeshauptstadt oder was immer man damit in Zusammenhang bringen will. Nun weiß ich...

**MITOLO (MSI-DN):** E' obbligatorio...

**LANGER (AS):** Nein, es geht eben nicht um das Obligatorische, Herr Kollege Mitolo. In dem Fall interessiert uns nicht die Frage, ob es obli- gatorisch gewesen wäre oder nicht, sondern es wäre einfach ein Beispiel gewesen für eine minimale Sensibilität von seiten des Staates. Genauso wie man darauf hinarbeitet, daß auf Karten merklich ist, die meinetwegen der Automobilclub oder sonst jemand herausgibt, daß es sich bei diesem Gebiet um Südtirol handelt, so schie- ne es mir nicht unangebracht, so

etwas auch von einer Sonderbriefmarke zu erwarten. Nun ist mir zwar bewußt, daß der Landeshauptmann wahrscheinlich sagen wird, ich hätte die Anfrage an den Postminister und nicht an ihn richten müssen. Da wir diese Möglichkeit aber nicht haben und da uns scheint, daß der Landeshauptmann bzw. die Landesregierung sonst bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten die Belange des Landes Südtirols auch vielfach zu Recht zu wahren weiß, möchten wir gerne wissen, ob der Landeshauptmann zu dieser Angelegenheit eine Meinung hat und ob er in dieser Angelegenheit irgendwelche Schritte unternommen hat oder versucht hat zu unternehmen und mit welchem Ergebnis. Danke!

**MAGNAGO (Landeshauptmann - SVP):** Auf die letzte Frage des Kollegen Langer, ob ich in dieser Sache Schritte unternommen habe oder nicht, möchte ich gleich antworten und dann meine Meinung zur anderen Sache sagen. Ich habe keinerlei Schritte unternommen, weil ich überhaupt nicht informiert war und nicht informiert worden bin, daß es Verhandlungen zwischen der Meraner Kurverwaltung und der Postverwaltung in Rom gegeben hat, in Zusammenhang mit der Herausgabe einer Briefmarke anlässlich der 150-Jahrfeier der Kurverwaltung Meran. Nachdem auch die Presse nie etwas darüber geschrieben hat - ich habe jedenfalls nie etwas gelesen -, daß beabsichtigt sei, eine Sondermarke anlässlich dieses wichtigen Anlasses herauszugeben, und nachdem ich nicht informiert war, konnte ich nicht intervenieren, und ich glaube auch nicht, daß die Kurverwaltung Meran irgendwie die Pflicht hatte, mich zu informieren. Ich habe nichts gewußt und bin somit nicht interveniert.

Zur Sache selbst: Ich habe mich natürlich, nachdem die Anfrage von Dr. Langer eingereicht wurde, bei Präsident Schnitzer von der Kurverwaltung informiert, wie die Sachen gelaufen sind, und zwar folgendermaßen: es gibt eine "Consulta", einen Beirat beim Postministerium und dieser Beirat beschließt in der Regel schon zwei Jahre vor dem Erscheinen der Briefmarken, welche Briefmarken in Zukunft zu erscheinen haben und welche nicht. Die Meraner Kurverwaltung hat sich sehr spät an das Postministerium gewandt und es war bereits eine andere Briefmarke für einen anderen Fremdenverkehrsort im Rahmen des staatlichen Territoriums geplant. Somit, immer laut Aussage der Meraner Kurverwaltung und des Präsidenten Schnitzer, sei es nur mit großer Mühe gelungen, noch im Jahr 1984 diesen Beirat, der bereits für eine andere Briefmarke entschieden hatte, zugunsten von Meran umzustimmen. Auf die Notwendigkeit einer zweisprachigen Bezeichnung der Stadt Meran ist - so hat mir Präsident Schnitzer versichert - mit Nachdruck hingewiesen worden, aber um die Herausgabe der Jubiläumsmarke nicht zu gefährden, da es schon sehr spät war, mußte auf den deutschen Namen verzichtet werden. Das ist die Schilderung, die ich bekommen habe. Es wurde zu spät angefragt, die Ausnahme wurde zwar noch gestattet, aber nicht die zweite Bezeichnung, denn das hätte in Rom wahrscheinlich wieder Zeit gekostet. Jedenfalls, man hatte darauf bestanden, aber man ist vor der Wahl gestanden, alles zu gefährden oder auf die Zweisprachig-

keit zu verzichten. So war die Auskunft von Meran. Ich persönlich habe von der Sache erst später erfahren, weil ich nie gewußt hatte, daß überhaupt an die Herausgabe einer Sonderbriefmarke gedacht wurde und konnte somit nicht intervenieren.

**LANGER (AS):** Herr Landeshauptmann! Ich stelle fest, daß Sie neun Monate lang intensiv daran gearbeitet haben, diesem Sachverhalt nachzugehen...

**MAGNAGO (Landeshauptmann - SVP):** Ich habe vergessen zu sagen, daß ich es begrüßt hätte, wenn eine zweisprachige Marke herausgekommen wäre. Ich möchte nicht mißverstanden werden.

**LANGER (AS):** Ich nehme mit Genugtuung zur Kenntnis, Herr Landeshauptmann, daß sie mit diesem letzten Nachtragssatz noch etwas dazugesagt haben. Sonst habe ich eben festgestellt, daß Sie zwar neun Monate gebraucht haben, um diesem Sachverhalt nachzugehen, aber daß dann nicht sehr viel dabei herausgekommen ist, außer daß wir erfahren haben, daß der Schnitzer nicht Ihnen passiert ist, sondern hauptsächlich der Postverwaltung und in gewissem Sinn vielleicht auch der Kurverwaltung in Meran. Wir hätten uns allerdings auf diesen unsensiblen Schnitzer der Postverwaltung von Ihrer Seite eine Stellungnahme erwarten können, denn zumindest nachträglich hätte man dem Postministerium mitteilen können, daß es die Landesverwaltung Südtirol befremdet, daß eine solche Gleichschaltung, sprachliche Eingemeindung oder wie man das sonst nennen kann, passiert ist und es wundert mich gewissermaßen, daß Sie uns nur kurzerhand mitgeteilt haben, daß Sie nichts unternommen haben. Insofern ist klar, daß unsere Kritik in erster Linie dem Postministerium gilt, aber daß wir uns auch mit dem, was der Landeshauptmann über die Vorgangsweise der Landesregierung berichtet hat, soweit sie überhaupt etwas tun hätte können, nicht zufriedenstellen. Danke!

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

WALTRAUD GEBERT-DEEG

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENTIN:** Anfrage Nr. 399/86 vom 9.5.1986, eingebracht durch die Abg.en D'Ambrosio und Barbiero:

Angesichts des in der vergangenen Nacht verübten Attentats auf den Bahnhof von Burgstall befragen die unterfertigten kommunistischen Landtagsabgeordneten die Landesregierung, um zu erfahren, wie sie diesen Vorfall einschätzt und welche Schritte sie zu unternehmen gedenkt.

Dies, da der Anschlag nicht gegen ein mehr oder weniger symbolträchtiges Gebäude verübt wurde, wie es in den vergangenen Jahren wiederholt der Fall war, sondern gegen ein bewohntes Gebäude.

Durch reinen Zufall kam es nicht zu einer Tragödie; das obere Stockwerk des Bahnhofes ist nämlich bewohnt, die Wohnung befindet sich über den Räumlichkeiten, in denen der Sprengkörper gezündet wurde.

Die Anfragesteller weisen deshalb darauf hin, daß es sich um einen gefährlicheren Anschlag - gegen Personen - handelte als vor 3 Wochen, ebenfalls in der Gemeinde Burgstall, als das Postamt aufs Korn genommen wurde.

Da die Anfragesteller überzeugt sind, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung jeglicher Sprachgruppe solche Taten entschieden ablehnt, Taten die das friedliche und demokratische Zusammenleben stören und in Frage stellen, befragen sie die Landesregierung, wie sie auch gegenüber den zuständigen Behörden einzuschreiten gedenkt, damit abgesehen von der Verurteilung derartiger Handlungen jene Maßnahmen ergriffen werden, die dazu geeignet sind, solchen Episoden vorzubeugen und die Täter ausfindig zu machen, und zwar sowohl die Hintermänner als auch die Ausführenden.

Außerdem möchten die Unterfertigten in Erfahrung bringen, ob und wie die Landesregierung beabsichtigt, sich politisch zu verhalten, um zu verhindern, daß der Eindruck entsteht, die Provinz Bozen sei in eine Zeit zurückversetzt, in der der Terrorismus zum täglichen Leben gehört.

Dies im Bewußtsein der Tatsache, daß dieses im In- und Ausland entstehende Bild nicht nur nicht der Wahrheit entspricht, sondern auch all jene negativen Folgen hervorrufen würde, die man sich leicht vorstellen kann.

Aufgrund der Tragweite des Problems und der ernsten und heiklen Lage ersuchen die Anfragesteller um dringende Antwort.

I sottoscritti consiglieri comunisti di fronte all'attentato dinamitardo di questa notte alla stazione ferroviaria di Postal interrogano la Giunta provinciale per conoscere le valutazioni e le iniziative che intende adottare al riguardo.

Questo alla luce del fatto che l'attentato è stato consumato non più contro immobili più o meno simbolici come ripetutamente avvenuto nel corso degli ultimi anni, ma in edificio abitato.

Per puro caso l'attentato non si è trasformato in tragedia essendo il piano superiore della stazione un appartamento sovrastante i locali ove è stato fatto esplodere l'ordigno.

Gli interroganti fanno dunque notare la più grave qualità - verso le persone - rispetto lo stesso attentato di 3 settimane fa nello stesso comune di Postal quando fu fatto segno quell'ufficio postale.

Essendo gli interroganti convinti che la stragrande maggioranza della popolazione di ogni lingua sia contraria e ripudi i ricorsi a tali atti, tesi a turbare e compromettere la pacifica e civile convivenza, chiedono come la Giunta provinciale intende intervenire anche nei confronti delle autorità preposte, affinché, oltre alla condanna per questi atti, siano intraprese e assicurate le più opportune iniziative tese a prevenire tali episodi e ad individuare i responsabili, siano essi mandanti o esecutori.

Inoltre, se e come intende di propria iniziativa assumere comportamenti politici tali da non dare l'immagine che la provincia di Bolzano sia ri-

piombata in una fase in cui, il ricorso al terrorismo sia la regola e la costante.

Ciò nella consapevolezza che all'interno e all'esterno del Paese tale immagine non solo sia falsante della realtà, ma provoca tutte quelle conseguenze negative che sono facili da immaginare.

Data la dimensione della questione, la sua gravità e delicatezza gli interroganti chiedono una sollecita risposta.

Das Wort hat Abg. D'Ambrosio.

**D'AMBROSIO (Segretario - PCI):** Signor Presidente, anche se con otto mesi di ritardo trattiamo questa "interrogazione urgente". L'argomento che abbiamo posto all'attenzione è drammaticamente di attualità, perché nel frattempo, come tutti voi ricorderete, la serie è continuata con l'episodio nei pressi del Palazzo di Giustizia e alla fine del 1986 nei pressi dell'albergo che ospitava il ministro Andreotti. Noi riteniamo, con questa interrogazione, non solo che sia giusto si spendano delle parole di condanna - credo sia cosa ovvia, doverosa per alcuni aspetti - ma che la Giunta provinciale, ribadendo il biasimo come spero si convenga, a sua volta esprima giudizi e comportamenti politici per quanto le compete, i quali servano non solo di denuncia a questi fatti, ma a lanciare quei segnali, come ogni forza politica che crede alla civile convivenza dovrebbe a sua volta fare, che vadano a disinnescare tutti quegli elementi che sono a loro volta causa ed effetto di questa situazione. E' vero che le tensioni portano alle bombe, ma è anche vero che le bombe portano alle tensioni, per cui in un quadro così delicato, rischioso, pericoloso, dove sovente, è vero, è un gioco da ragazzi buttare cerini accesi dove ci sono tanti infiammabili, è doveroso da parte di chicchessia, soprattutto da parte di chi ha pubbliche responsabilità, lanciare dei segnali di condanna e per quanto possibile di distensione tali da non giustificare minimamente, da condannare e per quanto possibile prevenire tali fatti.

Inoltre, voi converrete, colleghi, come il petardo o i petardi sono sempre meno tali e sempre più pericolosi perché vicini alle persone. Non a caso sottolineamo l'aspetto della stazione Lana-Postal. In linea d'aria tra esplosione e persone c'erano forse tre metri, non di più, per cui l'obiettivo umano è drammaticamente, tragicamente vicino. E voi sapete come le nostre situazioni, già tanto delicate e compromesse, possono esserlo ancora di più di fronte a questa escalation, che tocca sempre più da vicino l'uomo e la sua integrità.

Contemporaneamente desidero sollecitare la Giunta provinciale perché si faccia carico a sua volta di quei passi o di quelle iniziative sempre possibili, senza tanta propaganda, ma con analoga efficacia, verso quelle autorità che sono preposte sul piano dell'organizzazione preventiva sull'organizzazione degli esecutori e mandanti di questi atti, per le ragioni che ho appena detto, che sono quelle prioritarie, ma anche perché avere in Italia e in tanta parte d'Europa l'impressione che la provincia

di Bolzano sia solo una terra dove ci siano convulsioni, tensioni, attentati e quant'altro giova a chi vuole dare questa immagine, non é la credenziale migliore. Risaputa la questione che la nostra terra é anche di vacanza per molte persone che sono ospiti oltre che per i cittadini che la abitano, i quali giustamente nella loro stragrande maggioranza vogliono una vita ordinata e ordinaria senza queste tensioni e queste cose.

Chiedo se la Giunta intende assumere delle iniziative, oltre che a prendere quelle opportune prese di posizione che siano di condanna, e lanciare quei segnali che isolino sempre di piú i fautori di queste provocazioni al quieto vivere e alla risoluzione dei tanti problemi che pur ci sono, ma che non hanno bisogno di questi strumenti.

**MAGNAGO (Landeshauptmann - SVP):** Bei allem guten Willen, Herr Kollege D'Ambrosio, ist es für mich sehr schwer, zu antworten, weil wir für die Verfolgung von Verbrechen nicht zuständig sind, weder präventiv, noch bei der Verfolgung, wenn die Tat schon begangen ist, noch für die Verurteilung derjenigen, die die Tat begangen haben. Glauben Sie, daß die Polizei und alle die zuständig sind, um Verbrechen zu verhindern, Ratschläge von uns annehmen würden, ganz gleich, ob es normale Verbrechen sind oder politische Verbrechen? Die Polizei hat ihre Verantwortung und könnte das als ein Einmischen in ihre Angelegenheiten ansehen. Ich lasse mir von der Polizei auch nicht sagen, wie ich mich in der Verwaltung der Landeszuständigkeiten zu verhalten habe. Ich könnte mir sozusagen kalte Füße holen, wenn ich mich da einmischen oder dem Richter sagen würde, da du die Verantwortung hast oder als Staatsanwalt diesen Delikten nachzugehen hast, raten wir dir das und jenes zu tun. Da können wir nichts tun, Kollege D'Ambrosio, das fällt nicht in die Zuständigkeiten des Landes. Wenn ich genau wäre, müßte ich soweit gehen, daß ich nicht einmal antworten könnte, weil es nicht in unsere Zuständigkeiten fällt.

Das einzige was wir tun können ist, daß wir in Südtirol politisch so handeln und z.B. als Koalitionspartner im Landesausschuß versuchen, uns so gut zu vertragen, daß es wenig Polemiken gibt und somit exaltierten Fanatikern kein Anlaß geboten wird, zur Gewalt zu greifen, d.h. zu versuchen, die Kontraste in Verhandlungen, ohne sie zu dramatisieren und aufzubauschen, im gegenseitigen Entgegenkommen und Verständnis zu beseitigen und zu lösen. Und solche Kontraste werden immer wieder auftauchen in Südtirol, machen wir uns keine Illusionen, auch wenn alle Durchführungsbestimmungen heraußen sind. Wir müssen erreichen, daß die Politiker, die mitverantwortlich sind für eine bessere Zusammenarbeit, keinen Anlaß geben, daß die öffentliche Meinung morgen aufschrecken muß, weil wieder politische Kontraste erscheinen, die aufgebauscht werden, und dazu zählt auch die Komponente der Massenmedien und nicht nur die der Politiker. Das können wir also tun, und zwar in unseren Äußerungen keinen Anlaß zu geben, Gefühle hochzuheizen oder anzuzünden, die bei manchen soweit führen können, daß sie zur Gewalt greifen. Dazu, glaube ich, haben wir alle den guten Willen, weil niemand an einer Radikalisierung interessiert ist,



d.h. ich will nicht sagen, daß niemand daran interessiert ist, aber die Menschen mit Vernunft wissen genau, daß uns die Radikalisierung in Südtirol der Lösung der Probleme nicht näherbringt, sondern eine Radikalisierung in Südtirol die Lösung der Probleme nur hinausschieben würde. Das können wir tun und das werden wir auch in Zukunft versuchen zu tun, dort wo es möglich ist, keinen Anlaß zu geben, daß Gefühle irgendwie angeheizt werden und wenn es Kontraste gibt, sie nicht so aufzubauschen, als ob die Welt unterginge, und somit keine Stimmung zu erzeugen, die manche Leute vielleicht zu diesen Akten treiben könnte. Das heißt aber nicht, daß man die Kontraste nicht aufzeigt, sondern es geht darum, wie man sie aufzeigt. Und wenn man sie dann aufzeigt, muß man auch sagen, daß man gewillt ist, sie womöglich auch einvernehmlich zu lösen.

Daß der Landesausschuß und wir im allgemeinen die Gewalt verurteilen, ist selbstverständlich, nur sind diese Verurteilungen dann Mode geworden, wenn irgend etwas passiert ist. Wir wissen ganz genau, daß, wenn die Gewalt die Lösung der politischen Probleme entscheiden sollte, die kleinen schwachen Völker immer unrecht hätten und die großen, die die Macht haben, immer recht hätten, auch wenn sie zehnmal im Unrecht sind. Gerade hier, glaube ich, wo es um sprachliche Minderheiten, Volksgruppen usw. geht, sollte das nicht gelten. Wenn man glaubt, daß die Beziehung zwischen den Völkern auf Stärkeverhältnisse aufgebaut werden kann, wer stärker ist hat recht, und wer schwächer ist hat unrecht, wer mehr Atombomben und Kanonen einsetzen kann, wird recht bekommen und wer weniger an Macht einsetzen kann, wird unrecht bekommen, dann haben wir überhaupt keine Aussicht mehr auf eine bessere Zukunft oder überhaupt keine Aussicht auf eine Zukunft. Somit ist es eine absolute Selbstverständlichkeit, daß wir gegen die Gewalt sind, aber nicht nur aus opportunistischen Gründen, weil dann immer die Schwachen draufzahlen, sondern überhaupt als Prinzip. Natürlich, daß sich einer nicht wehren soll, wenn er das Messer an der Gurgel hat, denn, wenn er die Hand nicht ausstreckt und dem das Messer aus der Hand schlägt, würde er erstochen werden, soweit geht es natürlich nicht, aber hier in Südtirol sind die Voraussetzungen nicht gegeben, die auch nur irgendwie die geringste Gewalt rechtfertigen könnten. Aber präventiv den zuständigen Behörden Ratschläge geben, dazu muß ich sagen, das können wir nicht. Wenn wir die Polizeigewalt hätten - ich meine nicht die Gewalt und die Verantwortung über die öffentliche Ordnung, sondern die Gerichtspolizei - dann wäre es natürlich etwas anderes.

**D'AMBROSIO (Segretario - PCI):** Signor Presidente, Lei ha detto che é ovvia la condanna e capisco anche come possa essere ripetitiva in occasione di questi biasimevoli fatti. Gli aggettivi che ognuno poi vuole aggiungere é libero di farlo. Comunque netta deve essere la condanna.

Ma non é un fatto d'ufficio o rituale; é perché tra le forze politiche responsabili e più in generale tra l'opinione pubblica deve essere sempre presente questa condanna. Il nostro Paese ha attraversato una stagione, intorno al 1977-78 e parte nel 1979, nella quale gli atti di ter-

rorismo e di violenza miravano a scardinare la democrazia, ma questa come fase più recente. Se ripercorriamo alcune vicende di cronaca nera, politica, terroristica, giudiziaria, tutte tra loro intrecciate, vediamo come con questi mezzi si è voluto colpire soprattutto un sistema democratico con tutto ciò che ne discende. Quindi anche nella dimensione della nostra provincia, che non ha quella naturalmente della Repubblica italiana, ma che ha delle peculiarità e delle particolarità che non sfuggono a nessuno di noi, né localmente, né nazionalmente, né internazionalmente, questi fatti non sono meno gravi, fatte le debite proporzioni. Mantenere la guardia o l'allarme contro chi pensa che questa sia la strada per risolvere tutta una serie di problemi non fa mai male, questo come metodo.

Posso capire come ogni qual volta ci sono questi fatti, speriamo ovviamente in minor numero possibile, ci siano le prese di posizione. Non è vero che lasciano il tempo che trovano o è una cosa formale, ma è un fatto politico importante, proprio perché non si estenda l'opinione in questi settori, forze locali, internazionali, chi è avventurista o meno, che comunque qualcuno non pensi di trovare copertura o avvallo a questo metodo che esce dal metodo di lotta politica, democratica, civile, al quale - noi diciamo - ci si deve attenere anche nella battaglia delle idee e per le proprie convinzioni politiche.

Seconda questione. E' chiaro che chi ha delle responsabilità le deve esprimere lanciando anche dei segnali. Prendo atto, signor Presidente, che Lei dice che tutte le forze politiche, in particolare chi ha responsabilità e fa parte della maggioranza, di fronte ai vari problemi non deve mai esasperarli e renderli drammatici e apparire come irrisolvibili questi, cioè alimentare le tensioni. Ne prendo atto e attendiamo comportamenti conseguenti e coerenti rispetto questa affermazione e soprattutto rispetto i problemi che possono generare queste tensioni. Prevenire e disinnescare come sempre è la cosa forse più difficile, ma senz'altro la più opportuna e la più saggia.

Terza considerazione. Lei dice giustamente che formalmente non vi è una competenza, né qui né altrove, per quanto riguarda la possibilità pratica di intervento in quanto organo di polizia ecc. Non credo che nell'interrogazione ci sia un richiamo del genere. C'è una sollecitazione politica, questo sì si può, per fare in modo che vengano attivati tutti quei mezzi, quegli strumenti, quei comportamenti tendenti a sollecitare l'aiuto, quello che si vuole mettere in evidenza. Non so se per memoria, visto che ieri si è aperto, seppure rinviato subito, il processo per la strage di Bologna, e faccio questa citazione comprendendo benissimo la proporzione del fatto, lì ci sono 85-87 vittime con tutto quello che sappiamo. Voi sapete che l'associazione delle vittime, le autorità locali, Comune, Provincia, Regione, hanno da sempre sollecitato il far giustizia secondo le regole della democrazia che presiedono la nostra repubblica. Queste sollecitazioni si sono espresse lungo il corso di tanti anni; per cui un atto politico verso le autorità locali e nazionali tendente a dire che la Provincia autonoma di Bolzano non può sopportare questi fatti, mi

pare che sia questione fattibile, anzi, direi, per alcuni aspetti doverosa, che ribadisce da una parte la condanna e la contrarietà rispetto questi episodi e contemporaneamente la ricerca di ispiratori, mandanti ed esecutori di questi atti, che nulla hanno a che fare con la concezione della vita civile, democratica, della convivenza. Un passo politico è sempre possibile, con la discrezione e le forme più opportune, ma che serva a ribadire che noi di questi episodi meno ne abbiamo meglio è per tutti, qui e fuori.

**PRÄSIDENTIN: Anfrage Nr. 474/86 vom 16.10.1986, eingebracht durch die Abg.en Mitolo und Montali:**

Die unterfertigten Landtagsabgeordneten befragen den Landesrat für Wirtschaftplanung, Raumordnung und geförderten Wohnbau, um zu erfahren, ob er nicht beim Institut für geförderten Wohnbau vorzusprechen gedenkt, damit dieses bei der Erneuerung von Mietverträgen für Geschäfte, die sich in seinem Besitz befinden, die Möglichkeit prüft, die jeweilige Erhöhung des Mietzinses möglichst gering zu halten; ein wahlloser Anstieg würde nämlich den Ertrag kleinerer Betriebe unverhältnismäßig beschneiden, mit der Gefahr, daß diese ihre Tätigkeit einstellen oder die Verkaufspreise entsprechend anheben müßten, um für die untragbaren Kosten aufkommen zu können, die sich aus der einfachen Anwendung des Marktgesetzes ergeben.

I sottoscritti consiglieri provinciali interrogano il signor Assessore alla programmazione economica, coordinamento territoriale e l'edilizia abitativa agevolata per conoscere se non intenda intervenire presso l'I.P.E.A.A. affinché nel rinnovo dei contratti di affitto di negozi di sua proprietà esamini la possibilità di contenere al massimo gli aumenti dei canoni che, a seguito di un indiscriminato rialzo, verrebbero ad incidere in maniera sproporzionata sul reddito di piccole aziende con il pericolo che le stesse debbano cessare la propria attività o procedere ad un congruo aumento dei prezzi di vendita per far fronte agli insostenibili oneri derivanti dall'applicazione pura e semplice della legge di mercato.

Das Wort hat Abg. Mitolo.

**MITOLO (MSI-DN):** Signora Presidente, egregi colleghi, questa interrogazione trae origine da un provvedimento di carattere generale, relativo agli aumenti dei canoni di affitto e delle abitazioni e dei negozi di proprietà dell'IPEAA. Noi sappiamo che l'anno scorso c'è stata tutta una rivalutazione, un ridimensionamento dei canoni delle abitazioni in generale, e in qualche caso si è trattato effettivamente, per quanto riguarda gli enti e i privati, di vere e proprie trasformazioni radicali dei canoni, triplicati, raddoppiati, e anche per quanto riguarda il settore degli enti pubblici una rivalutazione che in qualche caso è stato giudicato assai oneroso, soprattutto per questi piccoli commercianti che usufruiscono

dei negozi dell'IPEAA, i quali si sono trovati di punto in bianco con un aumento giudicato eccessivo e tale da incidere profondamente in quelli che sono i costi dell'azienda e da far ipotizzare addirittura la sospensione dell'attività e del proseguo delle ragioni che sono alla base della loro esistenza, cioè queste piccole attività, negozi di frutta e verdura, negozi di generi alimentari. Se teniamo presente che in questo settore del commercio è in atto un grande attacco delle aziende a dimensioni elevate, dei supermercati, che più volte abbiamo in quest'aula invitato anche a consorzarsi proprio per far fronte alla concorrenza, ci rendiamo conto che in effetti anche l'aumento di un 30% del canone di affitto mensile comporta certe conseguenze che non sono effettivamente lievi e di poco conto.

Per questo mi sono permesso di sollecitare qualche chiarimento e qualche notizia nella speranza di poter anche non dico far recedere l'IPEAA, ma nella speranza di poter far considerare l'Istituto di avere una considerazione dei singoli casi e delle singole situazioni.

Mi attendo di conoscere dall'assessore cosa eventualmente si è deciso ed è stato fatto, non senza rilevare che naturalmente quando le interrogazioni sono poste hanno una loro immediata necessità di risposta e dopo qualche mese il problema ormai ha già avuto la sua risposta nel proseguimento dell'attività d'ufficio dell'ente e quindi ben difficilmente si può riuscire a modificare, soprattutto una volta iniziato l'anno nuovo, certe decisioni. Mi auguro che si possa fare ancora qualche cosa.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung und geförderten Wohnbau - SVP):** Herr Abgeordneter Mitolo! Ihre Anfrage ist vom 16. Oktober. Ich habe damit sofort das Institut befaßt und habe diesbezüglich eine Antwort vom 18. November erhalten und wollte Ihnen heute noch antworten und nicht den Verwaltungsrat des Institutes abwarten, der sich am 27. Januar damit befaßt. Ich muß vorausschicken, daß das Institut eine eigene Rechtspersönlichkeit und einen eigenen Verwaltungsrat hat, der verantwortlich ist für die Gesamtgebarung des Institutes und somit nicht einer Weisungsgewalt des Landesausschusses untersteht, sondern nur der Gesetzmäßigkeitskontrolle. Im diesbezüglichen Gesetz steht drinnen, daß Beschlüsse des Verwaltungsrates annulliert werden können, wenn ein Gesetz verletzt wird, und auch in Merito, wenn das Gesamtinteresse des Institutes als nicht gewahrt erscheint. Ich teile Ihnen als vorläufige Antwort mit, was mir der Präsident des Institutes mitgeteilt hat.

Er schreibt: "Mit Bezug auf die Anfrage der Landtagsabgeordneten Mitolo und Montali teile ich Ihnen mit, daß die Mieten von 76 Geschäftslokalen des Institutes, unter Berücksichtigung der Preise, die auf dem freien Markt für solche Geschäfte geboten werden, erhöht worden sind. Von diesen haben 24 Geschäftsinhaber die neue Miete angenommen. Der Verwaltungsrat wird sich in einer der nächsten Sitzungen erneut mit diesem Problem befassen und für die restlichen 88 Geschäftslokale Lösungsvorschläge erarbeiten, die sicher zum Teil auch die Wünsche der betreffenden Mieter

in Betracht ziehen. Die Erhöhungen werden sicherlich den Bedingungen und Preisen, wie sie auf dem freien Markt sind, angepaßt."

Der Verwaltungsrat ist für den 27. Januar einberufen, um sich auch mit dieser Sache zu befassen. Wie gesagt, das Institut hat seine eigene Zuständigkeit und Verantwortung und ist nicht an Weisungen gebunden und die Beschlüsse werden kontrolliert wegen Gesetzesverletzung oder wenn das Gesamtinteresse des Institutes beeinträchtigt worden wäre.

**MITOLO (MSI-DN):** Devo ringraziare l'assessore Benedikter della sua esauriente risposta e sono lieto di poter dire una volta tanto che sono soddisfatto, anche perché l'assessore Benedikter, come giustamente ha rilevato, può ben poco dal punto di vista strettamente giuridico, perché solo sulle delibere su cui venga elevata eccezione di validità giuridica e comportino palese violazione della legge la Giunta provinciale è chiamata poi a dare il proprio assenso o il proprio dissenso.

Mi fa piacere apprendere che il problema è all'attenzione del consiglio d'amministrazione dell'IPEAA, perché ineffetti da quanto apprendo solo 24 - anzi La prego se possibile, di fornirmi copia di quella risposta da mettere agli atti della mia documentazione - hanno accettato l'aumento di canone, mentre la maggioranza degli affittuari non è d'accordo. Mi auguro che nella seduta del 27 gennaio il consiglio d'amministrazione possa trattare con la sensibilità che il problema richiede la definizione degli altri contratti di lavoro.

La ringrazio ancora per la Sua risposta e spero di non dover presentare un'altra interrogazione per sollecitare, se non altro, una direttiva precisa, un'imposizione, ma quanto meno un atteggiamento di benevola comprensione per le situazioni che si sono determinate in questo settore.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

**PRESIDENTE:** L'interrogazione n. 451/86, a firma dei consiglieri D'Ambrosio e Barbiero, relativa all'attentato dinamitardo nei pressi del Palazzo di Giustizia di Bolzano è superata.

**Interpellanza n. 454/86** del 24.9.1986, presentata dai consiglieri D'Ambrosio e Barbiero:

Il 19 settembre, alla proiezione a Bolzano del film del regista Werner Masten "Die Walsche", tratto dal romanzo omonimo di Joseph Zoderer, era presente un pubblico numerosissimo, parte del quale ha partecipato attivamente al dibattito seguito alla proiezione.

Nel corso di tale discussione il regista ha denunciato il comportamento scorretto dei dirigenti della RAI in lingua tedesca di Bolzano, i quali

avrebbero messo in atto una vera e propria serie di tentativi di censura del film.

Al di là comunque delle affermazioni del regista, resta, come realtà tangibile ed inequivocabile, il fatto che il film non vede come produttrice la RAI accanto a ZDF, ORF e Televisione svizzera.

Il film, al di là dei giudizi estetici che gli si possono dare, è sicuramente interessante per le tematiche trattate e costituisce uno strumento di stimolo all'approfondimento della ricerca di una propria identità in Sudtirolo, che proprio per la presenza di etnie diverse e stimoli culturali differenziati non può essere lineare, ma complessa e multiforme per chiunque (non solo per la protagonista del romanzo di Zoderer e del film di Masten).

Ed è ancora un fatto che nel corso della discussione seguita alla proiezione del film, rispetto alla denuncia da parte del regista di un mancato interesse della RAI a produrre il film, il dott. Franz von Walther, responsabile del Sender Bozen, ha negato che sia stato richiesto l'intervento della RAI ma ha anche aggiunto che se avesse potuto vedere il film, il suo "NO" sarebbe stato certo.

Conferma che il film suscita anacronistici ed inaccettabili pruriti censori. Conferma, ancora, che la pretesa di mettere il silenziatore nei confronti della libertà di espressione creativa ed artistica non è purtroppo solo il ricordo di un passato lontano, che a "parole" tutti dicono di condannare.

Premesso questo, i sottoscritti consiglieri provinciali interpellano il Presidente della Giunta provinciale per sapere se rispondono al vero le affermazioni del regista di "Die Walsche" circa le pressioni fatte dalla RAI di lingua tedesca sull'ORF per ottenere "tagli" della sceneggiatura, circa la mancata disponibilità all'accesso degli archivi della RAI tedesca di Bolzano e comunque per conoscere i motivi del disinteresse a produrre o coprodurre un film, che al di là dei possibili giudizi estetici che possono essere dati, costituisce comunque un incontestabile documento culturale, di cui il Sudtirolo, con le sue peculiarità è un elemento essenziale.

In sostanza, un soggetto del film, sudtirolese, un'autore sudtirolese del libro con vasti riconoscimenti soprattutto nell'area di lingua tedesca, un regista sudtirolese, non pare tutto questo sufficiente perchè il Sudtirolo e la Provincia se ne interessino?

-----  
Am 19. September war zur Vorführung des Films "Die Walsche" des Regisseurs Werner Masten nach dem gleichnamigen Roman von Joseph Zoderer ein äußerst zahlreiches Publikum erschienen, von dem sich ein Teil aktiv an der Diskussion nach der Vorführung des Films beteiligt hat.

Im Laufe besagter Diskussion hat der Regisseur auf die unkorrekte Verhaltensweise der Leitung der RAI, Sender Bozen, hingewiesen, die eine Reihe von regelrechten Versuchen unternommen hat, den Film zu zensieren.

Abgesehen von den Behauptungen des Regisseurs bleibt jedenfalls als greifbare und unmißverständliche Realität die Tatsache bestehen, daß neben

ZDF, ORF und Schweizer Fernsehen die RAI nicht als Koproduzent des Films aufscheint.

Abgesehen von den ästhetischen Urteilen, die man über den Film abgeben kann, ist dieser sicherlich aufgrund der behandelten Thematiken interessant und bietet einen Anreiz, die Suche nach einer eigenen Identität in Südtirol zu verstärken, die gerade angesichts der verschiedenen ethnischen Gruppen und der unterschiedlichen kulturellen Anregungen nicht geradlinig sein kann, sondern für jedermann komplex und vielseitig sein muß (nicht nur für die Hauptfigur des Romans von Zoderer bzw. die Hauptdarstellerin des Films von Masten).

Noch etwas: im Laufe der auf die Vorführung des Films folgenden Diskussion bestritt Dr. Franz von Walther, der Verantwortliche des Senders Bozen, auf die Feststellung seitens des Regisseurs hin, daß die RAI keinerlei Interesse für eine Produktion des Films gezeigt habe, daß die RAI dazu niemals aufgefordert worden wäre; er fügte jedoch hinzu, daß er, hätte er den Film gesehen, sicher "NEIN" gesagt hätte.

Das bestätigt, daß der Film die anachronistische und unannehbare Lust auf Zensur auslöst. Es bestätigt außerdem, daß der Anspruch, kreativer und künstlerischer Äußerungsfreiheit einen Maulkorb umzulegen, leider nicht einer fernen Vergangenheit angehört, die alle zu verurteilen vorgeben.

Dies vorausgeschickt, interpellieren die unterfertigten Landtagsabgeordneten den Landeshauptmann, um zu erfahren, ob die vom Regisseur des Films "Die Walsche" geäußerten Behauptungen der Wahrheit entsprechen, wonach die RAI, Sender Bozen, auf den ORF Druck ausgeübt haben soll, um "Schnitte" des Films zu erlangen und wonach der Zugang zu den Archiven der RAI, Sender Bozen, verweigert worden sein soll. Weiters möchten sie die Gründe für das Desinteresse an einer Produktion oder Koproduktion eines Films erfahren, der abgesehen von etwaigen ästhetischen Urteilen, jedenfalls ein unanfechtbares kulturelles Dokument ist, in dem Südtirol mit seinen Eigenheiten einen wesentlichen Bestandteil darstellt.

Also, ein Südtiroler Thema im Film, ein Südtiroler Autor des Buches mit vielen Anerkennungen vor allem im deutschsprachigen Raum, ein Südtiroler Regisseur - reicht all dies nicht aus, daß Südtirol und das Land Interesse zeigen könnten?

La parola al consigliere D'Ambrosio.

**D'AMBROSIO (Segretario - PCI):** Signor Presidente, non impiegherò molto tempo per illustrare l'interpellanza, perché é molto dettagliata. Vorrei solo ribadire due aspetti che sono compresi nella considerazione e nelle richieste esplicite.

Primo, come noi possiamo anche divergere e dissentire nei giudizi su alcune opere o espressioni date anche attraverso la cinematografia. Come metodo però siamo per l'intangibilità della libertà d'espressione. Poi libero ognuno di accettare bene o male, criticare in modo positivo o negativo, per cui abbiamo espresso con questo anche delle preoccupazioni

in ordine alla possibilità di un esercizio di questa libertà di espressione.

Secondo, questa libertà di espressione è stata condizionata da dichiarazioni del regista che si è riferito a dei precisi casi. Chiediamo di sapere se queste dichiarazioni trovano riscontro, o meglio, se chi risponderà ammette che vi siano riscontri rispetto queste denunce fatte dal regista, e di conseguenza anche mancate collaborazioni ai fini della realizzazione di un'opera che ha le caratteristiche che ci siamo permessi di descrivere.

**MAGNAGO (Landeshauptmann - SVP):** Zur Interpellation der Abgeordneten Barbiero und D'Ambrosio vom 24.9.1986 schicke ich voraus, daß die Zuständigkeiten der Autonomen Provinz Bozen auf dem Gebiet des öffentlichen Rundfunkdienstes, so wie sie im Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 691 aus dem Jahre 1973 und in den darin rezipierten Gesetzesquellen formuliert sind, nur zum Teil Wirklichkeit geworden sind. Unabhängig davon finde ich es erstaunlich, wenn man sich nun in einer Interpellation an die Exekutive wendet, um die Tätigkeit des öffentlichen Rundfunkdienstes einer Art Zensur zu unterwerfen. Ich erachtete es daher als zweckmäßig, den Text der Interpellation der RAI zukommen zu lassen, von der ich folgende Antwort erhalten habe. Ich verlese die Antwort der RAI:

"Es entspricht in keiner Weise der Wahrheit, daß der Sender Bozen der RAI eine regelrechte Serie von Versuchen unternommen hat, den Film zu zensieren. Ebenso aus der Luft gegriffen ist die Behauptung, wonach die RAI-Sender Bozen auf den ORF Druck ausgeübt haben soll, um Schnitte des Filmes zu erlangen. Diese unwahren Behauptungen wurden sowohl durch eine Verlautbarung des zentralen Presseamtes der RAI in Rom zurückgewiesen als auch vom ORF in einer offiziellen Stellungnahme dementiert, und zwar mit folgenden Worten: Es ist nie an den ORF ein Ansuchen gerichtet worden, das Drehbuch oder die Verfilmung der "Walschen" in irgendeiner Weise zu verändern, weder vom RAI-Sender Bozen, noch von irgendeiner anderen Seite. Hingegen bestanden beim ORF von Anfang an vor allem ästhetische, aber auch inhaltliche Bedenken. Diese wurden später auch von Südtiroler Seite bestätigt und dem bei der Produktion federführenden ZDF, wie bei Koproduktionen üblich, mitgeteilt. Eine Veränderung am Drehbuch oder am Film aufgrund der ORF-Einwände wurde jedoch nicht vorgenommen. Am Rande einer Besprechung über ganz andere Koproduktionsvorhaben beim ORF in Wien hat der verantwortliche Koordinator der deutschsprachigen Programme des Senders Bozen der RAI, Dr. Franz von Walther, Bedenken zu einigen Aspekten des gegenständlichen Filmprojektes geäußert. Genau diese Bedenken haben nicht nur durch die negativen Reaktionen von Zuschauern beider Sprachgruppen in Südtirol, sondern auch durch die fast durchwegs negativen Rezensionen lokaler und internationaler Presseorgane (Alto Adige, FF, Dolomiten, Züricher Zeitung usw.) breiteste Bestätigung erfahren. Aber auch unabhängig vom spezifischen Fall der negativen Aufnahme des gegenständlichen Filmes muß es im freien Ermessen eines unabhängigen öffentlichen



Rundfunkdienstes bleiben, aus eigener Verantwortlichkeit die ästhetischen, inhaltlichen und auch finanziellen Aspekte eines Filmproduktes abzuwägen, die ihn dann dazu veranlassen, in eine Produktion einzusteigen oder nicht. Eine Südtirol betreffende oder Südtirol berührende Thematik genügt nicht, um den Sender Bozen jedesmal, wenn er darum gefragt wird, unter eine Art von Koproduktionszwang zu stellen. Um verantwortlich zu entscheiden, muß der Sender auch prüfen können, ob die Thematik gut oder schlecht oder zu oberflächlich ausgearbeitet wird.

Zur Frage, ob der Zugang zu den Archiven der RAI-Sender Bozen verweigert worden sein soll, ist festzustellen, daß an die Redaktion der Tagesschau in Bozen lediglich das mündliche Ansuchen um Überlassung der Originalaufnahmen vom Hungerstreik von Franz Pahl vor dem Siegesdenkmal gerichtet wurde, damit diese in den Spielfilm eingebaut werden können. Diesem Ansuchen hat Chefredakteur Dr. Hansjörg Kucera nicht stattgegeben.

Mit aller Entschiedenheit muß der Vorwurf betreffend den angeblichen Anspruch zurückgewiesen werden, kreativer und künstlerischer Äußerungsfreiheit einen Maulkorb umzulegen. Dem glaubt der Sender Bozen mit gutem Recht entgegenhalten zu können, daß er sich um die Erfüllung seines pluralistischen Auftrages stets redlich bemüht hat und in diesem Sinne viele heiße Eisen aufgegriffen und verschiedenen, auch sehr kritischen kulturellen Initiativen und Äußerungen zur Darstellung und Bekanntmachung verholfen hat, welche sonst von keinem anderen öffentlichen Kulturträger Förderung bzw. Starthilfe bekommen haben. Am allerwenigsten Grund zur Klage haben diesbezüglich der Autor Josef Zoderer und der Regisseur Werner Masten. So hat der Sender Bozen der RAI z.B. in wesentlicher Weise an der Verwirklichung des Filmes "Das Glück beim Händewaschen", des ersten der beiden Masten-Zoderer-Filme, beigetragen, während alle drei bisher erschienenen Erzählwerke von Josef Zoderer, also auch "Die Walsche", als Roman im Hörfunk gesendet wurden, dies ganz abgesehen von der häufigen und ausführlichen Berichterstattung."

Das ist die Stellungnahme der RAI und dazu möchte ich keinen Kommentar geben, ich möchte aber einen politischen Kommentar hinzugeben. Ich habe mir diesen Film angesehen und ich muß zugeben, daß heute natürlich jeder frei ist, in einem demokratischen Staat zu bringen was er will, Gutes und Schlechtes usw., und daß der eine sagen kann, das ist eine gute Sache, und der andere die Freiheit hat, zu sagen, das ist eine schlechte Sache. Da werden wir nie einen Konsens finden, weil die Geschmäcker sehr verschieden sind. Ich habe mir aber den Film angesehen und muß sagen, der Film ist furchtbar langweilig, es sei denn, die Bettszenen interessieren viele Leute. Er ist langweilig, weil er immer wieder die alte Tour bringt, wenn dieses arme Mädchen in den Heimatort fährt, findet sie einmal eine Opposition in dieser Weise, einmal auf andere Weise, dann fährt sie wieder zurück und trifft ihren Freund in Unterhosen an und sie taucht im Negligé oder noch weniger auf, usw. Ich frage mich, wenn man sich diesen Film ansieht, wo der eine gewöhnlich in Unterhosen ist, die andere im Negligé und dazwischen noch ein bißchen Barmusik ist, und wenn sie dann

heimfährt, trifft sie nur vertrottelte Bauern und nichts anderes an, da muß ich mich wirklich fragen, ob dieser Film es wert ist, wenigstens in Südtirol gesehen zu werden. Ich rede jetzt von der politischen Seite und nicht vom Wert, deswegen kann der eine trotzdem sagen, das ist ein guter Film, weil ihm das vielleicht gefällt. Aber wenn dies ein Muster für das Zusammenleben sein soll, dann muß ich sagen, ein solcher Film erzeugt nur Ärgernis in Südtirol, und ich habe schon früher gesagt, wir sollen alles vermeiden, was Ärgernis zwischen den Volksgruppen erzeugt; und wenn wir das schon alles vermeiden wollen, dann ist es besser, daß ein solcher Film in Südtirol nicht gezeigt wird. Daß er in der Schweiz gezeigt wird und in der Bundesrepublik, oder zum Teil auch in Österreich, das ist wieder ganz eine andere Situation, dort erzeugt er ganz andere Ärgernisse, aber hier in Südtirol ist er nur Explosivstoff und wird nicht zu einer besseren Zusammenarbeit der Volksgruppen beitragen. Das möchte ich sagen, und zwar als Politiker und nicht als Kritiker, weil ich werde vielleicht nicht verstehen, was ein schöner und wertvoller Film ist, aber als Politiker kann ich es nur begrüßen, wenn dieser Film nicht gezeigt worden ist, weil er sicher nicht zur besseren Zusammenarbeit in Südtirol beigetragen hat. Das ist meine Meinung, nachdem ich den Film gesehen habe und man könnte noch viel seriösere Argumente bringen.

**D'AMBROSIO (Segretario - PCI):** Signor Presidente, egregi colleghi, chiedo per cortesia al Presidente della Giunta se mi vuole fornire la risposta scritta per la parte attinente la RAI, perché anch'io ritengo opportuno avere la documentazione.

Per quanto riguarda il giudizio sull'opera, ho detto da subito che ognuno è libero di condividere o meno, di essere d'accordo o meno, ma dobbiamo ribadire la validità di un principio generale che informa la nostra visione, cioè della libera espressione. Però, vede, è una coincidenza della cronaca. Non leggo l'Unità, dunque non parlo a titolo di uomo di parte; leggo, in rapporto all'opera di Renato Guttuso, un passaggio di un uomo di Chiesa, l'arcivescovo Fiorenzo Angelini, a proposito di cultura di espressione, di certe altre cose: "La crocifissione del 1941 con la Maddalena nuda che scandalizzò i preti." Dice il monsignore: "Fu maltrattato per quel quadro che è un capolavoro grandioso. La Maddalena nuda è di spalle, non c'è nulla di irriverente. Starebbe bene in qualsiasi chiesa. Ebbe molto a soffrire per quell'incomprensione. Gli ecclesiastici che l'accusarono dimostrarono grettezza spirituale".

Io faccio le debite proporzioni fra le dichiarazioni dell'arcivescovo Angelini e l'opera di Renato Guttuso - non confondo le cose -, ma debbo contemporaneamente rilevare come vi siano delle similitudini, per cui la tendenza al rigetto di qualsiasi cosa, perché non rientra in taluni schemi, viene giudicata nella maniera che sappiamo. Libero di farlo, ma libero anche di non condizionare questo modo di fare l'opera artistica. Poi ai critici, agli spettatori, a coloro i quali ritengono di volersi esprimere, liberi di giudicare noioso, non interessante e giudizi di questo o altro tipo.

Ribadisco dunque come vi sia questo principio da salvaguardare e prendo atto della risposta che ha fornito il Presidente della Giunta, sia per la parte letta, che ribadisce le valutazioni di chi ha ritenuto di farle in nome della RAI, sia le valutazioni personali rispetto quest'opera. Non credo - mi permetto di dirlo - che quest'opera sia stata controproducente rispetto a questo momento di convivenza e di comprensione. Rientra in tutte quelle espressioni che per cinematografia, per televisione, per iscritto, con il dipinto, con la musica, ognuno liberamente ritiene di esprimere.

Sono invece soddisfatto per la parte che ho potuto capire, letta, perché al di là di certe giustificazioni e condizioni io ho interpretato che vengono confermate alcune espressioni usate dal regista. Naturalmente non ci intruffoliamo nei rapporti fra RAI e regista, però debbo dire che, essendo state negate determinate collaborazioni - i motivi avrà ritenuto di esprimerli chi aveva la responsabilità -, però è vero che seppure richiesto verbalmente certi filmati non sono stati forniti; è vero che una certa collaborazione non c'è stata; è vero che alcune preoccupazioni si sono espresse! Giusto o sbagliato che sia, ne prendo atto e ad ognuno le valutazioni che ritiene al riguardo di poter fare.

**PRESIDENTE:** Interrogazione n. 466/86 del 2.10.1986, presentata dai consiglieri Mitolo e Montali:

I sottoscritti consiglieri provinciali interrogano il signor Presidente della Giunta provinciale per conoscere se risponde a verità che l'assessore dott. Saurer ha rassegnato le dimissioni dalla carica di responsabile della Sanità e quali ne siano i precisi motivi.

-----  
Die unterfertigten Landtagsabgeordneten erlauben sich, den Herrn Präsidenten der Landesregierung zu befragen, um zu erfahren, ob es der Wahrheit entspricht, daß Landesrat Dr. Saurer seinen Rücktritt vom Amt eines Verantwortlichen für das Gesundheitswesen eingereicht hat und welches die genauen Gründe dafür sind.

La parola al consigliere Mitolo.

**MITOLO (MSI-DN):** Signor Presidente, egregi colleghi, credo che ce la sbrighiamo in modo rapidissimo, e mi dispiace che non sia presente l'interessato, che non vorrei pensasse parliamo alle sue spalle.

Il discorso è molto semplice. A un dato momento si è avuta notizia, qualche riferimento sulla stampa e qualche battuta non proprio soltanto di spirito nell'ambito delle nostre riunioni consiliari, per cui si è capito che l'assessore Saurer o aveva dato le dimissioni o era sul punto di darle. Comunque non credo fosse soltanto un pettegolezzo che c'era qualche discrasia, qualche screzio, la sensazione che non ci fosse proprio

perfetta sintonia fra l'assessore Saurer, che ringrazio adesso di essere arrivato in tempo, e la Giunta o il Presidente della Giunta.

Poi tutto é finito, non voglio dire come si usa a Roma "a tarallucci e vino", ma comunque si é proseguito in un clima di collegialità; però non si é avuta da parte della Giunta anche una smentita ufficiale, perché quando la stampa pubblica certe notizie sarebbe opportuno che, ove queste notizie non fossero veritiere o non risultassero serie, l'ufficio stampa della Provincia, su mandato della Giunta, provvedesse a chiarire e a smentire quanto la stampa, magari dando ascolto alla propria vocazione di fare notizia, va elargendo, spesso magari in forme da propaganda commerciale, ai cittadini che leggono il giornale.

Non abbiamo più saputo nulla, stante il fatto che l'assessore continua nella sua attività tranquillamente; ha presentato e discusso il bilancio, quindi ha condiviso l'impostazione della Giunta. Questo non era per noi, quando abbiamo presentato l'interrogazione, molto chiaro e ci attendiamo che esso venga definitivamente chiarito in questa occasione.

**MAGNAGO (Landeshauptmann - SVP):** Es hat einen Teilrücktritt des Landesrates Saurer gegeben, d.h. nicht Rücktritt als Landesrat, sondern Teilrücktritt als Landesrat in Zusammenhang mit der Aufgabenzuständigkeit auf dem Sektor des Gesundheitswesens. Ich habe den Landesrat Saurer gebeten, bis zur Klärung der Angelegenheit diese Materie - die vielleicht die Wichtigste ist, ohne die anderen Zuständigkeiten zu schmälern - inzwischen weiterzuführen, damit es eine Klärung geben kann. Es hat dann auch verschiedene Aussprachen gegeben, warum das passiert ist, und zwar ist es bei der Ernennung der provisorischen Verwaltungsräte der vier Sanitätseinheiten passiert. Sie wissen, daß wir bei der Ernennung der provisorischen Verwaltungsräte der vier Sanitätseinheiten unter einem gewissen Druck gestanden sind und hier hatte Dr. Saurer andere Vorstellungen, aber immer im Interesse des guten Funktionierens der Sanität und nicht in anderem Interesse. Er hatte die Vorstellung, daß bei der Ernennung der provisorischen Verwaltungsräte der vier Sanitätseinheiten auch Verwaltungsräte hineinkommen sollen, die man als sogenannte Experten bezeichnet und die somit Beamte des Assessorates von Dr. Saurer sind. Die Mehrheit im Landesausschuß war anderer Meinung und das natürlich auch im Interesse eines guten Funktionierens. Vor diese Situation gestellt - Dr. Saurer sah diese Dinge im Interesse einer besseren Zusammenarbeit zwischen ihm und seinem Assessorat und den Sanitätseinheiten - hat die Mehrheit geglaubt, diese Meinung nicht teilen zu können und hat somit nicht zugestimmt, daß auch Beamte unter die provisorischen Verwaltungsräte hineingewählt werden. Das hat zu einer Mißstimmung geführt, weil die Meinung des Landesrates nicht durchgedrungen ist, der sich aber sehr verdienstvoll gemacht hat, was die Ausübung seines Amtes anbelangt, denn, machen wir uns doch keine Illusionen, der Sanitätsbereich ist heute wohl einer der schwierigsten Bereiche, die es überhaupt gibt. Das hat somit nichts zu tun mit Mißtrauen gegenüber Saurer, weil man einmal anderer Meinung war. Inzwi-

schen haben aber Gespräche stattgefunden zwischen Landesrat Saurer und mir, zwischen den Präsidenten der Sanitätseinheiten und mir und, was das Wichtigste war, zwischen Landesrat Saurer und den Präsidenten der Sanitätseinheiten. Diese Gespräche haben viele Mißverständnisse geklärt und Landesrat Saurer erhielt von den Präsidenten der Sanitätseinheiten die Zusicherung einer aktiven Mitarbeit. Natürlich können morgen in diesem schwierigen Aufgabenbereich auch wieder verschiedene Meinungen auftauchen, das kann man nicht verhindern, aber diese Zusicherung wurde dem Landesrat Saurer bestätigt und diese Aussprachen haben somit sicher zu notwendigen Klärungen geführt.

Ich möchte noch etwas hinzufügen. Diese Episode hat sicher einen gewissen Wirbel gemacht und hat mir auch Sorgen gemacht, denn ich möchte nicht einen wertvollen Mitarbeiter verlieren, der sich mit Begeisterung und Engagement eingesetzt hat und sich mit den schwierigen Problemen konfrontiert hat. Ich möchte heute erklären, daß ich annehme, daß dieser Teilrücktritt, nach allen erfolgten Klärungen, überwunden ist und dieses Problem nicht mehr existiert. Ich muß allerdings auch hinzufügen, daß der Herr Landesrat Saurer, der nun den Landesgesundheitsplan fertig ausgearbeitet hat und ihn den Landesräten zur Überprüfung unterbreiten wird, sich Verständnis erwartet von seiten der Landesregierung und eine bestimmte Solidarität, was die Konzeption anbelangt, die in diesem Landesgesundheitsplan vorgesehen ist. Das heißt nicht, daß die Landesregierung mit allem einverstanden sein muß, aber Landesrat Saurer erwartet sich, daß bei der Debatte über den Landesgesundheitsplan seine Meinung auch eine entsprechende Gültigkeit hat und somit diese Kriterien und Richtlinien auch die entsprechende Berücksichtigung finden, von seiten seiner Kollegen auch ernstlich überprüft werden und wenn man anderer Meinung ist, es auch zu einer ernstlichen Auseinandersetzung oder zu einem Vergleich von verschiedenen Standpunkten kommt. Er erwartet sich also eine bestimmte Solidarität, nicht im dem Sinne, Solidarität einer Person gegenüber, sondern daß man diese Richtlinien ernst nimmt, sie auch nicht unter Zeitdruck überprüft und sie mit einem gewissen Wohlwollen überprüft, wobei selbstverständlich verschiedene Meinungen auftauchen können. Das ist eine Erwartung des Landesrates und ich glaube, es war richtig, daß ich das bei dieser Gelegenheit auch gesagt habe. Etwas anderes gibt es derzeit nicht zu sagen, die Dinge gehen weiter wie früher und ich bin überzeugt, daß man auch die schwere Hürde des Landesgesundheitsplanes nehmen wird.

**MITOLO (MSI-DN):** Grazie, signor Presidente, della Sua risposta, che peraltro mi rende ancora più perplesso di quando ho presentato l'interrogazione, perché, siccome ho la fortuna di conoscerLa da molto tempo, di solito, quando ha le idee molto chiare e precise sintetizza in maniera impeccabile. Questa volta mi é parso che abbia fatto tutto un discorso come per coprire tutta una situazione che ancora non é stata chiarita. Lei mi ha detto sí che é stata chiarita, però ha aggiunto che l'assessore

Saurer, avendo presentato adesso il piano sanitario, si attende comprensione; come a dire - almeno così ho capito io - che si lui è rientrato in buon ordine nelle fila della Giunta, ma a condizione che il suo piano sanitario trovi accoglienza benevola presso i componenti della Giunta provinciale. Vista la partenza che ha condotto ad un certo traguardo: le dimissioni parziali, c'è da rilevare che non ci sarebbe stato bisogno delle Sue precisazioni se vi fosse stato il chiarimento completo, assoluto su quanto è accaduto.

Comunque, prendo atto della Sua risposta, che conferma le nostre ipotesi e i nostri timori: nessuno di noi voleva sollevare lo scandalo per il gusto dello scandalo. Ci ritroveremo a discutere il piano sanitario provinciale e in quella occasione spero che il chiarimento definitivo possa essere veramente definitivo e non si debba più temere che questa Giunta ha nel suo seno sì un personaggio che merita attenzione, rispetto, che svolge la sua attività con impegno, dedizione, serietà, ma che in qualche modo ogni tanto pianta grane, almeno così mi è parso di capire, perché ha le sue idee, rispettabilissime e da parte mia soprattutto per quanto concerne i comitati di gestione condivise in pieno, perché essi appaiono più come comitati lottizzati, tanto per usare un termine in voga in questo periodo, che comitati di veri e propri esperti, quindi comitati che hanno più caratteristica politica che non caratteristica di carattere tecnico e specialistico. Mi auguro quindi che durante la discussione del piano sanitario provinciale possa essere chiarito ogni dubbio e possa essere fugata la nostra perplessità.

Naturalmente sono soddisfatto soltanto parzialmente della Sua risposta.

**PRESIDENTE:** Riprendiamo alle ore 15 con le interrogazioni, in attesa del testo concordato sulla mozione riguardante Cernobyl.

La seduta è sospesa.

ORE 13.15 UHR

-----

ORE 15.00 UHR

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

WALTRAUD GEBERT-DEEG

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

(Namensaufruf - Appello nominale)

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung wird fortgesetzt.

**Anfrage Nr. 515/86** vom 9.12.1986, eingebracht durch die Abg.en Hosp, Pahl, Oberhauser, Zingerle und Ladurner-Parthanes:

Am Samstag, dem 6. Dezember 1986, wußte die abendliche Tagesschau des RAI-Senders Bozen zu berichten, daß die Rennpiste für den Herren-Riesentorlauf des alpinen Weltcups 1986/87 in Stern/Gadertal per Hubschrauber mit Schnee versorgt worden sei.

Im Filmbericht war zu sehen, wie Schneelasten in Transportnetzen vom Hubschrauber über der zu präparierenden Piste ausgeklinkt wurden. Dies sei geschehen, weil die Produktion von Kunstschnnee offensichtlich zur vorschriftsgemäßen Präparierung der Weltcup-Piste nicht ausreichte. Der Kommentator sprach von täglichen Kosten von 20 Millionen Lire für diesen "teuersten Kunstschnnee der Welt" und auch davon, daß andernorts wegen des allgemein herrschenden Schneemangels Weltcup-Rennen abgesagt worden seien. In Stern im Gadertal war man offenbar aber nicht bereit, sich den von der Natur gebotenen Grenzen des Skisports zu beugen.

Die unterzeichneten Landtagsabgeordneten der SVP wünschen von der Landesregierung zu erfahren:

- Sind für diese Schnee-Transaktionen per Hubschrauber direkt oder indirekt Mittel des Landes geflossen, und wenn ja, in welcher Höhe?
- Wie begründet die Landesregierung im Ja-Fall den Einsatz solcher Mittel für ein Unternehmen, das in geradezu zynischer Offenheit den Überanspruch des alpinen Ski-Rennzirkus, der sich schamhaft Spitzensport nennt, aufzeigt?
- Ist die Landesregierung nicht auch der Meinung, daß öffentliche Mittel gegebenenfalls sinnvoller und für unsere sportbegeisterte Jugend effizienter in die Förderung des Breitensports, also an unsere Sportvereine im Lande, fließen sollten?

-----  
Nella "Tagesschau" della sera del 6 dicembre 1986 la RAI-Stazione di Bolzano ha comunicato che la pista di gara per lo slalom gigante maschile alpino per la Coppa del mondo 1986/87, che si svolge a La Villa, è stata innervata mediante un elicottero.

Dalle immagini teletrasmesse si è potuto vedere infatti come carichi di neve trasportati in reti apposite venivano sganciati dall'elicottero sulla pista che doveva venire apprestata. Ciò in quanto, è stato osservato, la produzione di neve artificiale evidentemente non era sufficiente per la preparazione regolamentare della pista per la gara della Coppa del mondo. Per questa "neve artificiale più costosa del mondo" il commentatore ha parlato di costi giornalieri pari a 20 milioni di lire, facendo presente altresì che altrove, causa la generale carenza di neve, gare di Coppa del mondo sono state disdette. Ma a La Villa in Val Badia evidentemente non si era disposti a cedere ai limiti dalla natura posti allo sport sciistico.

I sottoscritti consiglieri provinciali della SVP desiderano conoscere dalla Giunta provinciale quanto segue:

- se per questi trasporti di neve mediante elicottero sono stati, direttamente o indirettamente, stanziati mezzi della Provincia e, caso positivo, per quale ammontare;
- caso positivo, come motiva la Giunta provinciale l'impiego di questi mezzi

per un'impresa che va ad eccessivamente accentuare, con un'evidenza addirittura cinica, il carosello agonistico dello sci alpino, denominato ipocritamente sport a livello professionistico;

- se la Giunta provinciale non sia anch'essa dell'avviso che mezzi pubblici dovrebbero venire spesi piuttosto in modo più sensato e più efficiente per i nostri giovani amanti dello sport, incentivando lo sport di massa e quindi le varie associazioni sportive esistenti in provincia.

Das Wort hat Abg. Hosp.

**HOSP (SVP):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! An sich ist zum Inhalt der Anfrage, wie sie hier vorgelegt und soeben verlesen wurde, nichts hinzuzufügen. Aber ich glaube, angesichts der starken Polemiken, die auch in der Presse in den letzten Tagen, insbesondere auch heute wiederum durch einen Leserbrief in der Tageszeitung "Dolomiten", durchsickerten, muß doch von mir, auch namens der Miteinbringer dieser Anfrage, festgestellt werden, daß die Anfrage sich ausschließlich darauf bezieht, ob die Landesregierung den Transport von Schnee mittels Hubschrauber, wie dies am 6. Dezember im Fernsehen gezeigt worden ist und wo es auch geheißen hat, daß dieser Transport 20 Millionen Lire am Tag kosten würde, mitfinanziert hat oder nicht. Mittlerweile wissen wir, daß die Landesregierung dafür kein Geld ausschüttet, aber der offizielle Beantworter der Landesregierung wird dazu noch das Wort ergreifen. Die Unterzeichner wurden jeweils auf Versammlungen angesprochen, wo es geheißen hat: "Da wird die Landesregierung sicherlich wieder einmal Geld hineinbuttern". Wir aber haben jeweils gesagt, das glaubten wir nicht, denn die Landesregierung gibt nur für Veranstaltungen als solche Gelder und ich glaube, für eine Veranstaltung wie ein Weltcup-Rennen sind 40 Millionen wirklich ein Mindestbeitrag. Dieser Betrag erscheint mir nur angemessen zu sein, aber um der Öffentlichkeit auch zu bekunden, daß die Landesregierung nicht auch noch damit beginnt, Hubschrauberschneetransporte zu finanzieren, erschien uns diese Anfrage notwendig, wobei man festgestellt hat, daß natürlich einige, insbesondere die Veranstalter, sich dadurch betreten gefühlt haben. Die Unterzeichner haben auch in der Folge am 9. Jänner einigen der SVP nahestehenden Veranstaltern ein Schreiben geschickt, in dem genauestens abgeklärt worden ist, was die Anfrage wollte und was sie nicht wollte. Denn es hat auch Sportler gegeben, die gesagt haben, wir kriegen Jahr für Jahr nur wenig und hier werden sogar für Hubschrauberschneetransporte Gelder ausgegeben. Ich glaube, es ist für alle Beteiligten gut, insbesondere aber auch für den Ruf des Spitzensportes förderlich, wenn festgestellt wird, was ich inzwischen schon weiß, und zwar, daß die Landesregierung dafür kein Geld ausgibt. Es hat geheißen, daß das betroffene Gebiet, in diesem Falle das Hochabteital, mit größter Opferbereitschaft von seiten der Hoteliers und Fremdenverkehrstreibenden eine enorme Summe an Geld aufgebracht hat und es sich nicht leisten konnte, diese Veranstaltung aus Schneemangel ausfallen zu lassen. Dies aus vier



lerlei Gründen, und das ist einsehbar, und daß sie sich diese Zusatzkosten haben leisten müssen, um die Veranstaltung nicht aufs Spiel zu setzen.

Das, glaube ich, ist durchaus zu berücksichtigen, nur muß auch den Einbringern der Anfrage gegenüber diesbezüglich Rücksicht entgegengebracht werden, daß sie das Unbehagen eines größeren Teiles der Öffentlichkeit, nicht zuletzt auch von Sportlern, in den Landtag gebracht haben, um zu hinterfragen, ob hier öffentliche Gelder des Landes ausgeschüttet wurden oder nicht. Aber man kann natürlich jede Diskussion führen und wie immer man sie führen mag, sie wurde fair geführt und hier haben die Unterzeichner auch Kritiken eingesteckt und sie haben sie auch gerne eingesteckt, nur ein Punkt ist zu weit gegangen, und zwar hat heute ein Herr Dalponte in der Tageszeitung "Dolomiten" einen Leserbrief veröffentlicht, in dem er sich zur Entgleisung verstiegen hat und behauptet hat, daß man hier die feindselige Einstellung einiger SVP-Landespolitiker gegenüber den Ladinern schlechthin ausnehmen könnte. Das ist allerhand, denn ein Zingerle, der mitunterzeichnet hat, ist der Verantwortliche der alljährlichen Ladinertagungen in Brixen, ich selbst war als Talschaftspräsident der Talgemeinschaft Salten/Schlern - das können die Grödner Bürgermeister bestätigen - immer sehr aufgeschlossen, wenn es um ladinische Angelegenheiten gegangen ist, und die Liste ließe sich sicher fortsetzen. Ich glaube, das dürfen wir nicht zulassen, daß hier ein einzelner aufsteht und über diejenigen, die eine Anfrage eingebracht haben, ganz einfach den Stab zu brechen versucht und damit versucht, die Fragesteller in der Öffentlichkeit fertigmachen, und zwar, daß sie die erklärten Feinde der Ladinier wären. Ich glaube, das geht einfach zu weit, denn das heißt, daß ein demokratisches Instrument der Anfragestellung mißdeutet wird und daß gleichzeitig versucht wird, aus einem Unbehagensmoment in politischer Hinsicht Kapital zu schlagen, weil dieser gewisse Herr offensichtlich nicht gerade zu denen zählt, die SVP-freundlich wären. Im übrigen möchte ich sagen, die Anfrage ist hier umrissen, es geht nur darum, bestätigt zu bekommen, was ich inzwischen schon weiß, nämlich, daß die Landesregierung keine öffentlichen Gelder für Schneetransporte mittels Hubschrauber ausschüttet.

**VALENTIN (Landesrat für Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals und Kultur - SVP):** Werte Frau Präsidentin, werte Kollegen! Ich habe den Auftrag, diese Anfrage zu beantworten und ich darf gleich vorwegnehmen, daß die vom Kollegen Hosp aufgezeigten Tatsachen schon vor dem 9. Dezember klarstanden. Die Veranstalter dieses Weltcup-Schirennens im Hochabteital hatten ein Ansuchen um einen Beitrag eingereicht, genauso wie andere für verschiedene sportliche Veranstaltungen, die im Laufe des Jahres 1986 stattgefunden haben oder bereits im Laufe der ersten Wintermonate abliefen, ihre Ansuchen beim Land eingereicht hatten. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß Beiträge für solche Veranstaltungen aufgrund eines Kostenvoranschlages zugemessen werden. Die 40 Millionen Lire, von

denen wiederholt die Rede war, waren bereits vorher für die Abhaltung dieses Weltcup-Schirennens in Stern zugesagt. Es sei auch noch hinzugefügt, daß zur Liquidierung dieser 40 Millionen Lire immerhin Ausgaben von etwa 350 Millionen Lire unter Beweis gestellt werden müssen, dokumentiert werden müssen, damit die 40 Millionen ausbezahlt werden können. Bis dahin ist es klar, daß keinerlei Beiträge für einen Schneetransport mit Hubschrauber vorgesehen waren oder daß damit überhaupt nur der Versuch bestehen könnte, mit Hubschrauberrechnungen die 40 Millionen Lire abrechnen zu wollen. Also weder direkt noch indirekt gehen Beiträge in diese Maßnahme.

Nun aber zum Stein des Anstoßes, und zwar, daß man sich überhaupt erlaubt hat, mit einem Hubschrauber Schnee heranzubringen. Es sei hier klipp und klar herausgestrichen, daß die Organisatoren vor der Wahl standen, die bereits investierten 350 Millionen Lire in Rauch aufgehen zu lassen, oder noch einige Dutzend Millionen zu investieren. Es gelang ihnen nicht, Schnee an Ort und Stelle herzustellen, Naturschnee war auch nicht vorhanden, so daß sich die Frage ergab, den Schnee von einem anderen Ort heranzubringen. Daß sich die Veranstalter persönlich angeeckt fühlen ist nur zu verständlich, denn wenn die Veranstalter das Schirennen 10 Tage vor Weihnachten abblasen hätten müssen, dann stellen Sie sich einmal vor, welche Werbung das für die Wintersaison gewesen wäre in ganz Südtirol. Sonst gelten die Dolomiten sehr wohl als attraktiver Reklameschlager für ganz Südtirol, aber hier sollten sie eine Breitseite abbekommen. Ich muß sagen, ich fühle es den Veranstaltern nach, wo sie sich wirklich eingesetzt haben, wo sie diese Beträge, die schlußendlich über 400 Millionen hinausgegangen sind, aufteilen mußten auf die Bettenanzahl, wo jeder kleine Zimmervermieter mitzahlte, jeder Barinhaber mitzahlte, jeder Gasthof mitzahlte und wo an der Pistenpräparierung über 100 freiwillige Leute mitgearbeitet haben usw. Daß es hier fast zu Beleidigungen kommen mußte, ist für mich verständlich und einleuchtend und es hat die Leute insofern auch noch etwas mockiert, als tatsächlich Kollegen aus Gebieten mitunterzeichnet haben, wo für Schi- und Liftanlagen gewaltige Gelder investiert wurden und wo gerade die Ladiner selber mitinvestieren und investiert haben für die Neuerrichtung von Aufstiegsanlagen. Daß sie sich hier in der Ehre angegriffen gefühlt haben, ist wirklich verständlich. Es sei nochmals erwähnt, es ist in keiner Weise Schindluder getrieben worden mit öffentlichen Geldern; man könnte eher mit etwas Ironie sagen: "Vielleicht können die Ladiner stolz sein, daß sie einer so genauen Kontrolle unterzogen werden, daß ja nichts Unrechtes versucht wird". Liebe Kollegen, entschuldigt mich wenn ich sagen muß, es war in meinen Augen ein kleiner Tritt ins Fettnäpfchen, man hätte sich vielleicht mit einer anderen Anfrage etwas mehr Lorbeeren holen können als hiermit.

**HOSP (SVP):** Den Tritt ins Fettnäpfchen, Herr Landesrat, müssen Sie uns selbst überlassen, denn es gibt einen großen Teil von Südtirolern, von denen wir die Anfrage übernommen haben, die sich wirklich die Frage

gestellt haben: "muß denn das auch noch sein"? - immer bezogen natürlich auf den Einsatz öffentlicher Mittel. Ich danke dem Herrn Landesrat, daß er das, was uns schon der Herr Landeshauptmann früher gesagt hat, erneut bestätigt hat, daß hierfür keine öffentlichen Mittel geflossen sind, und damit wäre eigentlich der ganze Fall absolut ad acta gelegt. Von den Argumenten des Landesrates verstehe ich eines am ehesten, nämlich, daß der Schaden im Falle des nicht extremen Einsatzes mittels Hubschrauber noch bedeutend größer ausgefallen wäre. Das leuchtet mir ein und dem kann ich nicht ganz widersprechen. Weniger leuchtet mir ein, von den materiellen Schäden abgesehen, daß die reine Absage für das ganze Land Südtirol eine so schlechte Werbung gewesen wäre, daß man für die Wintersaison hätte bangen müssen, denn dann hätten andere Wintersportorte wie z.B. Sestriere, die alle die Großveranstaltungen reihenweise absagen haben müssen, ebenfalls ähnlich denken müssen. Ich glaube viel mehr, man dürfte auch den Gästen lediglich durch eine präparierte Piste nicht einen schönen Winter vorgaukeln, denn entweder der Winter ist da, die Natur macht mit, oder die Natur macht nicht mit. Dieses Argument überzeugt mich nicht, wohl aber überzeugt mich jenes Argument des Landesrates, daß der Schaden sonst noch größer wäre, weil schon Hunderte Millionen investiert waren. Kurzum, für die Veranstalter jedes denkbare Kompliment, was Tüchtigkeit und Zusammenhalt anbelangt, aber auch gleichzeitig das Ersuchen um mehr Fairneß an jene wenigen nicht Wohlwollenden, die von einer feindseligen Einstellung gegenüber den Ladinern sprechen, und zwar wegen einer demokratisch eingebrachten Anfrage harmloser Natur. Ich bitte den Landesrat, auch darauf einzuwirken, daß man das einfach nicht so übertreiben darf, wobei ich weiß, daß die betreffende Person, die ich vorhin zitiert habe, sicherlich im Alleingang diese enorme und ungeheure Behauptung aufgestellt hat. Alle anderen Diskussionen und Unbehagensäußerungen waren streng sachlicher Natur und die respektiere ich sehr, und ich glaube, auch im Namen der Kollegen zu sprechen, die mitunterzeichnet haben, und betrachte dadurch die Angelegenheit als abgeschlossen.

**PRÄSIDENTIN:** Anfrage Nr. 406/86 vom 20.5.1986, eingebracht durch die Abg. en Pahl und Peterlini:

Wie steht es mit der wirtschaftlichen Zukunft der rund 5000 Südtiroler Weinbauern? Denkt die Landesregierung an Hilfsmaßnahmen?

-----  
Quali sono le prospettive economiche per i 5000 viticoltori altoatesini? La Giunta provinciale intende adottare provvedimenti in favore dei medesimi?

Das Wort hat Abg. Peterlini.

**PETERLINI (Sekretär - SVP):** Sehr verehrte Präsidentin! Ich darf stellvertretend für den Kollegen Pahl die Anfrage kurz erläutern. Es geht

darum, daß im vorigen Jahr bekannterweise der Weinskandal auch auf Südtirol seine Auswirkungen gehabt hat und die Südtiroler Bauern, obwohl sie nicht am Skandal beteiligt waren und selbst auch immer nur naturtreuen Wein geliefert haben, indirekt schwer betroffen worden sind von dem Skandal, zuerst durch Österreich und dann vor allem durch Italien. Es ist bekannterweise ein Mißtrauen gegenüber dem Wein entstanden, vor allem in den Exportländern, der Weinkonsum ist gesunken und man hat trotz verschiedener Maßnahmen seitens der Landesregierung, die anerkannt werden müssen, nämlich zu differenzieren zwischen dem Südtiroler Wein einerseits und dem italienischen Wein andererseits, erhebliche Einbußen feststellen müssen, die sich nicht nur auf das vergangene Jahr beziehen, sondern sicherlich auch in Zukunft ihre Auswirkungen haben werden. Geschwundenes Vertrauen wiederzugewinnen ist nämlich sehr schwer. Landesrat Durnwalder hat sich sehr verdient gemacht, die Differenzierung vor allem im deutschsprachigen Ausland klarzumachen und auch deutlich zu machen, daß der Südtiroler Wein von dem Skandal nicht betroffen war und unsere Bauern und auch unsere Weinkellereien sich immer bemüht haben, reinen und sauberen Wein zu liefern. Trotzdem, die Auswirkungen sind da und es fragt sich deshalb, was kann hier getan werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Gelegenheit wahrnehmen, darauf hinzuweisen, daß die römische Regierung den Gesetzentwurf rückverwiesen hat, den der Landtag verabschiedet hat, um die Weinkontrollen zu verschärfen. Die Rückverweisung erfolgte mit der Begründung, daß wir keine Zuständigkeit hätten, die Weinkontrollen vorzunehmen, da es dem Staate vorbehalten wäre. Wir haben geglaubt, mit dieser Maßnahme vor allem dem Konsumenten zu zeigen, daß es Südtirol mit der Produktion ganz ernst nimmt und auch bereit ist, eine Selbstkontrolle einzuführen. Der Gesetzentwurf ist zurückgewiesen worden. Jetzt stellt sich die Frage: Was kann gemacht werden, was denkt die Landesregierung zu tun, um den Bauern, die von dieser Krise betroffen sind, konkret zu helfen?

**DURNWALDER (Landesrat für Landwirtschaft und Forstwesen - SVP):**  
Verehrte Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Ich habe an und für sich bereits auf dieses Problem geantwortet, und zwar haben in dem Zusammenhang einerseits die Kommunisten, andererseits die SVP einen entsprechenden Antrag eingebracht und ich habe erklärt, was die Südtiroler Landesregierung zu tun gedenkt. Eines ist ganz sicher: Durch solche Skandale, mit denen unser Land nicht direkt in Verbindung gebracht worden ist, aber indirekt, und zwar deshalb, weil hier einige von solchen Weinen abgefüllt worden sind, die auch von auswärts kamen, durch solche negativen indirekten Maßnahmen erleidet der Weinbau insgesamt einen großen Schaden. Es ist ganz klar, daß der eine und andere bisherige Weinkonsument auf andere Getränke umsteigt, weil er das Vertrauen in den Wein generell verliert. Wir haben uns in letzter Zeit wirklich bemüht, Qualitätsweine zu vermarkten und die Bauern zu überzeugen, daß sie sich Einschränkungen gefallen lassen, daß sie ihrerseits die verschiedenen Maßnahmen und Aktionen mittra-

gen, um Qualität produzieren zu können. Das kostet nicht nur Geld, sondern auch viele Opfer. Es muß bei der Düngung Einhalt geboten werden, der Bauer muß ausdüngen, er muß bei der Verarbeitung gewisse Methoden anwenden und das alles hat man dem Bauer zugemutet. Der Bauer seinerseits ist bereit gewesen diese Aktionen mitzutragen, damit er Qualität produzieren kann und damit er den Wein leichter absetzen kann.

Sie haben recht, wenn Sie sagen, daß durch diesen Weinskandal gerade der Export betroffen war. Der Export ist vorübergehend auf fast ein Drittel zurückgegangen. Deshalb war es unsere Aufgabe, alle Maßnahmen zu unterstützen, damit der Export von Wein wieder ermöglicht werden kann, damit der Konsument wieder das Vertrauen in den Wein gewinnt und damit wieder so viel Wein exportiert werden kann wie früher. Ich kann sagen, daß es gelungen ist, dieses Vertrauen schneller wiederherzustellen als wir eigentlich befürchtet haben. Wir sind Ende des Jahres wieder auf den Stand gekommen wie im Jahr vorher. Ich kann Ihnen auch sagen, daß wir einige Positionen erwerben haben können, die vorher italienische Weine bezogen haben, d.h. daß das Vertrauen in den Südtiroler Wein an und für sich sehr schnell wiederhergestellt werden konnte, und zwar, weil wir nachweisen konnten, daß unsere Weine vom Skandal nicht betroffen waren. Wir haben vor allem durch Verteidigungsreden und Verteidigungsschriften auch auf die Güte, auf die Qualität, auf die Produktionsmethoden unserer Weine hinweisen können und haben auf diese Art und Weise wieder neue Kunden dazugewinnen können. Insgesamt können wir sagen, daß der Export im Jahr 1986 nicht geringer war wie jener des Jahres 1985, obwohl man natürlich sagen kann, daß er sonst vielleicht höher gewesen wäre. Das stimmt und es hat vor allem verschiedene Werbemaßnahmen gebraucht, die auch wiederum Geld gekostet haben. Jedenfalls, von seiten des Landes wurden sofort entsprechende Geldmittel bereitgestellt, damit wir entsprechende Aufklärungsaktionen im Inland, aber auch im Ausland durchführen konnten, um das Vertrauen in den Südtiroler Wein wiederherzustellen.

Einzelne Länder, vor allem die Bundesrepublik Deutschland, aber auch Österreich usw., haben entsprechende Kontrollvorschriften verlangt. D.h. sie verlangten, daß entsprechende Analysenzertifikate den Exportpartien beigelegt werden, damit nachgewiesen wird, daß gewisse Stoffe im Wein nicht enthalten sind und das bedeutet einerseits eine Verteuerung, zweitens ein Erschwernis diesen Wein zu exportieren und vor allem auch viel Zeit. Hauptsächlich die Großabnehmer fürchten solche Maßnahmen. Wir sind deshalb interveniert, einerseits bei den verschiedenen Bundesministerien, aber auch bei den verschiedenen Ministerien auf Landesebene in der Bundesrepublik Deutschland, wir haben in Österreich und in der Schweiz interveniert und ich glaube es ist uns gelungen, einige dieser besonderen Härten wieder zu beseitigen, so daß wir heute sagen können, vor allem was die Bundesrepublik Deutschland angeht, daß dort mehr oder weniger keine allzu harten Bestimmungen mehr bestehen. In Österreich sind allerdings noch einige Analysenzertifikate aufrecht und wir bemühen uns weiterhin, daß wir auch diese abschaffen können.

Um in Zukunft vor allem solche Schäden zu beseitigen, haben wir uns bemüht, ein eigenes Gesetz zu verabschieden. Der Werdegang dieses Gesetzes ist ja bekannt. Wir wollten vor allem vorbeugen, daß sich solche Sachen in Zukunft nicht wiederholen können; bei uns kann man nicht sagen wiederholen, weil bei uns keine solchen Skandale waren, aber es könnte auch hier einmal vorkommen und deswegen soll rechtzeitig vorgebeugt werden. Leider ist dieses Gesetz nicht genehmigt worden, es ist rückverwiesen worden mit einigen augenscheinlichen Ausreden. Wenn es der Staat mit der Kontrolle ernst meint, dann müßte er an und für sich froh sein, wenn die einzelnen Länder hergehen und ihn dabei unterstützen. Ich verstehe eines nicht, die Regionen mit Normalstatut haben bereits entsprechende Gesetze verabschiedet und die sind in Rom anstandslos genehmigt worden. Bei der Rückverweisung heißt es, daß die Zuständigkeiten der Regionen mit Normalstatut nicht automatisch auf die Regionen mit Spezialstatut übertragen werden können. Und wenn diese Zuständigkeit bei den Regionen mit Normalstatut nicht bestritten wird, so bestehen doch keine Zweifel, daß die Regionen mit Spezialstatut diese Zuständigkeiten überhaupt hätten. Ich glaube, daß das selbstverständlich sein müßte, daß das, was die Normalregionen haben, auch den Regionen mit Spezialstatut zuerkannt wird. Jedenfalls werden wir dieses Gesetz erneut vorlegen und wir werden uns bemühen, daß dieses Gesetz dann auch den Sichtvermerk der Regierung bekommt, damit wir in Zukunft neben den staatlichen Kontrollen auch von seiten des Landes entsprechende Kontrollen bei der Weinlese, bei der Lagerhaltung und auch beim Handel und Verkauf von Weinen durchführen können.

Außerdem haben wir uns bemüht, auch einige Sondermaßnahmen zu setzen, damit der Weinbau überhaupt weiter betrieben werden kann. Nicht nur durch den Weinskandal, sondern generell in der Weinwirtschaft haben wir in letzter Zeit immer wieder feststellen müssen, daß die Anbaufläche von Wein abnimmt, d.h. daß viele Bauern auf Obstbau übergehen, weil das mehr einbringt. Wir müssen feststellen, daß immer wieder durch Ausweisung von Bauzonen, durch Errichtung von Infrastrukturen im Rahmen der Bauleitpläne Grund verlorenght. Wir haben mit den Gemeinden wiederholt Kontakt aufgenommen, damit sie schöne Weinanlagen bei der Ausweisung von Zonen besonders schonen und daß vor allem die Umstellung von Obst auf Wein nach Möglichkeit vermieden wird. Wir haben deshalb vorgesehen, wenn jemand Umstellungen vornehmen muß, dann soll er von seiten des Landes einen Beitrag bekommen, damit er auf Weingrundstücken wieder Wein anbaut. Wir sehen vor, daß ein Beitrag von ungefähr 9 Millionen Lire gewährt werden kann, einerseits durch den Beitrag von EG-Maßnahmen und andererseits durch den Zusatzbeitrag, der von unserer Seite gewährt werden kann. Dabei möchten wir vor allem Qualitätsweine fördern, und zwar in der Form, daß wir ein Kataster für das ganze Weinbaugebiet erstellt haben, wo für jede einzelne Zone festgelegt wird, welche Sorten in den betreffenden Zonen besonders gut gedeihen. Wenn sich ein Bauer verpflichtet, auf diesen Höhen und auf dieser Lage Wein anzubauen, wo dieser und jener Wein beson-

ders gut gedeiht, dann kann er diesen Zusatzbeitrag bekommen. Er erhält neben dem EG-Beitrag, der für alle gewährt wird, noch einen Zusatzbeitrag von 4 bis 5 Millionen Lire von seiten des Landes, so daß er insgesamt auf zirka 9 Millionen Lire kommt und damit wenigstens das Material bezahlen kann, das bei der Umstellung notwendig ist.

Wir möchten gleichzeitig auch versuchen, daß wir den Anteil für Weißweine etwas erhöhen und dies zu Lasten der Rotweine. Vor zwei Jahren haben wir noch ungefähr 19% Weißwein gehabt und den Rest Rotwein. Durch diese Maßnahme in den letzten zwei Jahren ist der Anteil der Weißweine von 18-19% bereits auf 24% angestiegen und wir möchten, daß man den Anteil an Weißwein, welcher vor allem als Sektgrundwein verhältnismäßig guten Absatz findet und für den wir auch klimatisch die Voraussetzungen und den Boden haben, ungefähr auf 30-34% bringen. Das können wir durch diese Lenkung am besten erreichen. Wir haben in letzter Zeit auch gesehen, daß in vielen Zonen, vor allem in Randzonen, die Weißweine wesentlich höhere Erträge bringen als Rotweine. Als Beispiel möchte ich die Kellerei Klausen anführen, wo sehr gute Preise ausbezahlt werden konnten. Nebenher möchten wir vor allem helfen, auch die Absatzeinrichtungen, vor allem die Kellereien entsprechend auszubauen, damit die Weine auch wirtschaftlich verarbeitet und abgesetzt werden können. Ich glaube, insgesamt können wir sagen, daß wir ein Paket von Maßnahmen gesetzt haben, die es ermöglichen müßten, unseren Weinbau auch in Zukunft aufrechtzuerhalten und eventuell vielleicht noch etwas zu verbessern.

**PETERLINI (Sekretär - SVP):** Ich möchte auch im Namen des Kollegen Pahl, des Erstunterzeichners der Anfrage, dem Landesrat Durnwalder recht herzlich für die ausführliche Antwort danken, mit der wir mehr als zufrieden sind. Es wird auf drei Ebenen interveniert: einmal im Bereich der Schwierigkeiten, die durch den Weinskandal entstanden sind, und zwar indem Werbemaßnahmen gesetzt worden sind, um die Vorbehalte abzubauen. Die Zahlen haben gezeigt, daß diese Vorbehalte abgebaut werden konnten, wenngleich die Vertrauenskrise allgemein sich noch einige Zeit hinziehen wird.

Im Bereich der Kontrollen ist sicherlich ein Wort angebracht. Das prompte Bemühen der Südtiroler Landesregierung und des Landtages, ein Gesetz zu verabschieden, ist rückverwiesen worden. Wir wollten zeigen: Wir selbst sind in der Lage zu intervenieren, wir selbst legen uns strengere Auflagen auf, um unsere Weine auch qualitätsmäßig zu überprüfen und damit auch den Beweis zu liefern, daß wir imstande sind, diese Selbstkontrolle durchzuführen. Dieser Versuch ist rückverwiesen worden, mit der sehr seltsamen Begründung, die Landesrat Durnwalder ausführlich dargelegt hat. Das, glaube ich, ist ein Wort des Protestes wert. Der Hinweis, daß diese Zuständigkeiten nur für Normalregionen gelten und nicht explicit oder automatisch für Spezialregionen, ist ein Hinweis darauf, daß unsere Autonomie in diesem Bereich löchrig ist, weil der Grundsatz gelten müßte, was für Normalregionen recht ist, müßte doch für Spezialregionen billig sein

und was für Normalregionen, die ja weniger Zuständigkeiten haben, bereits gegeben ist, müßte im Bereich von Spezialregionen, deren Autonomie an sich größer sein müßte, automatisch gegeben sein. Das ist nicht der Fall und ich bin deshalb der gleichen Meinung wie der Landesrat, daß wir uns in diesem Bereich selbstverständlich durchsetzen müssen und schauen müssen, daß nach einer entsprechenden Absprache unser Kontrollgesetz genehmigt wird.

Zum dritten hat der Landesrat gesagt, daß es über den Weinskandal hinaus darum geht, die Anbaufläche zu erhalten. Wir wissen alle, die mitten in den Wein- und Obstgärten leben, daß es tatsächlich so ist, daß man Gefahr läuft, das bekannte Weinland Südtirol langsam in seinem Anlitz zu verfälschen. Die berühmte Weinstraße, die wir fremdenverkehrsmäßig nach allen Richtungen hin ausschachten, führt bereits zum Teil durch Obstgärten hindurch und zeigt deutlich auf, wie dieser Rückgang vonstatten geht, so daß auch in diesem Bereich die Maßnahmen der Landesregierung begrüßenswert sind und entsprechende Erfolge gezeitigt haben. Ich darf also, auch im Namen des Kollegen Pahl, dem Landesrat für diese ausführliche Antwort danken, die gleichzeitig auch verschiedene Anregungen enthalten hat, wie man in Zukunft den Schwierigkeiten begegnen kann.

**PRÄSIDENTIN:** Anfrage Nr. 507/86 vom 28.11.1986, eingebracht durch die Abg.en Hosp, Pahl, Zingerle und Peterlini:

Verschuldete Betriebe in Südtirol müssen für früher aufgenommene Kredite zum Teil Zinsen von über 20 Prozent zahlen. Durch Umschuldungsaktionen der Banken - nach dem Beispiel der Investitionsbank - könnten ziemlich einige Krisenbetriebe trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten saniert und damit für die einheimische Wirtschaft gerettet werden.

Sieht die Landesregierung Möglichkeiten, mit den Banken ins Gespräch zu kommen, um Schuldenerleichterungen zu erreichen?

-----  
In Alto Adige aziende indebitate sono tenute a pagare in parte interessi di oltre il 20% per crediti assunti nel passato.

Attraverso interventi di conversione del debito, da parte delle Banche, sull'esempio del Mediocredito, nonostante tutte le difficoltà economiche non poche aziende in crisi potrebbero venire risanate e con ciò salvate per l'economia locale.

Si chiede pertanto alla Giunta provinciale se essa intende prendere contatto con gli Istituti bancari per ottenere agevolazioni in materia di debiti.

Das Wort hat Abg. Hosp.

**HOSP (SVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es ist den Unterzeichnern selbstverständlich klar, welche begrenzten Möglichkeiten die Landesregierung kompetenzmäßig hat, um hinsichtlich



dieser wohlgemeinten Anfrage Aktivitäten, noch dazu mit dem Anspruch auf Erfolg, zu setzen. Es geht den Anfragenden darum, die Landesregierung zu ersuchen - und dies hat sie sicherlich bisher schon verschiedentlich erwogen -, weiterhin ihre guten Dienste anzubieten, um nach Wegen zu suchen, allenfalls verschuldeten Betrieben, deren es in Südtirol aus den bekannten Gründen leider sehr viele gibt, insofern Erleichterungen zu verschaffen, daß man mit den Banken ins Gespräch kommt, um Erleichterungen der laufenden Schulden hinsichtlich der jährlichen Zinsentilgung zu erlangen, denn die Zinsenentwicklung ist ja sehr stark zurückgegangen. Das ist auch ein positives und für die Wirtschaft belebendes Element. Noch im Jahre 1983 im Sommer lagen die Durchschnittszinsen auf 22,50%, auch 23%, im Dezember sind sie bereits auf 20% heruntergegangen, im Jahre 1984 zunächst von 18-18,5% auf 17,5%, im Jahre 1985 konnten wir feststellen, daß sich die Zinsen etwa von 17,5% unterbewegt haben auf 16% und im Jahre 1986 hat der Trend nach unten angehalten. Ein an und für sich positives und begrüßenswertes Zeichen. Das Anliegen geht nun darauf hinaus, allenfalls in Zusammenarbeit mit den Banken für diese angesprochenen verschuldeten Betriebe einen Weg bereiten zu helfen, der es ihnen möglicherweise erleichtern könnte, die Zinsenlast zu tragen, wenn sich die jährlichen Zinsen bzw. die zu tilgenden Zinsen an die nunmehr anhaltenden jährlichen Zinserniedrigungen anpassen könnten. Ich weiß, es ist sicherlich ein schwieriges Unterfangen, auch mangels Kompetenzlage des Landes, aber immerhin ist es eine Art Versuch, dieser Kategorie von Landsleuten einen weiteren Rettungsanker zuzuwerfen und immerhin ein Versuch der Landesregierung, soweit sie Möglichkeiten sieht - und unsere Hinterfragung besteht ja darin, um die guten Dienste zu bitten -, im Sinne dieser Anfrage aktiv zu werden.

**SPÖGLER (Landesrat für Handwerk, Fremdenverkehr und Sport - SVP):**  
Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt in unserem Lande Südtirol sicherlich zahlreiche Betriebe, die immer noch Darlehenszinsen bezahlen müssen, die weit über dem derzeitigen Niveau liegen und daß sich solche Betriebe in Schwierigkeiten befinden müssen, liegt selbstverständlich auf der Hand. Ich habe schon vor einigen Monaten die Bodenkreditanstalt, die Landessparkasse, den Verband der Südtiroler Volksbanken und die Raiffeisenkassen über den Raiffeisenverband aufgefordert, Umschuldungsaktionen nach dem Muster vorzunehmen, wie es die Investitionsbank Trentino-Südtirol vor einiger Zeit bereits durchgeführt hat. Die Investitionsbank Trentino-Südtirol führt nämlich seit einiger Zeit Umschuldungsaktionen zu eigenen Lasten für Darlehen mit einem vertraglichen Zinssatz von über 15% ab Jänner 1987 durch. Dabei wird vom festen Zinssatz auf den veränderlichen Zinssatz übergegangen, so daß die begünstigten Darlehen mit 1. Jänner 1987, ich sage bei der Investitionsbank Trentino-Südtirol, auf zirka 12% herabgesenkt werden können und 12% ist derzeit ungefähr der normale Zinssatz, der von den Banken üblicherweise verlangt wird. Von der Umschuldung noch nicht betroffen sind Darlehen mit

festem Zinsenbeitrag der öffentlichen Hand, während jene, die mit Verlust- oder Investitionsbeitrag Berücksichtigung gefunden haben, berücksichtigt werden können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß die Initiative der Investitionsbank Trentino-Südtirol begrüßt werden muß und ich habe dem Präsidenten dieser Bank, Herrn Dr. Erich Müller, auch ausdrücklich für diese seine Initiative, mit welcher er ein Vorreiter ist, schriftlich gedankt. Ich habe schon gesagt, lieber Kollege Dr. Hosp, daß ich auch mit der Bodenkreditanstalt, mit der Landessparkasse und mit allen anderen heimischen Bankinstituten sofort schriftlich Kontakt aufgenommen habe, um sie zu ersuchen, im Rahmen des Möglichen Umschuldungsaktionen durchzuführen und bei diesen Umschuldungsaktionen die Kursdifferenz soweit als möglich zu eigenen Lasten zu tragen, denn wenn die Banken nicht bereit sind, die Kursdifferenzen auf eigene Lasten zu tragen oder zumindest einen Teil, dann hilft eine solche Umschuldungsaktion in den meisten Fällen sehr wenig oder überhaupt nicht. Auch die Bodenkreditanstalt, bei der sehr viele Südtiroler in den Jahren 1978-79-80, in der Zeit der Hochkonjunktur, Darlehen aufgenommen haben, führt laut Schreiben vom 25. November 1986 solche Umschuldungsaktionen seit einiger Zeit durch. Der Form nach handelt es sich um die vorzeitige Tilgung des alten Darlehens und Ersetzung durch einen neuen Darlehensvertrag. Die aus diesen Operationen entstehenden Kosten - es handelt sich um die Ersatzsteuer, um die notariellen Spesen, um die Kursdifferenz für die vorzeitige Rückzahlung der Obligationen - gehen aber zu Lasten der Darlehensnehmer und deswegen ist mit dieser Aktion der Bodenkreditanstalt den meisten Betrieben, die sich wirklich in Krise befinden, kaum geholfen. Die einzige Erleichterung besteht in der Einbeziehung dieser Kosten in den Betrag des neuen Darlehens und die Bodenkreditanstalt hat mit dem Schreiben vom 25. November auch erklärt, daß das Kreditinstitut sich bereit erklärt hat, auf die Provision für diese Umwandlung des Darlehens und auf die vorzeitige Tilgung des alten Darlehens zu verzichten. In einigen Fällen werden auch ausständige Ratenzahlungen in den neuen Darlehensvertrag aufgenommen, die Laufzeit von 10 Jahren wird teilweise auf 15 Jahre verlängert und die Verzugszinsen wurden auf 12% reduziert.

Ich kann dem Kollegen Dr. Hosp nicht viel mehr sagen. Er hat in seiner Anfrage an die Landesregierung das Ersuchen gerichtet, nach Möglichkeiten zu suchen, um mit den Banken ins Gespräch zu kommen. Ich habe diese Frage insofern beantwortet, indem ich zur Aussage gebracht habe, daß ich mündlich, aber auch schriftlich mit allen Bank- und Kreditinstituten Kontakt aufgenommen habe, um sie zu ersuchen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu intervenieren, damit doch noch in letzter Minute einige oder viele Betriebe, die sich in Schwierigkeiten befinden, durch solche Umschuldungsaktionen gerettet werden könnten. Generell muß man sagen, daß den Erleichterungen bei Umschuldungsaktionen seitens der mittelfristigen Bankinstitute rechtliche und wirtschaftliche Grenzen gesetzt sind und das wird mir immer wieder von den Präsidenten und Bankdirektoren gesagt: "Wir

können auch nicht operieren so wie wir wollen, wir haben die Banca d'Italia, welche uns rechtliche Grenzen setzt und darüber hinaus gibt es für ein Bankinstitut in diesem Zusammenhang natürlich auch gewisse wirtschaftliche Grenzen, nachdem es sich nicht um ein Wohlfahrtsinstitut, sondern um ein Wirtschaftsinstitut, um ein wirtschaftliches Unternehmen handelt." In dieser Situation versuchen verschiedene Inhaber von Betrieben, die sich in Schwierigkeiten befinden, im Ausland Darlehen aufzunehmen, weil man bekanntlich in Österreich und in der Bundesrepublik Darlehen zu einem Zinsfuß bekommt, der weit unter dem Zinsfuß liegt, wie er in Italien praktiziert wird. Man kann im Ausland Zinsendarlehen mit einem Zinsfuß von ungefähr 7,5% bekommen. Abgesehen vom Kursrisiko, das eingegangen wird, wenn man Darlehensverträge im Ausland abschließt, ist das Problem in einem solchen Fall natürlich jenes der Garantieleistung, denn die Objekte, die für die Garantie zur Verfügung stehen, reichen normalerweise und verständlicherweise für diese Garantieleistung nicht aus. So ist die Südtiroler Landesregierung ersucht worden, durch diese Selbsthilfevereinigung für all jene Fälle die Garantie als Land zu übernehmen, in welchen man nach menschlichem Ermessen vermuten kann, daß sie mit der Aufnahme eines Darlehens zu einem wesentlich herabgesetzten Zinsfuß auch saniert werden können. Das ist allerdings ein sehr schwieriges Problem, und zwar das Problem der Garantieleistung, das Problem der Abgrenzung der Fälle und auf jeden Fall müßte ein Landesgesetz erlassen werden. Als Vertreter der Landesregierung haben wir der Selbsthilfevereinigung gesagt, meine lieben Leute, bringt uns eine Liste all jener Unternehmer, die sich aufgrund der hohen Zinssituation in Schwierigkeiten befinden und belegt eure Unterlagen mit Aussagen von Wirtschaftsberatern und Bankinstituten, aus denen hervorgeht, daß ein Unternehmen gerettet oder saniert werden kann, wenn der Zinsfuß vom derzeit noch sehr hohen Zinssatz reduziert werden könnte auf den derzeit praktizierten Zinsfuß seitens der Banken.

Abschließend möchte ich noch sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Jahre 1982 habe ich ein solches Sanierungsgesetz in den Landtag gebracht. Dieses Sanierungsgesetz ist durch die Südtiroler Bevölkerung sehr kritisiert worden, es ist auch von allen Oppositionsparteien schärfstens angegriffen worden, wie vielleicht kein anderes Gesetz vorher und vielleicht auch kein anderes Gesetz nachher, und mit dem damaligen Gesetz wollte man, aufgrund von ganz strengen Richtlinien, nur jenen Unternehmen helfen, die saniert werden hätten können, indem man den Betrieben oder den Inhabern der Betriebe eine Differenz vom damals enorm hohen Zinsfuß zum Zinsfuß bezahlt hätte, der dann später durch die Banken praktiziert worden ist und das auch nur unter der Voraussetzung, daß ein solches Unternehmen von der Landesregierung nie für dieselbe Initiative, für welches ein Darlehen aufgenommen worden ist, Beiträge erhalten hatte. Trotzdem ist das Gesetz scharf kritisiert worden und man hat mir damals nur 1,6 Milliarden Lire mal fünf Jahre - es waren also 8 Milliarden in fünf Jahren - zur Verfügung gestellt, um einige wenige Fälle durch dieses Gesetz sanieren zu können. Ich habe damals verlangt, daß man mir nicht nur

1,6 Milliarden Lire zur Verfügung stellt. Es war ein lächerlicher Betrag, mit dem man nur unter die Räder kommen konnte, weil man a priori wußte, daß man von den Hunderten, die sich in Schwierigkeiten befanden, aufgrund einer strengen Auslese nur einen Bruchteil berücksichtigen konnte. Da konnte in der öffentlichen Meinung nur Kritik entstehen, vor allem bei denjenigen, die sich in Schwierigkeiten befanden und aufgrund dieses Gesetzes keine Hilfe bekommen konnten. Ich habe damals mindestens 3,5 Milliarden Lire mal fünf Jahre verlangt und nicht 1,6 Milliarden, aber dieses Geld ist mir nicht gewährt worden. Im nachhinein glaube ich sagen zu können, daß man recht getan hätte, wenn man dieses Mehr an Mitteln im Jahre 1982, das ich beantragt hatte, genehmigt hätte. Es ist nicht geschehen und somit sind viele Krisenbetriebe übriggeblieben. Was in dieser Situation geschehen kann ist mehr oder weniger das, was ich bereits gesagt habe, die Bankinstitute müssen sich enorm anstrengen. Ich benütze die Gelegenheit, um auch von diesem Hohen Hause aus die Bank- und Kreditinstitute zu ersuchen, alles zu tun, um im Sinne von Umschuldungsaktionen so viel Betriebe wie möglich vor dem Konkurs zu retten, indem die Kursdifferenz soweit als möglich durch die Bankinstitute getragen wird.

**HOSP (SVP):** Ich danke dem Herrn Landesrat für seine ausführliche und auch interessante und fachmännische Art und Weise der Beantwortung dieser Anfrage und bedanke mich auch namens der Unterzeichner für seine bereits lange vor dieser Anfrage eingesetzten Bemühungen, um eine mögliche Umschuldungsaktion auch der heimischen Bankwelt herbeizuführen, sprich der Südtiroler Bankinstitute inklusive Bodenkreditanstalt, wobei uns als positives Beispiel die Investitionsbank Trentino-Südtirol vor Augen geführt worden ist. Wobei sich natürlich trotz aller rechtlichen Grenzen, die hier gesetzt sind, und natürlich auch trotz der wirtschaftspolitischen Überlegungen, die jede Bank als Wirtschaftsunternehmen ihren Handlungsaktionen zugrundelegen muß, die Frage aufdrängt, wie es bei der Investitionsbank möglich geworden ist und weshalb es bei den anderen Banken so schwierig ist. Aber wie gesagt, die gesetzlichen Grenzen sind natürlich auch hier differenziert. Kurzum, ich möchte dem Landesrat für die Mühe bei seiner Beantwortung danken und ihn im eigenen sowie im Namen der Mitunterzeichner ersuchen, auf diesem Gebiet weiterhin aktiv zu sein, um möglicherweise die damit zusammenhängenden Erleichterungen für eine doch immerhin beachtliche Kategorie von Mitbürgern herbeizuführen, die in eine gewisse Verschuldung geraten sind, weil es doch eine gewaltige Erleichterung wäre, wenn man sich vorstellt, daß man unter Umständen nicht mehr die Startzinsen von etwa 23% laufend zahlen muß, sondern allenfalls mit dem jährlich veränderten Zinssatz rechnen könnte, der sich derzeit doch stark erholt hat und ich glaube teilweise um die 12% liegt. In diesem Sinne einen aufrichtigen Dank!

**PRÄSIDENTIN:** Anfrage Nr. 512/86 vom 9.12.1986, eingebracht durch die Abg.en Achmüller, Franzelin, Frasnelli und Kaserer:

In der letzten Zeit haben sich auf der Brenner-Autobahn einige schwere Verkehrsunfälle ereignet. In diesem Zusammenhang ist in Zeitungsberichten auf die unzulänglichen Sicherheitseinrichtungen bzw. -vorkehrungen hingewiesen worden.

- Die Notrufsäulen, welche aus Kostengründen nur alle 1,5 km aufgestellt worden sind, sind mit keiner Sprechverbindung ausgestattet. Es sind lediglich 2 Knöpfe angebracht, von denen der eine signalisiert, daß Polizei und Krankenwagen gebraucht werden, der andere hingegen, daß technische Hilfe erforderlich ist. In letzterem Falle wird in der Zentrale der Autobahngesellschaft ein Alarmzeichen ausgelöst. Auf eine Sprechverbindung wurde bisher angeblich verzichtet, weil es in der Zentrale kein Personal mit Fremdsprachenkenntnissen gibt.

- Die Leitplanken sind auf der Brenner-Autobahn nicht wie sonst im modernen Straßenbau im Boden versenkt, so daß die Enden "wie Lanzen" in die Fahrbahn weisen.

Auf diese Weise ist es bereits öfters vorgekommen, daß Fahrzeuge regelrecht aufgespießt worden sind. Für die Insassen der betreffenden Fahrzeuge bedeutete dies meist den sicheren Tod.

Dies vorausgeschickt, möchten die Unterfertigten die Landesregierung befragen,

- ob sie sich als Teilhaberin an der Autobahngesellschaft um die umgehende Beseitigung der oben aufgezeigten Mißstände einsetzen will, im besonderen
- ob sie erwirken will, daß alle Leitplanken im Boden versenkt werden und daß die Notrufsäulen mit einer Sprechverbindung ausgestattet werden, da auf diese Weise sichergestellt werden kann, daß je nach Bedarf, die erforderlichen technischen Geräte mitgebracht werden und auf diese Weise oft kostbarer Zeitverlust vermieden werden kann.

-----  
Ultimamente si sono verificati sull'autostrada del Brennero alcuni gravi incidenti stradali. A tal riguardo la Stampa ha evidenziato l'insufficienza di dispositivi e di misure di sicurezza.

- Le colonnine per le chiamate d'emergenza - che per motivi di risparmio sono state previste solo ogni 1,5 km, sono prive di possibilità di comunicazione diretta. Esse sono dotate unicamente di due pulsanti, dei quali l'uno segnala il bisogno della polizia e di un'ambulanza, l'altro il bisogno di aiuto tecnico. In quest'ultimo caso scatta un segno d'allarme presso la centrale della Società dell'Autostrada. Fino ad ora si è rinunciato a dotare le predette colonnine della possibilità di comunicazione diretta, a quanto pare per il fatto che la centrale non dispone di personale che conosce lingue straniere.

- Sull'autostrada del Brennero i terminali dei guardrail non sono interrati, come lo sono altrove e come è in uso nella tecnica moderna della costruzione di strade, ma sporgono liberamente in direzione della carreggiata come vere e proprie "lance". Ciò ha comportato diverse volte il fatto, che autovetture siano state letteralmente infilzate, con conseguente morte sicura dei viaggiatori.

Ciò premesso, i sottoscritti consiglieri provinciali interrogano la Giunta provinciale per conoscere:

- se come socia della Società dell'Autostrada del Brennero essa intenda adoperarsi acchè vengano eliminati sollecitamente gli inconvenienti sopra esposti, ed in particolare
- se essa intenda chiedere che tutti i guardrail vengano interrati e che le colonnine per le chiamate d'emergenza vengano dotate della possibilità di comunicazione diretta poichè in tal modo potrà venire garantito che chi ha bisogno possa venire di volta in volta raggiunto con le attrezzature tecniche necessarie ed evitata così la perdita di tempo prezioso.

Das Wort hat Abg. Franzelin.

**FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! An und für sich ist die Anfrage ganz klar, es geht um die Sicherheit der Autofahrer auf der Autobahn und wenn man in letzter Zeit auch die Klagen in der Presse mitverfolgen konnte, so glaube ich, ist es richtig, daß man dieses Thema aufgreift und versucht, es einer Lösung zuzuführen. Zumal wir auch in letzter Zeit in Erfahrung gebracht haben, daß es der Autobahngesellschaft Gott sei Dank finanziell etwas besser geht und sie somit tatsächlich die Verpflichtung hat, auch auf die Sicherheit der Autofahrer zu achten. Ich glaube, jedes Menschenleben, das unnütz geopfert wird, sollte uns Anlaß genug sein, alle Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, damit die höchstmögliche Sicherheit geboten ist.

**SPÖGLER (Landesrat für Handwerk, Fremdenverkehr und Sport - SVP):** Ich kann bei der Beantwortung dieser Anfrage genauso kurz sein wie die Kollegin Franzelin bei der Erläuterung. Der Präsident der Brennerautobahngesellschaft Pancheri hat erst vor wenigen Tagen in einem ausführlichen Schreiben, das der Presse übergeben worden ist, zum Problem der Sicherheit auf der Brennerautobahn Stellung genommen. Ich glaube nicht, daß es richtig ist, wenn ich dieses Schreiben, das er durch die Presseorgane unseres Landes publizieren hat lassen, zur Verlesung bringe. Die Stellungnahme ist in der italienischen Presse erschienen und genauso in der Südtiroler Presse und ich möchte deshalb nicht auf das Problem der Notrufsäulen eingehen.

Das System, das auf der Brennerautobahn zur Anwendung kommt, ist jenes System, welches auf fast allen anderen Autobahnen Italiens zur Anwendung gelangt, d.h. aber bei Gott nicht, daß dieses System das richtige sein muß. Sicher scheint eines zu sein, daß es bei den verschiedenen Systemen der Notrufsäulen und der Techniken, die in diesem Zusammenhang zur Anwendung kommen, Vorteile und Nachteile gibt. Dasselbe gilt auch was die Anbringung oder die Befestigung der auslaufenden Leitplanken anbelangt. Auch hier gibt es Vorteile, wenn die Leitplankenenden im Boden verankert werden, es gibt aber auch Nachteile wegen dieser Verankerung, denn wenn man zu einer solchen im Boden verankerten Leitplanke hinfährt,

dann prallt man mit hundertprozentiger Sicherheit auf die andere Fahrbahn, selbst dann, wenn man mit geringer Geschwindigkeit zum Aufprall gelangt. Es besteht aber auch der Nachteil, daß wenn die Leitplanke nicht am Boden verankert ist, daß man im Extremfall aufgespießt werden könnte und bei Unglücksfällen kommt alles mögliche vor.

Ich möchte die Anfrage wie folgt kurz beantworten. Das Problem der Sicherheit auf der Brennerautobahn ist in einer der letzten Verwaltungsratssitzungen durch die Vertreter Südtirols in der Brennerautobahngesellschaft zur Diskussion gebracht worden, d.h. der Kollege Oberhauser und ich haben diese zwei Probleme, aber auch noch andere Probleme, die mit der Sicherheit zusammenhängen, zur Diskussion gebracht und am Ende der Diskussion ist im Verwaltungsrat der Brennerautobahn beschlossen worden, eine technische Kommission einzusetzen, welche die Aufgabe übertragen erhält, das Problem der Sicherheit schlechthin, nicht zuletzt im Zusammenhang mit den zwei aufgeworfenen Problemen der Notrufsäulen und Verankerung der Leitplanken, also alle Probleme der Sicherheit auf der Brennerautobahn vom Brenner bis nach Modena, einer Überprüfung zu unterziehen und dem Verwaltungsrat Vorschläge zu unterbreiten, mit denen uns die modernsten und die sichersten Maßnahmen in diesem Zusammenhang unterbreitet werden. Ich möchte der Kollegin Franzelin und auch den anderen Mitunterzeichnern versichern, daß der Brennerautobahngesellschaft wirklich daran gelegen ist, zumindest aufgrund unserer Intervention, alles zu tun und keine Spesen zu scheuen, um jene Maßnahmen zu setzen, die aufgrund von gemachten Erfahrungen im In- und Ausland die bestmöglichen Lösungen zur Anwendung zu bringen.

**FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP):** Es ist sicher zu begrüßen, daß man jetzt drangeht, eine technische Kommission einzusetzen, um tatsächlich zu überprüfen, was notwendig ist, im Falle auch als neueste Errungenschaft, auch in Abweichung zu anderen Ländern, damit man zu einem Resultat kommt. Ich bin aber der Meinung, daß die Aussage des Präsidenten der Autobahngesellschaft doch etwas abgeschwächer zu betrachten ist. Wenn man jetzt die technische Kommission einsetzt, ist man doch der Meinung, daß es noch etwas zu überprüfen gibt und somit das Problem noch nicht abgeschlossen ist. Man hat beim Durchlesen der Antwort den Eindruck, daß es nicht stimmt, was man hier aufgezeigt hat. Das Problem ist da und Sie haben selbst bestätigt, daß Sie es im Verwaltungsrat aufgegriffen haben und dafür möchten wir Ihnen danken und wir hoffen, daß es tatsächlich zu einem Resultat kommt und daß dann sofort gehandelt wird. Ich bin aber auch der Meinung, daß es nicht so sein darf, daß zu guter Letzt bei der Schaltstelle in Trient man zu jenem Ergebnis kommt, man sagt, daß es keine mehrsprachige Leute gibt, und daß es somit an dem scheitern soll. Ich glaube, heute haben wir alle Möglichkeiten, mehrsprachige Leute einzustellen zu können, da nicht nur Italiener oder Deutsche, sondern auch Engländer und Franzosen auf der Autobahn verkehren. Es verkehren verschieden-sprachige Leute und deshalb glaube ich, ist es richtig, daß in Trient je-

weils eine Person alle oder mehrere Sprachen beherrscht, damit auch sofort der richtige Einsatz gemacht werden kann. Ich bitte Sie, Herr Landesrat, daß wir eventuell über das Ergebnis der Kommission informiert werden. Danke!

**PRÄSIDENTIN:** Anfrage Nr. 516/86 vom 9.12.1986, eingebracht durch die Abg.en Hosp, Pahl, Oberhauser, Zingerle und Ladurner-Parthanes:

Am 9. November 1986 fand in Terlan ein Fußball-Meisterschaftsspiel der 2. Amateurliga zwischen dem SV Terlan und dem SV Eysrs statt. Vor Beginn des Spieles ermahnte der italienische Schiedsrichter die beiden Mannschaften, daß sie sich während des Spiels ausschließlich in italienischer Sprache verständigen dürften. Auch die offizielle gegenseitige Begrüßung der Mannschaften durch die Kapitäne vor Beginn des Spieles dürfe nur italienisch erfolgen. Während der Mannschaftsführer des SV Terlan diese Aufforderung des Schiedsrichters befolgte, widersetzte sich der Kapitän des SV Eysrs und sprach seine Begrüßung auf deutsch. Nach dem Spiel wies der Schiedsrichter den Spielführer des SV Eysrs deswegen zurecht, und drohte ihm mit einer offiziellen Verwarnung. Der Spielführer verteidigte sich mit dem Hinweis, in seiner Mannschaft spielten ausschließlich Spieler deutscher Muttersprache.

Ähnliches geschah anläßlich des Fußball-Meisterschaftsspieles SV Eysrs-SV Goldrain am 16. November 1986 in Eysrs. Auch bei diesem Fußballspiel der 2. Amateurliga wies der italienische Schiedsrichter zu Beginn des Spieles beide Mannschaften an, sich ausschließlich in italienisch untereinander zu unterhalten und zu verständigen. Bei Zuwiderhandlung erfolgte die übliche offizielle Spielerstrafe (gelbe Karte - rote Karte - Platzverweis). Der Schiedsrichter machte im Verlaufe des Spieles Ernst, als er einen Spieler des SV Eysrs mit einer offiziellen Spielerstrafe (gelbe Karte) verwarnte, der sich "erlaubt" hatte, mit seinen Mitspielern einige Worte in seiner Muttersprache, also in deutsch, zu wechseln.

Es sind dies zwei von zahlreichen derartigen Vorkommnissen auf Südtiroler Fußballplätzen, die jedoch fast nie zu Beschwerden führen, da die Vereine nachteilige Folgen für ihre Behandlung durch das Regionalkomitee des italienischen Fußballverbandes (FIGC) befürchten.

Die unterzeichneten Landtagsabgeordneten der SVP fänden es jedoch beklagenswert, wenn (bei aller Liebe zum Sport) die sprachliche Identität von Südtirolern auf dem Fußballplatz unterdrückt werden müßte und obendrein skandalös, wenn solche Vorfälle in falschverstandener Großzügigkeit unter den Teppich gekehrt würden.

Die unterzeichneten Abgeordneten fragen deshalb die Landesregierung:

- Ist sie nicht auch der Meinung, daß sprachliche Pressionen dieser Art einer Verletzung der persönlichen Freiheit gleichkommen?
- Ist sie nicht auch der Meinung, daß durch das beklagte Verhalten nicht nur grundlegende Rechtssätze der Staatsverfassung (Artikel 2, 3, 6 und 10) sowie die Artikel 99 und 100 des Autonomiestatuts verletzt werden, sondern daß es auch einschlägigen Normen der Menschenrechte zuwiderläuft?



- Ist die Landesregierung bereit, alle Südtiroler Sportvereine anzuschreiben und aufzufordern, solche und ähnliche Fälle von Verletzungen der persönlichen Freiheit und der Menschenwürde bzw. des ungehinderten Gebrauchs der Muttersprache bei der Ausübung sportlicher Tätigkeit zu melden, um dadurch einen genauen Überblick über derartige Entgleisungen zu gewinnen und ein Weißbuch anzulegen?
- Ist die Landesregierung schließlich nicht auch der Meinung, daß mit der Loslösung des landeseigenen sekundären Kompetenzbereiches Sport aus dem regionalen CONI-Organisationsverband nicht länger zugewartet werden darf?

Il 9 novembre 1986 si è svolta a Terlano una partita di calcio del campionato di seconda categoria fra le squadre dello SV di Terlano e dello SV di Oris. All'inizio della partita l'arbitro italiano ha fatto presente ad entrambe le squadre che durante la partita esse potevano comunicare tra di loro esclusivamente in lingua italiana. Anche i saluti reciproci ufficiali tra le squadre, effettuati dai capitani prima dell'inizio della partita, dovevano essere fatti solo in lingua italiana. Mentre il capitano dello SV di Terlano accolse l'invito dell'arbitro, il capitano dello SV di Oris si oppose e rivolse i suoi saluti all'altra squadra in lingua tedesca. Dopo la partita l'arbitro rimproverò il capitano dello SV di Oris per questa sua azione e lo minacciò che gli avrebbe inflitto un'ammonizione ufficiale. Il capitano si difese dicendo che nella sua squadra giocavano esclusivamente calciatori di madrelingua tedesca.

Fatti simili si sono verificati in occasione della partita di calcio di campionato tra lo SV di Oris e lo SV di Coldrano, giocatasi il 16 novembre 1986 a Oris. Anche in occasione di questa partita del campionato di seconda categoria, all'inizio della partita l'arbitro italiano ordinò ad entrambe le squadre di comunicare e di parlare tra di loro soltanto in italiano. Chi avrebbe trasgredito l'ordine, sarebbe stato punito con la normale punizione ufficiale (cartellino giallo - cartellino rosso - espulsione). L'arbitro fece poi sul serio nel corso della partita, quando ammonì ufficialmente (cartellino giallo) un giocatore dello SV di Oris, che si era "permesso" di scambiare alcune parole con i suoi compagni di squadra nella sua madrelingua, cioè in tedesco. I due fatti sopraccitati sono due esempi di numerosi altri fatti simili avvenuti sui campi di calcio dell'Alto Adige, che però quasi mai danno origine a lamentele poichè le società temono conseguenze negative per il loro trattamento da parte del Comitato regionale della FIGC.

I sottoscritti consiglieri provinciali della SVP riterrebbero tuttavia deplorabile se - con tutta la passione per lo sport - sul campo di calcio dovesse venire repressa l'identità linguistica dei sudtirolesi e riterrebbero, inoltre, scandaloso, se nel nome di una magnanimità erroneamente intesa, di questi fatti non si parlasse.

Pertanto i sottoscritti consiglieri provinciali interrogano la Giunta provinciale per conoscere:

- se essa condivide il parere che pressioni linguistiche di questo tipo

- equivalgono a violazioni della libertà personale;
- se essa condivide il parere che causa il deplorevole atteggiamento fin qui illustrato siano stati lesi sia principi giuridici fondamentali della Costituzione della Repubblica (artt. 2,3,6 e 10) nonchè gli artt. 99 e 100 dello Statuto di Autonomia, e che esso sia in contrasto anche con le relative norme dei diritti umani;
  - se la Giunta provinciale è disposta a rivolgersi per iscritto a tutte le associazioni sportive sudtirolesi per invitarle a comunicare tali e simili casi di violazione della libertà personale e della dignità umana nonchè di un impedimento al libero uso della madrelingua nell'attività sportiva, allo scopo di avere un quadro d'insieme di siffatte digressioni e di predisporre un libro bianco a tal riguardo;
  - infine, se la Giunta provinciale condivide il parere che non si possa attendere più a lungo con il distacco delle competenze secondarie provinciali in materia di Sport dalla struttura organizzativa regionale del CONI.

Das Wort hat Abg. Hosp.

**HOSP (SVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Diese Anfrage ist wohl ausführlich genug formuliert wie auch jene Anfragen, die an die Landesregierung im Zusammenhang mit diesen und ähnlichen bekanntgewordenen und unhaltbaren Zuständen ausreichend und umfassend gestellt sind. Ich hatte bereits anläßlich der regionalen Haushaltsdebatte Gelegenheit, auf diesen Mißstand hinzuweisen. Wie mir das gemeldet wurde, schien es mir zunächst gar nicht glaubhaft, weil ich weiß, daß beispielsweise beim Eishockey so etwas nicht vorkommt. Dort gibt es auch eine Menge Schiedsrichter beider Muttersprachen, italienischer, deutscher und natürlich auch ladinischer Muttersprache, dort sind mir aber derlei Fälle nicht bekannt geworden. Im Gegenteil, dort scheint dies sehr ordentlich zu klappen, während es ausgerechnet beim Fußball, der dem Regionalkomitee des italienischen Fußballverbandes, der "Federazione italiana gioco-calcio" in Trient untersteht, offensichtlich solche Weisungen an die Schiedsrichter gibt, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß Schiedsrichter von sich aus die Unverfrorenheit haben, unseren Landsleuten die Verständigung mit ihren Spielkollegen in der Muttersprache untersagen zu wollen, wie es allerdings bei diesen beiden konkreten Fällen passiert ist und wofür es offensichtlich auch noch andere Beispiele gibt.

Ich habe bereits in der Anfrage festgestellt, zusammen mit meinen mitunterzeichnenden Kollegen, daß hier eine Verletzung einschlägiger Normen unseres Autonomiestatuts, aber auch der Staatsverfassung, vorliegt und daß natürlich auch gegen einschlägige menschenrechtliche Normen verstoßen wird. Es wäre sicherlich günstig, wenn von den Südtiroler Sportvereinen derlei Entgleisungen von Schiedsrichtern gemeldet würden, denn sehr oft spielt natürlich eine gewisse Einschüchterung eine Rolle. Sehr oft heißt es, besser nicht lange aufmucken, besser nicht lange nach den Ursachen forschen, denn wir könnten dabei nur Nachteile gewärtigen. Aber

andererseits spricht der Verband der Südtiroler Sportvereine Gott sei Dank eine sehr klare Sprache und läßt auch in seiner Instruktion der vielen angeschlossenen Vereine keinen Zweifel darüber, wie sie sich gegenüber solchen Eigenmächtigkeiten von Schiedsrichtern zu verhalten hätten, und das ist sicher positiv. Daß sich die Landesregierung und insbesondere auch der zuständige Landesrat Spögler seit Jahren bemühen, im Zuge des Sportgesetzes - von dem wir alle wissen, wie es wegen der gewissen Zwickigkeiten steht, die mit einer nicht sehr reifen Durchführungsbestimmung zusammenhängen - ihre eigenen sekundären Kompetenzbereiche auf dem Gebiete des Sports herauszuretten aus dem regionalen CONI-Organisationsverband ist lobenswert, aber ich glaube, es bedarf aller Kräfte und des gesamten Zusammenstehens aller Parteien dieses Landtages, wenn sie guten Willens sind, um hier Abhilfe zu schaffen.

Es war bis vor kurzer Zeit so, daß man nicht einmal die deutschen Vornamen auf den Mitgliedskarten, welche die Einschreibung in den Verband nachweisen, aufführen durfte, das ist Gott sei Dank abgeschafft worden. Es sind auch verschiedene Sportfunktionäre darüber informiert worden, daß die deutschen Bezeichnungen der Vereine in dem römischen Computer, der die Bezeichnungen auf die Karten aufdruckt, nicht eingehen. Ich bin der Meinung, wir alle wissen so viel über Computertechnik, daß der Computer sehr geduldig und großzügig wäre, aber daß da sicherlich die entsprechenden Funktionäre nicht wollen. Denn es ist eine Tatsache, daß beispielsweise Bezeichnungen wie Football, Rangers, oder Footballclub usw. nicht deutsche, aber auch nicht italienische Bezeichnungen sind, die dieser Computer aber sehr wohl ausspuckt und auf die entsprechenden Karten aufdruckt. Also ist auch hier ein durchwegs schlechter Wille festzustellen, den es anzuprangern gilt, denn der Sport hat eine zu überragende Bedeutung für Tausende und Abertausende von nicht nur jungen Menschen, als daß wir nicht mit vereinter Kraft versuchen müßten, dem zuständigen Landesrat mit unter die Arme zu greifen, der sich seit langem bereits um eine Besserstellung bemüht und dies auch schrittweise erreicht hat. Aber Dinge wie diese, von denen wir nichts wissen oder die sicher nicht an die Oberfläche getreten sind, die bedürfen noch einer Besserstellung, weil es nicht akzeptiert werden kann, daß wir beispielsweise auf dem Gebiet des Sports von den Schiedsrichtern - der Fußball ist ein konkreter Fall, den wir herausgegriffen haben - als Menschen oder Mitbürger zweiter Kategorie betrachtet werden können, die ganz einfach von uns verlangen können, daß wir uns wie Automaten benehmen, nämlich auf ihren Wunsch hin plötzlich die Sprache sprechen, die sie verstehen. Die Schiedsrichter müßten doch auch wissen, daß sie den Mannschaften und dadurch dem Sport zu dienen haben und nicht umgekehrt die Mannschaften, unsere Fußballvereine in diesem Falle, dem Schiedsrichter zu dienen haben. In diesem Sinne ersuchen die Unterzeichneten die Landesregierung und den zuständigen Landesrat um weitere nachhaltige Tätigkeiten, damit wir diese Unzulänglichkeiten abzuschaffen vermögen.

**SPÖGLER (Landesrat für Handwerk, Fremdenverkehr und Sport - SVP):**  
Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das Problem, das mit dieser Anfrage auf das Tapet gebracht worden ist, stellt ein sehr schwerwiegendes Problem dar, wie aus der Anfrage ganz klar hervorgeht, die die Kollegen Hosp, Pahl, Oberhauser, Zingerle, Ladurner-Parthanes und Peterlini mitunterzeichnet haben. Es handelt sich in diesem Fall zweifelsohne nicht nur um einen Mißstand, wie Kollege Hosp es zum Ausdruck gebracht hat, sondern effektiv um einen Skandal. Es handelt sich um die Verletzung von Menschenrechten und das geht auch aus der Anfrage sehr klar hervor. Ich kann mich den Ausführungen voll und ganz anschließen und folgendes hinzufügen. Gott sei Dank gibt es diese Mißstände, die in der Anfrage aufgezeigt werden, nicht in allen sportlichen Disziplinen. In den meisten anderen sportlichen Disziplinen, sprich Wintersportarten usw., konnten wir zumindestens bisher solche arge Verletzungen des Rechtes auf den Gebrauch der Muttersprache nicht feststellen oder nur in vereinzelt Fällen. In der Disziplin Fußball ist die aufgezeigte Situation effektiv gegeben, wenn auch nicht in allen Fällen, aber sehr häufig kommt das vor, was die Anfragesteller mit ihrer Anfrage zu Recht sehr scharf kritisieren.

Diese Schiedsrichter werden vom Regionalkomitee bestellt. Es gibt wohl ein Landeskomitee, das aber keine Zuständigkeit hat Schiedsrichter zu ernennen, keine Zuständigkeit hat Sanktionen zu erlassen im Falle eines falschen Verhaltens auf dem Spielfeld usw. Alle diese Aufgaben, die von Bedeutung sind, hat das Regionalkomitee durch gesetzliche Bestimmungen bzw. durch das Statut des CONI übertragen bekommen. Solch faschistische Systeme, wie sie hier zur Anwendung gelangen, müssen endlich aufhören. Wir können es nicht mehr hinnehmen, daß sich die Südtiroler Sportvereine dem Diktat eines Schiedsrichters in bezug auf den Gebrauch der Sprache beugen müssen. Was ist in diesem Zusammenhang konkret zu tun? Sicherlich, solange keine neuen Durchführungsbestimmungen für den Bereich Sport herauskommen oder solange der CONI nicht bereit ist, uns eine De-facto-Autonomie zuzugestehen, bleibt uns nichts anderes übrig als solche Fälle immer wieder anzuprangern, zu intervenieren als Sportvereinspräsidenten, als Spieler und, wenn Sie wollen, auch als zuständiger Landesrat für den Sport, denn jeder politische Vertreter hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, wenn ihm Fälle der Mißachtung von elementarem Recht bekannt werden, diese Dinge in die Öffentlichkeit zu bringen bzw. die zuständigen Stellen anzuschreiben, damit endlich Abhilfe geschaffen wird. Ich werde meinerseits natürlich die Sportvereine schriftlich darauf aufmerksam machen, daß sie auf ihr Recht pochen sollen, daß sie das Recht haben, sich in ihrer Muttersprache auszudrücken, auch bei offiziellen Sportveranstaltungen, und daß sie das Recht haben, sich in jeder Weise und in jeder Hinsicht in ihrer Muttersprache zu verständigen.

Ich habe dieses Problem natürlich auf höherer Ebene, im Rahmen der CONI-Verwaltung in Rom schon einige Male vorgebracht, im Zusammenhang mit der Forderung nach mehr Sportautonomie für das Land Südtirol. Ich habe in Rom beim Präsidenten des CONI, Dr. Carraro, beim Generalsekretär des

CONI, Dr. Pescante, oder bei wem sonst immer vorgesprochen und diese Probleme, die in Zusammenhang mit dieser Anfrage vorgebracht worden sind und auch viele andere Probleme dargelegt, um zu beweisen, daß wir in Südtirol - schon nur aus dem Grunde, weil wir eine eigene Region sind - das Recht haben, daß Landeskomitees errichtet werden, mit den Funktionen der Regionalkomitees. Zum zweiten haben wir das Recht, Regionalkomitees zu haben, und zwar nicht nur weil wir eine eigene Region sind, sondern weil Südtirol darüberhinaus ein Land mit Sprachenminderheiten ist und wir somit auch aus diesem Grunde das Recht haben, daß seitens des CONI für alle sportlichen Disziplinen endlich Landeskomitees errichtet werden müssen, mit den Funktionen der Regionalkomitees, wobei für uns die Regionalkomitees ausgeschaltet werden müssen und auch die interregionalen Komitees, denn die Landeskomitees müßten alle Funktionen der Regionalkomitees und der interregionalen Komitees erhalten. Es ist interessant, daß wenn ich in diesem Zusammenhang mit den zuständigen Herren des CONI in Rom Gespräche führe, dann kann man mir auf meine Argumente nicht widersprechen, sondern man war geradezu gezwungen, mir recht zu geben. Nur, meine Damen und Herren, bis zum heutigen Tag ist es trotzdem nicht zur De-facto-Errichtung von Landeskomitees mit den besagten Funktionen gekommen. Man sagt, daß man das verstehe und daß es notwendig ist, aber wenn es dann zur Realisierung der Forderungen kommt, die mehr als berechtigt sind, dann stockt der ganze Apparat, dann funktioniert er nicht mehr, es geschieht gar nichts.

Was können wir also tun, damit eine grundlegende Änderung zustandekommt, was die Sportautonomie in Südtirol angeht? Wir haben ein Gesetz eingereicht, es ist rückverwiesen worden, wir haben ein zweites eingereicht und es ist wiederum rückverwiesen worden und somit wollten wir einen Beharrungsbeschluß fassen, der aber danebengegangen ist. Ich habe seit zweieinhalb Jahren einen dritten Gesetzentwurf vorbereitet, wir haben aber eingesehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß wir mit einem Gesetz nicht weiterkommen werden, weil jedes Gesetz, mit dem wir uns eine Autonomie zusichern wollen, von der Zentralregierung rückverwiesen wird. Ich habe deshalb die Forderung gestellt, daß die Durchführungsbestimmungen im Bereich Sport an die lokalen Verhältnisse angepaßt werden müssen, an die lokalen Südtiroler Notwendigkeiten, und daß die Durchführungsbestimmungen durch klare Aussagen in bezug auf die Sportautonomie ergänzt werden müssen.

Was ist der italienische Staat gewillt uns an Sportautonomie zu geben? Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen jetzt schon, was wir von diesem Staat in bezug auf Sportautonomie verlangen ist sowieso nur das, was uns der CONI de facto bereits seit Jahren zugesagt hat und immer wieder zusagt, aber nie durchführt. Wir wollen nichts anderes, als daß in Südtirol Landeskomitees für alle sportlichen Disziplinen errichtet werden, Landeskomitees, die in Durchführung einer demokratischen Wahl zustandekommen, mit den Funktionen der regionalen und interregionalen Komitees und mehr wollen wir gar nicht. Wir wollen keine Verpolitisierung des

Sportes in Südtirol, wie man mir immer wieder vorgeworfen hat, das ist überhaupt nicht der Fall. Wir wollen nur das, was andere Regionen mit einer Selbstverständlichkeit sondergleichen seit Jahr und Tag überall in Italien haben. Diese Kompetenzen müssen wir erreichen und das ist scheinbar nur durch eine Änderung der Durchführungsbestimmungen möglich, es würde auch durch eine Änderung des CONI-Statutes möglich sein, aber der gute Wille muß auf römischer Ebene vorhanden sein, nur dann kann man solche Probleme lösen. Somit möchte ich abschließend noch sagen, ich danke den Einbringern dieser Anfrage, denn ich werde nicht ständig über alles informiert was im Lande passiert, und ich werde die Vereine ersuchen, mir all diese Fälle zu melden, damit ich meinerseits bei den zuständigen Stellen intervenieren kann, daß solche Skandale, solch faschistische Systeme, die teilweise zur Anwendung gelangen, endlich der Vergangenheit angehören.

**HOSP (SVP):** Ich möchte dem Herrn Landesrat Spögler, auch namens der Mitunterzeichner, sehr danken für die Ausführungen rund um den sachlichen Inhalt dieser Anfrage und ich möchte ihm auch meinen Respekt dahingehend aussprechen, daß er das Kind beim richtigen Namen genannt hat, nämlich den in der Anfrage aufgewiesenen Umstand als Skandal bezeichnet hat. Es war interessant und zum Teil auch bekannt, daß die Landesregierung, sprich Landesrat Spögler, zusammen mit den Sportfunktionären, insbesondere natürlich mit den Berufenen der Spitze des VSS, sich laufend und schon seit Jahren bemühen, um Besserungen herbeizuführen. Ich glaube auch, daß die einzige Lösung in der Errichtung von Landeskomitees bestehen wird, denn genauso wie andere Agenden des Lebens, genauso wie die kulturellen Agenden, gehört auch das, was mit der Kultur ganz eng zusammenhängt, nämlich der Sport, in die Hände derjenigen, die ihn praktizieren und in die Hände der jeweiligen Volksgruppe. Hinsichtlich des Willens des Landesrates, auch weiterhin die Sportvereine aufmerksam zu machen und zu ersuchen, Mißstände zu melden, dürfte ich, auch im Namen der Miteinbringer der Anfrage, darum ersuchen, daß man hier regelrecht Listen anlegt, d.h. vielleicht ein Weißbuch anlegt, weil man nie weiß, wann man diese Dinge gebrauchen kann und weil diese Dinge auch international relevant sein könnten in Angelegenheiten, die heute vielleicht noch nicht aktuell sind, die wir aber morgen unter Umständen brauchen könnten.

In diesem Sinne bedanke ich mich beim Landesrat für die gründlichen und auch interessanten Ausführungen, die auch darauf hinweisen, wie sehr er sich, zusammen mit seinen Mitarbeitern, für die Belange des Sports und für die Eigenständigkeit des Sports in unserem Lande einsetzt. Ich glaube, daß nicht zuletzt auch die gewaltigen Leistungen, die die Südtiroler Sportler, manchmal auch unter ungünstigen Voraussetzungen, erbringen, es in besonderem Maße erheischen, daß uns Südtirolern gegenüber, auch auf dem Gebiete des Sports, jene Rechte raschestens eingeräumt werden, die wir laut Autonomiestatut an sich in schriftlicher Form bereits haben und die uns als Volksgruppe unabdingbar zustehen.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

**PRESIDENTE:** Penso che non possiamo fare altre interrogazioni, vista la scarsa presenza degli assessori. Mi sono rivolto ai capigruppo per esaminare assieme la possibilità di sopprimere le riunioni del pomeriggio, visto che su 14 Assessori solo uno é presente. Vuol dire che hanno altro da fare; bisogna trovarci e discutere la cosa.

Ha chiesto la parola il consigliere Frasnelli sull'ordine dei lavori. Prego.

**FRASNELLI (SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur kurz in Erinnerung rufen, daß im Rahmen der Debatte, wie sie eben gediehen war, zum Ausdruck gekommen ist, daß der Wunsch bestehen würde, daß die Einbringer der verschiedenen Beschlußanträge versuchen sollten und versuchen wollten, zu einem gemeinsamen Text zu kommen. Für den Teil der Südtiroler Volkspartei möchte ich sagen, daß auch wir an diesem gemeinsamen Text gearbeitet haben, in jenem Geist, einvernehmlich zu einem Schriftstück zu gelangen und ich darf Ihnen jetzt dieses Schriftstück überreichen, das neben unserer Fraktion auch die Unterschriften der Fraktion des Anderen Südtirol, der PDU und der Kommunistischen Partei Italiens trägt.

**LANGER (AS):** Danke, Herr Präsident! Ich wolle Sie bitten, ob es nicht möglich ist, wenn dieser Beschlußantrag behandelt wird, daß mindestens der eine oder andere Vertreter der Landesregierung herbeigerufen wird. Es betrifft den Gesundheitsassessor, es betrifft den Energieassessor, es betrifft möglicherweise den Umweltschutzassessor und es schiene uns doch merkwürdig, wenn der Landtag eine Verpflichtung an die Landesregierung erläßt und die Landesregierung nicht anwesend ist. Wie gesagt, es betrifft mindestens drei Assessorate oder auch die Kompetenz des Landeshauptmanns, denn wir denken an Gesundheit, an Energie- und Wasserwirtschaft, an die Umwelt und wir denken vor allem auch an die Rolle, die Südtirol im Rahmen der gesamtstaatlichen Energiekonferenz im Kreis der übrigen Regionen wahrzunehmen hat. Danke!

**KLOTZ (WDH):** Herr Präsident! Ich möchte Sie ersuchen, dafür zu sorgen, daß auch wir "Gewöhnlichen" rechtzeitig diese neue Fassung des Beschlußantrages bekommen, denn bis heute haben wir ihn nicht erhalten und ich beispielsweise möchte auch ganz gerne, wenigstens kurz vor Beginn der Behandlung dieses neuen Beschlußantrages, etwas schwarz auf weiß aufliegen haben.

**PAHL (SVP):** Herr Präsident! Ich möchte den Vorschlag machen, auch nach Absprache mit einer Reihe von Kollegen, den Tagesordnungspunkt 16,

Gesetzentwurf Nr. 78/86: "Förderung der Sprachenkenntnisse" vorzuziehen, wenn die Kollegen einverstanden sind, weil die anderen Tagesordnungspunkte im Augenblick nicht so leicht behandelt werden können und dieses Gesetz schon lange auf der Tagesordnung ist und auch sehr drängt.

**PRESIDENTE:** Prima però dovremo esaminare il punto 6), dato che non é possibile trattare il punto 5).

Punto 6) all'ordine del giorno: "Nomina di due membri supplenti per il comitato provinciale dei consultori familiari (Art. 9 della L.P. 17.8.1979, n. 10)".

Punkt 6 der Tagesordnung: "Ernennung von zwei Ersatzmitgliedern für den Landesbeirat für Familienberatungsstellen (Art. 9 des L.G. vom 17.8.1979, Nr. 10)".

Chiedo se le minoranze si sono messe d'accordo. La signora Barbiero é già stata nominata; mi sembrava che si dovesse nominare la signora Klotz in sostituzione della signora Kunz Margit.

La parola al consigliere signora Barbiero.

**BARBIERO-DE CHIRICO (PCI):** Chiedo una breve interruzione della seduta per una riunione con le minoranze.

**PRESIDENTE:** Prima di sospendere la seduta dó la parola al consigliere Mitolo che l'aveva chiesta prima.

**MITOLO (MSI-DN):** Per prima cosa, per quanto riguarda la mozione unitaria su Cernobyl, non é che la trattiamo domani mattina se domani mattina ce la date. Dateci almeno il tempo di leggerla, dobbiamo prepararci. Poi, Presidente - questa é una domanda un po' irriuale -: é sperabile che la Giunta provinciale partecipi alle sedute del Consiglio provinciale? Perché mi pare che ci sia il deserto. Adesso per fortuna é arrivato "un pezzo da novanta", ma non ho l'impressione che andando avanti su questi temi senza la presenza almeno di un certo numero di Assessori si possa andare avanti.

**PRESIDENTE:** Penso abbia sentito il mio intervento in occasione del bilancio, cioè il mio impegno di ricercare sempre una maggiore presenza, anche se non rientra nei compiti specifici del Presidente. Vi ho mandato una lettera per esaminare la possibilità di trovarci solo alla mattina, perché anche gli Assessori hanno molti compiti, per cui lasciandoli liberi potranno dedicarsi ai propri uffici ed essere presenti al mattino. Adesso é arrivato l'assessore Ferretti che si é dichiarato disposto a rispondere a delle interrogazioni. Comunque avevo preannunciato 5 minuti di sospensione per la riunione delle minoranze.



La seduta é sospesa.

ORE 16.45 UHR

-----

ORE 17.00 UHR

**PRESIDENTE:** Riprendiamo la seduta.  
Ha chiesto la parola il consigliere Langer. Prego.

**LANGER (AS):** Danke, Herr Präsident! Da die Kollegin Barbiero noch nicht da ist, darf ich mitteilen, daß eine der beiden Kandidatinnen, auf die wir uns in der Minderheitenbesprechung geeinigt haben, Frau Umbertina Bachin ist. Danke!

**PRESIDENTE:** E' stata fatta la proposta della signora Umbertina Bachin. I due nominativi sono i seguenti: Zita Griesmayr e Umbertina Bachin.

Facciamo una sola votazione per ambedue i nomi. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: Umbertina Bachin 18 voti, Zita Griesmayr 18 voti. Le due signore sono nominate.

Pongo in votazione l'anticipazione del punto 16) dell'ordine del giorno: approvata a maggioranza con 1 astensione. Tratteremo questo punto non appena finite le interrogazioni dell'assessore Ferretti.

Trattiamo congiuntamente due interrogazioni e un'interpellanza: n. 463/86 del 30.9.1986, presentata dai consiglieri Mitolo e Montali, n. 471/86 del 15.10.1986, presentata dai consiglieri Langer e Tribus, e n. 481/86 del 20.10.1986, presentata dai consiglieri Barbiero e D'Ambrosio.

**Interrogazione n. 463/86:**

I sottoscritti consiglieri provinciali interrogano il signor assessore alla Cultura ed Istruzione in lingua italiana per conoscere quale sia il suo giudizio circa la vicenda dell'ex ispettore Baur di cui è stata pubblicata una intervista sulla stampa locale (Alto Adige - Dolomiten) nei giorni scorsi, intervista assai critica nei confronti dei rapporti con altra autorità scolastica a riguardo dei programmi di insegnamento della seconda lingua nelle scuole italiane.

Per conoscere inoltre se si sia provveduto a sostituire nell'incarico l'ispettore Baur con altro docente e se sia ipotizzabile che i motivi che

hanno indotto detto docente a ritirarsi dall'incarico vengano superati da una migliore e più efficiente organizzazione del servizio a cui era preposto.

-----  
Die unterfertigten Landtagsabgeordneten erlauben sich, den Herrn Landesrat für Unterricht und Kultur in italienischer Sprache zu befragen, um zu erfahren, wie er die Angelegenheit betreffend den ehemaligen Inspektor Baur beurteilt, von dem in den vergangenen Tagen ein Interview in der Lokalpresse (Alto Adige - Dolomiten) veröffentlicht worden ist. Dieses Interview ist in bezug auf die Beziehungen mit der Schulbehörde betreffend die Unterrichtsprogramme der zweiten Sprache in den italienischen Schulen in einem sehr kritischen Ton gehalten.

Die Unterfertigten möchten außerdem in Erfahrung bringen, ob Inspektor Baur durch eine andere Lehrperson ersetzt worden ist und ob anzunehmen ist, daß die Gründe, die den Genannten veranlaßt haben, sich von seinem Amt zurückzuziehen, durch eine bessere und effizientere Organisation des Dienstes, dem er vorstand, überwunden werden.

#### **Interrogazione n. 471/86:**

I sottoscritti consiglieri provinciali per l'altro Sudtirolo presentano la seguente interrogazione all'assessore alla Cultura e all'Istruzione pubblica che ritiene essere di Sua competenza fornire la relativa risposta.

Recentemente si è potuto leggere sulla stampa locale che l'ispettore per l'insegnamento della seconda lingua presso le scuole di lingua italiana, Siegfried Baur, ha presentato le dimissioni quale ispettore chiedendo la restituzione alla sua ex funzione di preside, domanda che è stata anche accolta. Le affermazioni pubblicamente espresse dall'ispettore Baur e rese note in tale occasione non fanno certo apparire sotto buona luce le circostanze nelle quali da parte dell'autorità scolastica viene organizzato, programmato, amministrato e ispezionato l'insegnamento della lingua tedesca presso le scuole di lingua italiana.

Dalle suddette - e per quanto ci risulta fino a tutt'oggi incontestate - affermazioni si doveva piuttosto dedurre che soprattutto il sovrintendente scolastico Daniele Agnoli abbia in un certo senso cercato di contenere e di bloccare proposte e attività miranti ad elevare e migliorare il livello dell'insegnamento della lingua tedesca presso le scuole di lingua italiana anzichè affrontare le carenze di detto insegnamento da più parti lamentate.

Poniamo pertanto le seguenti domande alla Giunta provinciale per conoscere:

- 1) come essa valuti le affermazioni fatte pubblicamente in occasione delle dimissioni dell'ispettore Baur nonchè le lamentele in questo contesto espresse e fino a che punto la Giunta provinciale era informata delle proposte e dei progetti relativi ad un miglioramento dell'insegnamento della lingua tedesca presso le scuole di lingua italiana risp. in quale misura essa ne è stata coinvolta; come giudica la Giunta provinciale il modo di

- procedere di Baur nonchè quello del sovrintendente scolastico Agnoli;
- 2) se la Giunta provinciale non è anch'essa dell'avviso che proprio l'obiettivo, altamente importante, di un adeguato ed efficace insegnamento della lingua tedesca presso le scuole di lingua italiana rientri nei compiti prioritari del sistema scolastico della nostra Provincia e vada pertanto in qualsiasi modo incentivato - anche tramite una cooperazione fra le autorità scolastiche e i relativi responsabili della Giunta provinciale;
  - 3) come valuta la Giunta provinciale la delimitazione istituzionale tra i compiti del sovrintendente scolastico, degli ispettori e dell'amministrazione provinciale in relazione all'insegnamento della seconda lingua presso le scuole di lingua italiana in Alto Adige;
  - 4) quali iniziative intende intraprendere la Giunta provinciale per rimediare innanzitutto alla mancanza di libri di testo appropriati per l'insegnamento della seconda lingua presso le scuole di lingua italiana;
  - 5) quali misure concomitanti intende adottare la Giunta provinciale per incentivare l'apprendimento della seconda lingua risp. la disponibilità e l'interesse per il bilinguismo;
  - 6) quali passi politici intende intraprendere la Giunta provinciale nei confronti del Ministero della pubblica Istruzione per precisare che un efficace e appropriato insegnamento della seconda lingua presso le Scuole di lingua italiana della nostra provincia rientra nelle essenziali priorità della politica culturale nella nostra provincia e che la realizzazione del "diritto al bilinguismo" potrebbe rendere un notevole contributo alla distensione e alla riconciliazione etnica.

Si chiede urgente risposta orale.

-----

Die unterzeichneten Abgeordneten fürs Andere Südtirol richten hiermit folgende Anfrage an den Landesrat für Schule und Kultur, der sich für die Beantwortung zuständig fühlt.

Vor kurzem war in der Lokalpresse zu lesen, daß der Inspektor für Zweitsprachunterricht an den italienischsprachigen Schulen, Siegfried Baur, seinen Rücktritt als Inspektor eingereicht und seine Rückversetzung in den Direktorenrang beantragt und auch erhalten hat. Die öffentlichen Äußerungen des Inspektors Baur, die zu diesem Anlaß bekannt wurden, werfen beileibe kein gutes Licht auf die Umstände, unter denen der Deutschunterricht an italienischen Schulen von seiten der Schulbehörde organisiert, geplant, verwaltet und inspiziert wird. Man mußte aus den besagten - und bisher, unseres Wissens, unwidersprochenen Äußerungen vielmehr den Eindruck gewinnen, daß sich insbesondere der Hauptschulamtsleiter Daniele Agnoli eher bemüht habe, Vorschläge und Aktivitäten zur Hebung und Verbesserung des Deutschunterrichts an italienischen Schulen in Grenzen zu halten und stillzulegen, als den von vielen Seiten beklagten Mängeln selbigen Unterrichts zu Leibe zu rücken.

Daher fragen wir nun die Landesregierung:

1. Wie schätzt sie die anläßlich des Rücktritts von Inspektor Baur öffentlich getroffenen Feststellungen und die dabei erhobenen Klagen ein und

- inwieweit war die Landesregierung von den Vorschlägen und Plänen zur Verbesserung des Deutschunterrichts an italienischen Schulen informiert bzw. daran mitbeteiligt? Wie sieht sie die Vorgangsweise Baur und jene des Hauptschulamtsleiters Agnoli?
2. Ist die Landesregierung nicht auch der Meinung, daß gerade das so wichtige Ziel eines angemessenen und wirksamen Deutschunterrichts an italienischsprachigen Schulen zu den vorrangigen Aufgaben des Schulsystems in unserem Lande gehört und daher in jeder Weise - auch durch Kooperation zwischen den Schulbehörden und den diesbezüglichen Anstrengungen der Landesverwaltung - zu fördern ist?
  3. Wie sieht die Landesregierung die institutionelle Abgrenzung zwischen den Aufgaben des Hauptschulamtsleiters, der Inspektoren und der Landesverwaltung bezüglich des Zweitsprachunterrichts an italienischsprachigen Schulen in Südtirol?
  4. Welche Anstrengungen gedenkt die Landesregierung zu unternehmen, um insbesondere dem Mangel an geeigneten Lehrbüchern für den Zweitsprachunterricht an den italienschsprachigen Schulen unseres Landes abzuhelpfen?
  5. Welche begleitenden Maßnahmen zur Förderung der Erlernung der zweiten Sprache bzw. der Bereitschaft und des Interesses zur Zweisprachigkeit gedenkt die Landesregierung zu ergreifen?
  6. Welche politischen Schritte gedenkt die Landesregierung beim römischen Unterrichtsministerium zu unternehmen, um klarzustellen, daß ein wirksamer und situationsbezogener Zweitsprachunterricht an den italienischsprachigen Schulen unseres Landes zu den wesentlichen kulturpolitischen Prioritäten in unserem Lande zählt und die Verwirklichung des "Rechts auf Zweisprachigkeit" einen beachtlichen Beitrag zur ethnischen Entspannung und Versöhnung leisten könnte?

Um eilige mündliche Antwort wird ersucht.

#### **Interpellanza n. 481/86:**

I sottoscritti consiglieri provinciali del PCI/KPI interpellano gli Assessori competenti in merito alle dimissioni dell'ispettore scolastico per la seconda lingua Siegfried Baur, il quale ha divulgato alla stampa di poter svolgere la sua funzione in mancanza della necessaria collaborazione da parte della Sovrintendenza.

Il fatto è sicuramente grave, in quanto le dimissioni dell'ispettore Baur mettono in evidenza come ad una richiesta crescente della scuola di lingua italiana di apprendere la seconda lingua non corrisponda un'adeguata sensibilità da parte dell'autorità scolastica.

Questo è quanto si capisce dalle dichiarazioni rilasciate dall'ispettore.

I sottoscritti consiglieri chiedono quindi se e in che misura sia stata negata al dott. Baur la possibilità di svolgere compiutamente il suo compito, quale giudizio viene dato sulla vicenda; come intende la Giunta provinciale contribuire a dare una soluzione positiva alla questione aperta.

-----

Die unterfertigten Landtagsabgeordneten der KPI/PCI interpellieren die zuständigen Landesräte in bezug auf den Rücktritt des Schulinspektors für die zweite Sprache Siegfried Baur, der über die Presse verlauten ließ, daß er in Ermangelung der nötigen Zusammenarbeit seitens des Hauptschulamtes seine Tätigkeit nicht ausüben könne.

Die Angelegenheit ist zweifellos schwerwiegend, da durch den Rücktritt des Inspektors Baur klar zutage tritt, daß das wachsende Interesse in der Schule mit italienischer Unterrichtssprache, die zweite Sprache zu erlernen, nicht auf ein entsprechendes Entgegenkommen seitens der Schulbehörde stößt.

Dies ist den Äußerungen des Schulinspektors zu entnehmen.

Die unterfertigten Abgeordneten möchten daher erfahren, ob und inwieweit Dr. Baur die Möglichkeit genommen wurde, seinen Aufgaben voll und ganz gerecht zu werden; wie diese Angelegenheit beurteilt wird; was die Landesregierung zu unternehmen gedenkt, um dazu beizutragen, diese noch offene Frage einer zufriedenstellenden Lösung zuzuführen.

La parola al consigliere Mitolo.

**MITOLO (MSI-DN):** Signor Presidente, egregi colleghi, questa vicenda è apparsa sulla stampa a seguito proprio di una lettera dell'ispettore Baur, il quale ha comunicato che rassegnava le sue dimissioni, perché, a suo dire, non poteva svolgere l'incarico che gli era stato affidato, per il quale mi pare avesse vinto un concorso addirittura, a seguito di ostacoli frapposti alla sua missione, alla sua attività.

Non conosco bene, da un punto di vista tecnico, quali sono i compiti di questi ispettori che svolgono la loro attività alle dipendenze del provveditorato agli studi. Mi pare che ce ne siano altri con altri incarichi che riguardano materie letterarie. In proposito chiedo lumi all'Assessore, ma per quanto mi consti vi sono anche dei limiti all'attività di questi ispettori che sono determinati dal Ministero, dall'incarico stesso. Non so esattamente quali fossero le mansioni, con chi collaborasse, quali sono in effetti i compiti che prevedesse di compiere nelle scuole l'ispettore Baur, e mi sono molto meravigliato nel leggere sul giornale che questo illustre docente a un dato momento si è scocciato e se n'è andato sbattendo la porta, fra il resto rientrando a fare il direttore o il preside e perdendo una qualifica che oltretutto era anche superiore a quella relativa all'incarico da cui proveniva e a cui è ritornato.

Sembra che, nella lettera e da quanto scritto sul "Dolomiten", l'ispettore Baur abbia lamentato di non poter svolgere il suo compito con sufficiente autonomia, di non poter intervenire per modificare certi programmi per apportare certe innovazioni in materia di studio della seconda lingua e che fra il resto non abbia mai avuto la collaborazione degli enti presso i quali svolgeva le proprie mansioni, i propri compiti. E' molto strano per la verità che a seguito delle dimissioni di questo ispettore, salvo alcune dichiarazioni fatte in questa sede, mi pare dall'asses-

sore Ferretti, né il provveditorato né il Ministero abbiano sentito la necessità di precisare e puntualizzare il loro parere, il loro giudizio su quanto affermato dall'ispettore Baur. Non sappiamo fra il resto neanche se questo ispettore Baur sia stato sostituito con altro docente incaricato delle mansioni da lui precedentemente svolte e non sappiamo soprattutto se quanto da lui lamentato risponde al vero e quali fossero poi soprattutto le richieste dell'ispettore Baur per quanto concerneva la pratica dell'insegnamento della lingua tedesca nelle scuole italiane.

Ora, il fatto di per sé ci preoccupa, perché avvenimenti di questo genere sono destinati ad avere certe ripercussioni, ma dimostrano soprattutto che nel campo dell'insegnamento della seconda lingua vi sono deficienze, addirittura ostacoli, certi episodi che testimoniano difficoltà, incomprensioni e soprattutto testimoniano che non vi è accordo, se devo prendere per buone alcune affermazioni svolte in questa sede, fra il provveditorato e l'Assessorato. Non solo, ma non vi è da parte del Ministero competente nemmeno possibilità di interventi che valgano a chiarire e a sanare certe situazioni.

Mi auguro che tutto quello che ho detto non sia vero e attendo dall'Assessore chiarimenti in proposito, dopodiché esprimerò il mio giudizio su tutta la vicenda.

**LANGER (AS):** Danke, Herr Präsident! Herr Landesrat, wir haben versucht im Text unserer Anfrage die einzelnen Punkte irgendwie auseinanderzunehmen und zu formulieren. Die Tatsache, daß ein Inspektor wie Siegfried Baur, der dazu beitragen sollte und wohl auch wollte, daß der Deutschunterricht an den italienischen Schulen sich auch wesentlich bessern kann und daß auch die strukturellen Ursachen für das Ungenügen dieses Deutschunterrichts aufgegriffen werden, und das nicht nur im Einzelfall, da vielleicht die Umstände ungünstig sind oder der eine oder andere Lehrer nicht auf der Höhe seiner Aufgabe ist. Er wollte also irgendwie organisch darangehen, das Problem zu lösen, wie man in Südtirol an italienischsprachigen Schulen adäquat Deutsch unterrichten kann. Das war unseres Wissens im Grunde sein Anliegen. Wie kann es nun dazu kommen, daß so jemand resigniert? Natürlich kann der Grund durchaus bei der Person liegen, die resigniert hat, wir können das nicht von vorneherein in Abrede stellen, allerdings kann der Grund auch bei den Umständen liegen, die ihn zu dieser Resignation bewogen haben. Und deswegen sind wir der Meinung, daß man diesen Rücktritt zum Anlaß nehmen sollte - und das war auch der Grund, warum wir eine Anfrage eingebracht haben -, um in organischer Reform auf das Problem des Deutschunterrichtes an den italienischen Schulen einzugehen und die diesbezüglichen Absichten und Einschätzungen der Landesregierung zu erfragen.

Deswegen möchten wir wissen, was hat die Landesregierung zu diesem Rücktritt zu sagen und wie schätzt sie die Rolle der beteiligten Parteien ein, also des Hauptschulamtes und des zurückgetretenen Inspektors? War die Landesregierung bzw. war Ihr Assessorat irgendwie an den Projekten

und an den Bemühungen für die Verbesserung des Deutschunterrichts mitbeteiligt oder informiert? Wie schätzen Sie heute den Stand dieser Arbeiten ein und in welche Richtung glauben Sie, daß man weiterarbeiten soll? Glauben Sie nicht auch, daß ein angemessenerer und wirksamerer Deutschunterricht an den Schulen auch eine intensive Kooperation zwischen der Schule und der Schulbehörde einerseits, aber auch dem Umfeld andererseits erfordert? Und zu diesem Umfeld würden wir in erster Linie die Landesregierung zählen, und zwar auch deshalb, weil die Landesregierung in diesen Jahren doch zahlreiche und von uns auch positiv beurteilte Anstrengungen unternommen hat, um begleitende Maßnahmen zur Verbesserung der Deutschkenntnisse bei italienischen Schülern zu setzen. Da diese Fragen einen Konflikt aufgeworfen haben, würde es uns auch interessieren, wie die Landesregierung die institutionelle Abgrenzung zwischen den Aufgaben des Hauptschulamtsleiters, des Schulamtsleiters, der für die italienischsprachige Schule verantwortlich ist, den Inspektoren und der Landesverwaltung sieht, in bezug auf den Zweitsprachunterricht, d.h. wie spielen diese verschiedenen Kompetenzbereiche miteinander bzw. haben sie vielleicht manchmal gegeneinander gespielt, wenn das zu solchen Konflikten gekommen ist. Unter den Gründen, die zum ungenügenden Deutschunterricht führen, hat unserer Meinung nach der Mangel an geeigneten Lehrbüchern einen besonderen Stellenwert, obwohl wir nicht so schulfanatistisch eingestellt sind, daß wir glauben würden, daß durch die Schule Zweisprachigkeit geschaffen werden kann oder umgekehrt durch die Schule verhindert wird. Die Schule hat aber bestimmt einen hohen Stellenwert. Die Tatsache allein, daß ein großer Teil der deutschsprachigen Bevölkerung dieses Landes in der Schule Italienisch lernt und im großen und ganzen in der Schule gut Italienisch lernt oder zumindest befriedigend Italienisch lernt zeigt, daß die Rolle der Schule dabei nicht zu unterschätzen ist, so sehr wir auch der Meinung sind, daß die außerschulische Motivation und die außerschulische Gelegenheit, die beiden Sprachen auch tatsächlich zur Kommunikation und nicht als Schulfach allein zu verwenden, sehr wesentlich mit dazu beiträgt. Denn eines ist, wenn man Deutsch oder umgekehrt Italienisch sozusagen als Schulfach lernt und deswegen vor allem prüfungs-, noten- und zeugnisbezogen lernt, und etwas anderes ist es natürlich, wenn die Sprache als Mittel zum Verstehen und sich verständlich zu machen gebraucht wird und auch der Unterricht in diesem Sinn vor allem alltags- und praxisbezogen ist.

In diesem Zusammenhang möchten wir weiterhin fragen, welche begleitenden Maßnahmen hat die Landesregierung noch im Sinne, und welche politischen Schritte gedenkt die Landesregierung auch beim Unterrichtsministerium des Staates zu unternehmen, um irgendwie diese Situation, die sich mit dem Hauptschulamtsleiter ergeben hat, zu klären. Wenn der Staat auch jahrzehntelang in Südtirol den Deutschunterricht an den italienischen Schulen leider versäumt hat und geringgeschätzt hat und genauso schlecht behandelt hat wie den Fremdsprachenunterricht in Italien allgemein, dann ist spätestens jetzt die Zeit gekommen dem abzuhelpen und wir

würden es nicht wünschen, daß sich z.B. ein Teil der Schulbehörde in Südtirol gewissermaßen hinter dem Unterrichtsministerium verschanzt oder auf Unterstützung des Unterrichtsministeriums zählen kann, wenn er den besonderen, landesbezogenen Zweitsprachunterricht irgendwie unterschätzen sollte oder nicht wichtig genug nehmen sollte. Danke!

**BARBIERO-DE CHIRICO (PCI):** Sicuramente é grave il fatto che l'ispettore Baur abbia deciso di rinunciare al suo incarico di ispettore per la seconda lingua, causa, come lui stesso ha avuto modo di dire, la mancata collaborazione da parte della Sovrintendenza scolastica. Questo fatto é grave in sé, perché dimostra come ad una crescente richiesta della scuola di lingua italiana di apprendere la seconda lingua, non corrisponda un'adeguata sensibilità da parte dell'autorità scolastica. Mi pare che questo dato di fatto grave emerga in tutta la sua chiarezza. Questo episodio mette in luce come una giusta, importante anche richiesta da parte della scuola di lingua italiana di apprendere la seconda lingua non venga presa in giusta considerazione da parte dell'autorità scolastica. Questo é grave, perché non rispondere in maniera adeguata ad una domanda importante di questo tipo crea sicuramente problemi alla scuola, fa in modo che non vi sia un'evoluzione della scuola nel senso che noi vorremmo, cioè nel senso di una scuola sempre più capace di formare cittadini bilingui e sicuramente l'episodio mette in rilievo un punto di arresto, di fermata, che se non viene affrontato con le misure necessarie può anche rappresentare l'inizio per una involuzione nell'insegnamento stesso della seconda lingua all'interno delle scuole di lingua italiana.

Crede che molto si sia fatto per il miglioramento dell'insegnamento ai fini dell'apprendimento della seconda lingua nelle scuole di lingua italiana, e crede che questo episodio sia ancora più grave proprio se lo si rapporta all'impegno che é stato impiegato in questi anni per far sí che la scuola di lingua italiana sia sempre più adeguata, all'altezza del proprio compito. Crede che un compito importante della scuola di lingua italiana sia quello di insegnare bene la seconda lingua tedesca.

Noi abbiamo rivolto questa interpellanza all'Assessore competente Ferretti per conoscere il suo parere sulla questione, ma per sapere ovviamente anche come intende muoversi per fare in modo che una situazione di questo tipo venga superata in positivo. Sicuramente questo fatto ha segnato una frattura, ha segnato una lacerazione, ma crede che comunque si debba fare in modo di intervenire per sanare questa frattura, questa lacerazione, perché non vada perduto quel patrimonio di esperienze importanti che la scuola di lingua italiana ha accumulato comunque in questi anni.

**FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC):** Vorrei sapere quanti minuti ho per poter parlare perché l'argomento può essere considerato personalistico, ma in effetti é un argomento principale.



**PRESIDENTE:** 45 minuti.

**FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC):** Grazie. Considero le dimissioni di Baur una perdita secca per l'insegnamento della seconda lingua in Alto Adige a prescindere dalla vicenda che é accaduta, su cui diró anche la mia opinione. Conosco, perché mio collega e quindi non solo per l'amicizia, ma anche per la professionalità, l'ispettore Baur, ne apprezzo l'impegno, ne riconosco la competenza, e quando lui vinse il concorso per venire nominato ispettore mi rallegrai di questa vittoria, di questa possibilità di usufruire della sua collaborazione come assessore provinciale, in quanto avevo potuto apprezzarne la preparazione, la disponibilità e anche la capacità di infondere entusiasmo e di trasmettere competenze in corsi e interventi di aggiornamento che avevamo effettuato assieme, allora io per la mia attività di direttore didattico e lui anche. Credo che non sarà facile recuperare questa competenza, perché se é vero che l'attività di ispettore ha alte responsabilità, é anche vero che l'attività di ispettore richiede un esame così complesso, tre prove scritte, e un riconoscimento economico così esiguo, credo 120.000 lire al mese in più, che assolutamente, se uno non ha la vocazione, sarà difficile trovare altra persona che possa sostituire l'ispettore Baur.

Considero quindi le dimissioni di Baur una perdita secca, anche perché era persona che aveva vasta esperienza, poteva efficacemente coordinare non solo il settore della scuola elementare da cui proveniva, ma anche quello della scuola media e media superiore, come in effetti aveva dimostrato.

Se alla fine avró tempo leggeró qual é stato il tipo di collaborazione che ha prestato per l'assessorato l'ispettore Baur, in maniera tale che i colleghi si rendano conto che il suo contributo é stato immediatamente attivo, efficace e competente.

Ma adesso vorrei rispondere a tutte e tre le interrogazioni; per ogni interrogazione mi sono preso i dovuti appunti, per cui inizio dal collega Mitolo.

Io non approvo le dimissioni di Baur. Fossi stato al suo posto sarei rimasto in quella posizione, evidenziando anche il conflitto esistente indubbiamente con il sovrintendente e ponendo il sovrintendente di fronte alle sue responsabilità. La fuga di fronte al complicarsi dei problemi può essere talvolta una scappatoia, anche se posso capire che la posizione gerarchicamente subordinata di Baur rispetto al sovrintendente e il suo desiderio di operare al di fuori delle pastoie e dei vincoli, dei laccioli che il sovrintendente sembrava porgli, lo abbia indotto a rientrare ad operare nella scuola elementare in lingua tedesca e a riprendere un'attività che per lui era certamente più gratificante e meno vincolata. Queste cose non ho mancato di dirle allo stesso ispettore Baur che mi aveva partecipato prima di rendere pubblica la sua decisione di quanto stava facendo. Ciò nonostante, fatta questa valutazione, non ri-

tengo che abbia fatto bene l'ispettore Baur a dimettersi. Posso comprendere i motivi che lo hanno indotto a dimettersi, perché in effetti è nato un conflitto circa i comportamenti che l'ispettore doveva tenere nei confronti della Provincia autonoma, essendo lui l'autorità periferica dello Stato per i problemi dell'aggiornamento e della sperimentazione, competenze che in base al D.P.R. 116 spettano chiaramente alla Provincia e che vengono esercitate dalla Provincia d'intesa con lo Stato.

Io ho detto in altre occasioni che non ritengo questo Statuto di autonomia limpido sotto il profilo delle distinzioni che vanno effettuate fra le competenze dello Stato e le competenze della Provincia. Se la Provincia ha la facoltà di intervenire come interviene nell'aggiornamento dei docenti proponendo suoi piani di aggiornamento che in genere trovano l'approvazione e il consenso del Ministero, è evidente che questo aggiornamento deve poter avere nella sua realizzazione dei riferimenti e delle presenze anche della Provincia autonoma, non dico con funzionari suoi propri, ma anche con funzionari dello Stato, i quali in una qualche misura mantengano i contatti e diano informazione alla Provincia autonoma di ciò che sta accadendo. Io ritengo questo un modo corretto e proficuo di operare, perché l'art. 19 dello Statuto è stato sì approvato come strumento attraverso il quale il gruppo di lingua tedesca aveva la sua scuola distinta e il gruppo di lingua ladina la sua scuola bilingue nelle località ladine, e il gruppo di lingua italiana l'insegnamento della seconda lingua attraverso docenti di madrelingua, ma è stato anche individuato proprio per facilitare, attraverso questi docenti di madrelingua, l'apprendimento delle due lingue. E l'ispettore è stato individuato come ispettore per la seconda lingua tedesca, in quanto ci si rendeva conto all'inizio degli anni 70 che l'introduzione di un orario più lungo e di programmi appropriati di seconda lingua non poteva intervenire senza un riferimento competente all'interno della struttura statale.

Noi abbiamo cercato e ottenuto la collaborazione, abbiamo usufruito della collaborazione di questo ispettore immediatamente appena nominato, e abbiamo avviato tutta una serie di aggiornamenti, sperimentazioni e di verifiche anche in funzione della modifica dei programmi di seconda lingua, approvati con legge n. 64 del 1978, perché ritenevamo che gli aggiornamenti dovessero essere effettuati con una certa sistematicità e proposti da comitati competenti, ma vigilati da persona che ne avesse la capacità e anche l'autorità. Ritenevamo e ritengo tuttora che i programmi di seconda lingua, specialmente per la scuola media superiore, non siano adeguati, perché vanno ulteriormente specificati in maniera tale che quelle micro-lingue e quei micro-programmi che si erano previsti nel generale per gli istituti tecnici, per le scuole professionali e per i licei vengano finalmente individuati.

Oggi siamo in una situazione di non completa attuazione sotto questo profilo dei programmi o meglio di un'attuazione legata più alle capacità e alle competenze dei docenti che a compiute direttive, perché non siamo riusciti, anche a causa delle dimissioni dell'ispettore Baur, a

sviluppare e portare a termine il programma di aggiornamento dei programmi di seconda lingua specialmente della scuola media superiore. La revisione dei programmi di seconda lingua per la scuola media superiore si è avviata nel 1985 e non poteva che essere così, cioè a compimento del quinquennio di approvazione dei programmi e dopo che era stata verificata la necessità di produrre ulteriori miglioramenti. Oggi, nonostante l'assenza dell'ispettore Baur, stiamo procedendo, attraverso un'equipe di esperti universitari di Klagenfurt, ad un'ipotesi di verifica che suppongo non potrà produrre risultati da diffondere prima di un anno e mezzo, quindi prima della fine dell'anno scolastico 1987-88.

Evidentemente questo è tempo perduto, proprio perché siamo consapevoli, come ho detto in apertura, che si tratta di una perdita secca difficilmente recuperabile nei tempi brevi. Non ne dirò il contenuto, ma posso informare il Consiglio provinciale che ho provveduto ad esprimere la mia opinione personalmente e per iscritto al Ministro per la Pubblica Istruzione, Falcucci, e sono intervenuto personalmente, fisicamente sull'ispettore che ha le responsabilità per questo settore, perché proceda al più presto, ma ancora...

**CONSIGLIERI:** (Interrompono - unterbrechen)

**FERRETTI** (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Fisicamente vuol dire che sono andato a Roma a parlare con l'ispettore - non parlavo della Falcucci - per verificare la possibilità di avere un nuovo ispettore. Da allora sarà stato un paio di mesi fa, purtroppo non ho più avuto notizie.

Ringrazio i colleghi per aver apprezzato quanto si sta facendo nella scuola, ed è merito degli insegnanti e degli esperti soprattutto per l'insegnamento della seconda lingua; voglio dire che nonostante le dimissioni e le indubie da voi appalesate difficoltà esistenti nei rapporti con la Sovrintendenza, legate anche all'incertezza legislativa, e forse anche a fatti di interpretazione connessi con la sensibilità e preparazione delle persone, debbo dire che siamo continuamente vigili sull'insegnamento della seconda lingua.

E se è vero che i libri di seconda lingua forse non sono pertinenti, perché non nati sul territorio dell'Alto Adige o non tutti nati qui, specialmente quelli delle scuole medie superiori, voglio ricordare che soprattutto nella nostra collana di educazione bilingue abbiamo pubblicato 11 volumi sulla situazione del bilinguismo in Alto Adige, 12 con quello che verrà pubblicato nei prossimi giorni, scritto proprio dai due esperti dell'università di Klagenfurt, Moser e Saxer, proprio sulla situazione dell'insegnamento della seconda lingua nella scuola media superiore.

Ma io voglio richiamare soprattutto l'attenzione sul n. 6 di quella collana "Deutsch als Zweitsprache", sul n. 7 "Traudi", che erano i fondamenti pratici e teorici di un'indagine sull'insegnamento della seconda

lingua, il n. 9 "Aspekte von Zweitsprachlernen und Lehrerfortbildung" e il n. 10 "Praxis im Spiegel". Crediamo cioè di aver messo a disposizione strumenti idonei perché venga effettuata un'analisi della situazione dell'insegnamento della seconda lingua e chi ne ha la volontà predisponga anche libri di testo.

Nel predisporre i libri di testo, informo che sono dibattuto tra due comportamenti: quello facile, accattivante, di rendersi editore di qualche libro di testo messo insieme da qualche insegnante o gruppi di insegnanti - e di proposte ne ho avute molteplici - e caricare poi la Provincia delle rispettive spese, immettere sul mercato il libro, ma immediatamente, come è accaduto per la storia in uno degli interventi che si dice stiamo facendo la storia del regime, perché è stata commissionata la storia a Lill e Corsini, immediatamente verrei accusato di fare il libro di Stato, perché metterei a disposizione addirittura per la seconda lingua il libro di cui la Provincia è editrice. L'altro atteggiamento è quello di disinteressarmi completamente.

Abbiamo assunto, non so se giustamente, la via di mezzo, che è quella di mettere a disposizione materiale per l'affinamento didattico--metodologico, ma non un libro di testo la cui pubblicazione fino a prova contraria spetta alle case editrici. E credo che se case editrici oculte, stante la massa di allievi che ancora studiano sia la seconda lingua tedesca che la seconda lingua italiana, anziché dedicarsi ad altre pubblicazioni si dedicassero a questa, raggruppando una capace équipe di insegnanti ed esperti universitari, forse ne trarrebbero dei vantaggi anche economici.

Quindi, mentre dico chiaramente qual è stato il nostro ruolo, dico anche che ci sono buoni libri di testo che soprattutto nella scuola media superiore non sono mai stati confezionati avendo presente la situazione dell'Alto Adige. Alcuni vengono dalla DDR, altri dalla Repubblica Federale di Germania, altri dalla Svizzera, altri dall'Austria, ma purtroppo libri predisposti per la situazione altoatesina non ne esistono.

Convengo sul fatto che un rapporto interlinguistico all'interno della scuola faciliterebbe non poco l'apprendimento della seconda lingua, tuttavia su questo voglio fare una riflessione. Purtroppo oggi non arriviamo nella scuola di lingua italiana dell'Alto Adige a qualsiasi livello ad una capacità discorsiva tale che consenta ai nostri ragazzi di parlare in maniera affluente nel senso della comunicazione quotidiana la seconda lingua tedesca. Tutti gli interventi che altre volte compiamo vogliono per l'appunto facilitare la comprensione della seconda lingua e portare i ragazzi che sicuramente hanno acquisito un ricco patrimonio di carattere sintattico, grammaticale e di vocabolario a parlare, ad esprimere le potenzialità che possiedono. Sarebbe da valutare l'opportunità di facilitare incontri sistematici, programmatici, non da Mischkultur, ma da reciproca conoscenza fra ragazzi del gruppo di lingua italiana dell'Alto Adige e ragazzi del gruppo di lingua tedesca dell'Alto Adige. Forse all'avvio si avrebbe qualche difficoltà, perché il ragazzo di lingua tedesca

sarebbe invogliato a parlare l'italiano; poco male, servirebbe almeno a lui, o forse si avrebbe qualche difficoltà perché il ragazzo di lingua tedesca nell'ambito familiare, come io ritengo opportuno per molti aspetti, ma adesso non voglio esprimere un giudizio completo, parlerebbe il dialetto e il ragazzo di lingua italiana invece viene con il tedesco, quello che sa, l'Hochdeutsch. Ma credo che nel tempo si avrebbe un vantaggio oltre che linguistico, di carattere socio-comportamentale, comunque di conoscenza reciproca, che produrrebbe degli effetti anche a livello politico.

Vorrò esaminare nelle prossime settimane anche questa possibilità, che vorrei portare avanti con questi obiettivi e con questi intendimenti, non con altri. Nella misura in cui questa iniziativa potesse estendersi ed esplicarsi liberamente con il consenso delle famiglie dei due gruppi linguistici, credo che un ulteriore passo sarebbe compiuto, perché non è concepibile che i nostri ragazzi debbano andare in Germania o in Austria per parlare il tedesco, quando occasioni per parlare la seconda lingua tedesca ci sono sempre di più in loco, perché ormai anche il gruppo di lingua tedesca sempre di più parla un buon tedesco correntemente, e quindi è inutile che ci nascondiamo dietro un dito per dire che fino a 10, 15, 20 anni fa, la popolazione di lingua tedesca giustamente parlava l'Umgangssprache, la lingua corrente del livello medio che era ed è spesso una lingua dialettale. Oggi sempre di più c'è un buon tedesco, quindi sempre di più abbiamo occasione di poter apprendere meglio qui la seconda lingua tedesca. Credo che sarebbe un tipo di incontro su cui va riflettuto, convinto come sono, come ha detto il collega Langer, che anche la comunicazione esterna, con i coetanei, sia un fatto da tesaurizzare.

Credo di aver risposto implicitamente a tutti. Dice la Barbiero: pericolo di involuzione nella scuola di lingua italiana. Sono d'accordo; c'è un certo pericolo di involuzione, la mancanza di questo riferimento può produrre un momento di stasi che nuoce, ma voglio dire che dal 10 ottobre 1985 fino ad oggi l'ispettore Baur ha continuato una sorta di collaborazione legata alla sua professionalità esterna all'attività di direttore didattico, ha dato la sua collaborazione. Per chi ha interesse posso mettere a disposizione il sommario dei suoi interventi effettuati per conto dell'Assessorato in maniera tale che possa accertare de visu che il suo intervento è stato utile e noi ci auguriamo che quanto prima chi di dovere - non siamo purtroppo noi - provveda alle sostituzioni e quindi a restituire più completezza alla scuola di lingua italiana, che anche per questo, se non fosse completa, potrebbe soffrirne per quanto riguarda la seconda lingua.

**MITOLO (MSI-DN):** Signor Presidente, la risposta dell'assessore Ferretti è articolata ed ampia, ma da essa si evince innanzitutto che è stato l'ispettore Baur a rassegnare le proprie dimissioni e, da come ho capito, nonostante la contrarietà dell'Assessore, il quale se fosse stato al posto di Baur - dice - avrebbe evidenziato i motivi di contrasto con

il sovrintendente e non si sarebbe arreso. In fondo la responsabilità prima se l'è assunta Baur sbattendo la porta e andandosene via. Non so fino a che punto siano state le condizioni in cui svolgeva la sua attività e non so soprattutto, perché questo non lo ha chiarito sufficientemente l'assessore, quali fossero i compiti specifici. Ha parlato di aggiornamento di programmi in materia di insegnamento della lingua tedesca, ma non so se questo fosse il compito specifico e soprattutto quale fosse l'autorità da cui dipendeva l'ispettore Baur. Può darsi che nella sua attività certamente meritevole l'ispettore Baur si sia sentito non propriamente un funzionario del Ministero della Pubblica Istruzione e quindi un dipendente della Sovrintendenza, ma avesse inteso svolgere il suo compito in maniera forse un po' più autonoma di quanto gli poteva essere consentito dal regolamento. E questo l'ha portato anche a scontrarsi chiaramente con l'autorità rappresentativa del Ministero della Pubblica Istruzione, con il Sovrintendente.

Spiace dover sentire che la perdita comporta un rallentamento nella preparazione e nel miglioramento dei programmi e quindi nello sviluppo di quelle attività che sempre più devono essere perfezionate perché i nostri ragazzi imparino nel miglior modo possibile la seconda lingua, e nonostante quanto ci ha detto l'Assessore di impegni, di proposte, di programmi che sono in corso anche con l'aiuto di una équipe straniera provenienti dall'università di Klagenfurt, dobbiamo non solo tra le righe, ma perché lo ha ammesso l'assessore Ferretti stesso, constatare con rammarico che anche lui è convinto che non in tutte le scuole e non in tutte le classi si può essere tranquilli su un buon apprendimento della seconda lingua. Ha detto che oggi ci si deve affidare alla capacità di taluni insegnanti per poter ottenere dei buoni risultati. Esiste per ammissione dell'assessore una carenza notevole - mi consentirà da membro di opposizione di sottolinearlo - per quanto attiene i mezzi e i programmi e le strutture, gli insegnanti stessi che noi mettiamo a disposizione dei nostri giovani.

Ma c'è di più, e lo sottolineo come un fattore positivo, e cioè che l'assessore sottolinea l'esigenza della possibilità di un incontro fra i giovani di lingua italiana e di lingua tedesca dell'Alto Adige per poter perfezionare reciprocamente la conoscenza della lingua tedesca. Mi dispiace che non sia presente il prof. Zelger, perché vorrei vedere di fronte a questa affermazione che faccia farebbe.

**LANGER (AS):** Es tut mir leid, daß mir Kollege Mitolo mit dem letzten Satz etwas vorweggenommen hat, denn ich hätte auch gerne den Gesichtsausdruck unseres Landesrates Zelger diesbezüglich gesehen, denn das, was Ferretti in seiner Replik unter anderem angesprochen hat, war im Grunde, wenn auch mit bestimmten Garantien und Vorsichtsmaßnahmen, ein abgesicherter Schüleraustausch oder zumindest eine Schülerbegegnung zwischen den...

**ABGEORDNETER:** (Unterbricht - interrompte)

**LANGER (AS):** Ja, außer der Schule. Die Art wie sich das dann organisieren läßt, darüber ließe sich sicher viel diskutieren und da gibt es sicher nicht nur einen Weg, um dieses Ziel zu erreichen. Wir z.B. haben, wie Ihnen vielleicht erinnerlich ist, Herr Landesrat Ferretti, schon 1984 im gemeinsamen Landtag Südtirol und Bundesland Tirol damals gefordert, daß die beiden Landtage eine gemeinsame Initiative ergreifen, um beispielsweise den Jugendaustausch nicht nur zwischen Südtirol und Detmold in Funktion zu setzen, sondern z.B. zwischen Bozen und Ahrntal, zwischen Vinschgau und Brixen, zwischen Reute und Neumarkt usw. Wir können also diesen Aspekt Ihrer Antwort nur begrüßen. Im übrigen nehmen wir zur Kenntnis, daß Sie die Angelegenheit bzw. die Probleme, deretwegen Inspektor Baur zurückgetreten ist, als nicht erledigt und gelöst betrachten und daß Sie im Gegenteil eine Initiative ergriffen haben, um vom Unterrichtsministerium eine Klärung der Situation und auch der Kompetenzenfrage herbeizuführen, damit in Zukunft gewährleistet werden kann, daß das sicher institutionell etwas komplizierte Zusammenspiel zwischen den verschiedenen vom Autonomiestatut vorgesehenen Behörden - Hauptschulamt für die italienische Schule, muttersprachlich deutschsprachige Lehrer für den Deutschunterricht, Landesverwaltung und möglicherweise andere Träger von Bildungsinitiativen, denken wir nur in Zukunft an das pädagogische Institut oder ähnliches - besser funktionieren kann. Wie Sie wissen haben wir mehr als einmal gesagt, daß das Autonomiestatut für uns nicht der letzte Schrei der Weisheit ist und daß gerade der Schulartikel - Landesrat Zelger könnte das bestätigen - nach unserem Verständnis in vielem ein ungünstig formulierter Artikel ist, in dem...

**ACHMÜLLER (SVP):** Da ist doch die Antwort aus Rom eingetroffen...

**LANGER (AS):** Nein, er hat gesagt, nichts ist passiert.

**FERRETTI (DC):** (Interrompte)

**LANGER (AS):** Es gibt noch eine dritte Hypothese, Herr Landesrat Ferretti. Wenn Sie in diesen Tagen die Zeitungen lesen, dann werden Sie merken, daß so etliche Postsendungen, insbesondere über die Weihnachtszeit, nicht angekommen sind und verschollen sind und ich habe unter anderem schon offene Briefe an den Postminister gelesen, daß geraubte oder verschollene Sendungen wieder zurückzugeben...

**FERRETTI (DC):** (Interrompte)

**LANGER (AS):** Ich kann Sie zu Ihrem Optimismus nur beglückwünschen, aber die Antwort mag unterwegs sein. Jedenfalls nehmen wir zur Kenntnis und insofern erklären wir uns auch mit der Antwort zufrieden, daß die

Wunde, die Inspektor Baur durch seinen Rücktritt offenlegen wollte - es ist nicht unsere Aufgabe zu sagen ob er gut daran getan hat zurückzutreten -, aber jedenfalls, daß die Wunde...

**ACHMÜLLER (SVP):** Er hat seinen Rücktritt gut motiviert.

**LANGER (AS):** Genau, das ist also die Wunde, auf die er seinen Finger legen wollte oder in der er mit seinem Messer bohren wollte, die offensichtlich auch der Landesregierung bewußt ist und wir wollen hoffen, daß die Landesregierung diese Interessenahme des Landtages - auch von sehr verschiedenen Fraktionen und sehr verschiedenen Seiten - zum Anlaß nimmt, gegenüber der Zentralregierung und dem Hauptschulamt die Anliegen, zu denen sich ein weitgehendes Maß an Übereinstimmung abgezeichnet hat, auch mit Nachdruck zu vertreten. Danke!

**PRESIDENTE:** Come d'accordo domattina si inizia la legge sull'incentivazione della conoscenza delle lingue, di cui abbiamo votato l'anticipazione.

La seduta é tolta.

ORE 18.00 UHR



S E D U T A      166.      S I T Z U N G

20.1.1987

Sono intervenuti i seguenti Consiglieri:  
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Achmüller (4,8)

Saurer (4)

Langer (9,10,13,19,21,63,65,70,78)

Benedikter (12,15)

Klotz (14,17,63)

Magnago (20,24,32,36)

D'Ambrosio (23,25,31,34)

Mitolo (27,29,35,37,64,69,77)

Benedikter (28)

Hosp (40,42,48,52,58,62)

Valentin (41)

Peterlini (43,47)

Durnwalder (44)

Spögler (49,54,60)

Franzelin-Werth (54,55)

Frasnelli (63)

Pahl (63)

Barbiero-De Chirico (72)

Ferretti (72).